# Politischer Liberalismus in Deutschland

## — Eigenständige Kraft oder Allgemeingut? —

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl. - Pol. Klaus Mollitor
aus Berlin

Berlin, 1985

# Politischer Liberalismus in Deutschland
## - Eigenständige Kraft oder Allgemeingut? -

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Pol. Klaus Mollitor
aus Berlin

Berlin, 1985

Erstgutachter: Priv.Doz. Dr. H. Kremendahl

Zweitgutachter: Prof. Dr. N. Diederich

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Januar 1985

INHALTSVERZEICHNIS


| | | Seite |
|---|---|---|
| A. | EINLEITUNG ..... | 1 |
| 1. | Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes ..... | 1 |
| 2. | Hypothesen und analytisches Konzept ..... | 4 |
| 3. | Die Entwicklung des politischen Liberalismus in der westlichen Welt ..... | 5 |
| B. | HAUPTTEIL ..... | 12 |
| 1. | Politischer Liberalismus in Deutschland ..... | 12 |
| 1.1 | Frühgeschichte des deutschen Liberalismus ..... | 12 |
| 1.2 | Liberale Parteien in der Entstehungsphase des Deutschen Reiches ..... | 14 |
| 1.2.1 | Arbeiterbewegung und Liberalismus ..... | 19 |
| 1.2.2 | Ferdinand Lassalle und die deutsche Fortschrittspartei ..... | 23 |
| 1.3 | Politischer Liberalismus im Kaiserreich ..... | 25 |
| 1.3.1 | Sozialdemokratie im Kaiserreich ..... | 29 |
| 1.3.2 | Der Niedergang des Liberalismus und das Erstarken der sozialdemokratischen Bewegung ... | 30 |
| 1.4 | Liberalismus und Imperialismus ..... | 34 |
| 1.4.1 | Der soziale Liberale Friedrich Naumann (1860 - 1919) ..... | 36 |
| 1.5 | Politischer Liberalismus in der Weimarer Republik ..... | 40 |
| 1.5.1 | Der Untergang des politischen Liberalismus am Ende der Weimarer Republik ..... | 47 |
| 1.6 | Liberalismus und Illiberalismus ..... | 50 |
| 1.7 | Politischer Liberalismus im Nachkriegs-deutschland ..... | 59 |
| 1.7.1 | Menschenbild und Ordnungsideen im Neoliberalismus ..... | 62 |

Seite


1.7.2 Renaissance des Neoliberalismus in den 80er Jahren? ..... 70
1.8 Der politisch organisierte Liberalismus in der Freien Demokratischen Partei (FDP) ..... 78
1.8.1 Die FDP als Koalitionspartner der CDU/CSU ..... 80
1.8.2 Die FDP in der Opposition ..... 82
1.8.3 Die FDP als erneuter Koalitionspartner der CDU/CSU ..... 84
1.8.4 Koalitionskrise wegen der Frage der Verjährungsfristen von NS-Verbrechen ..... 86
1.8.5 Die große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD .. 88
1.8.6 Die FDP als Reformpartei ..... 89
1.8.7 Die Bundespräsidentenwahl vom 05.03.1969 ..... 90
1.8.8 Die FDP als Koalitionspartner der SPD ..... 94
1.8.9 Die "Freiburger Thesen" ..... 96
1.8.10 Das Grundwerteverständnis der FDP im Vergleich zu SPD und CDU ..... 99
1.8.11 "Die Reformjahre" bis Ende 1973 ..... 102
1.8.12 Von 1974 - 17.Sept. 1982, Jahre des "Verwaltens" und der "Bewältigung von Krisen" . 104
1.8.13 Die Idee der Führungseliten und die Wende vom 17.09.1982 ..... 109
1.8.14 Die Liberalen kämpfen um das Überleben ..... 115
2. Politischer Liberalismus in Perspektive ..... 120

C. SCHLUSSBEMERKUNG ..... 125

D. LITERATURVERZEICHNIS ..... 131

# A. EINLEITUNG

## 1. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Es ist sicher ein unmögliches Unterfangen, ein einigermaßen vollständiges Spektrum überlieferter Konservatismus- und Sozialismusdefinitionen daraufhin zu untersuchen, ob sie heute als eher überholt anzusehen sind oder mit gewissen Einschränkungen noch gelten. Dennoch kann ein Bekenntnis zu einer der nachstehend aufgeführten Definitionen ein ziemlich klares Bild darüber geben, zu welcher politischen Kraft der Betreffende sich zugehörig fühlt.

Ein "moderner Konservativer" wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner schreibt zum Beispiel, daß der Konservatismus "nicht in eine Reihe mit Ideologien und Bewegungen wie Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus gestellt werden kann".[1] Er begründet dies damit, daß der Konservatismus "in einer transzendentalsoziologischen Struktur einer Dimension angehört, die alle gruppen- und klassenmäßigen Ideologien überwölbt".[2] Mit dieser Konservatismusversion können sich heute und hätten sich sicher auch in der Vergangenheit Konservative identifizieren können.

Richard Löwenthal betont in seiner Demokratiedefinition die Anwendbarkeit des demokratischen Prinzips auch außerhalb der staatlichen Sphäre: "Die Entwicklung der modernen pluralistischen Demokratie zeigt, daß Demokratie nicht nur eine Staatsform ist: Demokratie ist heute und hier eine Methode der Entscheidung aller Streitfragen unter Gleichberechtig-

---

1) Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, Definitionen, Theorien, Porträts, Herford i.W. 1975, S.33
2) Ebenda, S.33

ten, die sich aus legitimen Verschiedenheiten der materiellen Interessen oder der Rangordnung der Werte ergeben".[3]

Mit dieser Demokratiekonzeption können sich heute und hätten sich sicher auch in der Vergangenheit demokratische Sozialisten identifizieren können.

Weit schwieriger ist und war es, in ähnlicher Weise eine Beschreibung des Liberalismus zu formulieren.

Eine prägnante Liberalismusdefinition, die sowohl inhaltliche als auch historische Kontinuität vermuten läßt, lautet: "Liberalismus ist Politik der Freiheitsverwirklichung".[4] Freiheit wird hier als "die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen verstanden".[5]

Nicht immer jedoch sind die knappesten Definitionen die stringentesten. Denn einmal ist "Freiheitsverwirklichung" das Ziel der verschiedensten politischen Theorien und Bewegungen, zum anderen ist "Freiheitsverwirklichung" ein kaum mehr scharf bestimmbarer Begriff. Dies läßt sich am besten erläutern an der sogenannten "dogmatischen Liberalismusideologie" in Amerika. "Vereinfacht gefaßt sucht der Liberalismus der Republikanischen Partei im allgemeinen die individuelle Freiheit von weniger Staatsmacht, Bürokratie und Steuern, während der Liberalismus der Demokratischen Partei gewöhnlich auf der Seite von mehr Staatsmacht, Bürokratie und Steuern steht, um Freiheit namentlich für die Benachtei-

---

3) Richard Löwenthal, Demokratie und Leistung, in: ders., Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt am Main 1974, S.73
4) Liberale Standpunkte, (1978), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980, S.366
5) Ebenda, S.366

ligten im Wettbewerbskampf der amerikanischen Gesellschaft zu fördern."[6]

Wenn liberale Autoren in der Bundesrepublik Deutschland, wie Lothar Albertin, zweifeln, ob liberale Politik "immer im Zeichen der Reform, der Erneuerung, des Fortschritts" stehen müßte, weil "der Fortschrittsbegriff eine Eigendynamik angenommen hat, die inzwischen Werterschütterungen und -konflikte hervorgerufen hat"[7], so macht dies eine Eingrenzung bzw. Präzisierung des Begriffs Liberalismus nicht eben leichter.

Denn wenn es zutrifft, daß "die öffentlichen Eingriffe in Lebensformen sowie in Vorstellungen von Lebensqualität und Glück inzwischen Bedürfnisse bloßgelegt haben, die auf Bewahrung, Wiederherstellung oder Neukonstituierung engerer sozialer Beziehungen mit größeren Freiräumen für autonome Gestaltung gerichtet sind"[8], und diese "Bedürfnisse" von "Freiheitsverwirklichung" nur mit liberaler Politik durchgesetzt werden können, scheinen diese Formulierungen hinsichtlich ihres ambivalenten Charakters gewisse Ähnlichkeiten zur sogenannten amerikanischen "dogmatischen Liberalismusideologie" aufzuzeigen.

Die Schwierigkeiten des Untersuchungsgegenstandes werden noch verdeutlicht durch die Feststellung Lothar Galls, daß der Liberalismus charakterisiert sei durch "seine außerordentlich starke Einbindung in den jeweiligen spezifischen historischen Kontex, anders ausgedrückt, sein fast radikaler Gestaltwandel unter veränderten historischen Bedingungen".[9]

---

6) Robert A. Issak, Über die Mißverständnisse von europäischem und amerikanischem Liberalismus, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S.240-241

7) Lothar Albertin, Die koalitionspolitische Umorientierung der FDP 1966 - 1969: "Fall oder Modell", in: ders., (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S.220-221

8) Ebenda, S.221

9) Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus, Köln 1976, Einleitung, S.9 und 10

Gall folgert daraus, "daß sich zwar ein bestimmter Liberalismus in einem bestimmten zeitlichen und räumlichen Rahmen sehr genau fassen und analysieren läßt, daß jedoch das, was ihn mit anderen Liberalismen verbindet, sehr schwer unter Kategorien zu bringen ist, die konkret genug sind, um damit fruchtbar arbeiten zu können."[10)]

Es versteht sich wegen der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes von selbst, daß eine Darstellung der Entwicklung des Liberalismus oder der Liberalismen und der liberalen Parteien in Deutschland keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Es kann hier nur darum gehen, im Rahmen einer Auswahl "liberales Gedankengut" aufzuzeigen, das für die historische Entwicklung des Liberalismus von besonderer Bedeutung erscheint.

## 2. Hypothesen und analytisches Konzept

Worin besteht nun aber die Identität des Liberalismus? Zu den normativen Elementen des Liberalismus gehören zweifelsohne die bedingungslose Forderung nach Verteidigung des Rechtsstaates mit dem Ziel der Verwirklichung von individueller Freiheit, sowie das Eintreten für Liberalität im Sinne von Toleranz, die für politisches Handeln eine alleinige Wahrheit ablehnt, dagegen aber Fähigkeit zum Kompromiß hohen Wert beimißt.

Es wird aufzuzeigen sein, welchen Stellenwert diese liberalen Ideen hatten bzw. haben und inwieweit sie im Kampf des Liberalismus um politischen Einfluß, um spezifische Wählergruppen und im Interesse wirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen ihre normative Kraft für den Liberalismus eingebüßt haben.

---

10) Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus, a.a.O., S.10 ff. Vgl. auch Lothar Döhn, Liberalismus, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch Politischer Theorien und Ideologien, Hamburg 1979, S.12 ff.

## 3. Die Entwicklung des politischen Liberalismus in der westlichen Welt

Zumindest in den Anfängen des politischen Liberalismus in Europa, unabhängig davon, ob man Liberalismus als politische Theorie, als Ideologie, als Staats- oder Wirtschaftsauffassung betrachtet, kann unstreitig festgestellt werden, daß liberale Politik sich gegen jede Form von Absolutismus richtete, in England und Frankreich schon im 17. und 18.Jahrhundert, in Deutschland erst zum Ende des 18.Jahrhunderts.

In den "Two Treatises on Government", die John Locke 1690 unmittelbar nach der "Glorious Revolution" anonym veröffentlichte, kommt er zu dem Ergebnis, daß die Menschen sich freiwillig mit anderen in einer Gemeinschaft verbunden haben zur gegenseitigen Erhaltung ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihres Besitzes. Politische Macht kann nach Locke nur durch Delegation und Kumulation entstehen und hat ihren Ursprung im Vertrag bzw. in der Übereinkunft derer, die die Gemeinschaft bilden: "So oft also eine Anzahl von Menschen sich so zu einer Gesellschaft vereinigt, daß jeder einzelne seine exekutive Gewalt des Naturrechts aufgibt und zugunsten der Gemeinschaft darauf verzichtet, entsteht, und zwar nur dann allein, eine politische oder staatliche Gesellschaft".[11)]

Leben, Freiheit und Besitz bezeichnet Locke insgesamt als Eigentum.[12)]

"Der größte und wichtigste Zweck, daß Menschen sich zu einem Staatswesen vereinigen und sich unter eine Regierung stellen", ist für Locke "die Erhaltung ihres Eigentums".[13)]

---

11) John Locke, "Two Treatises on Government" (1690), Dt. Fassung, "2 Abhandlungen über Regierung", übersetzt von H.Wilmanns, Halle 1906, Abhandlung 2, S.279
12) Ebenda, S.277
13) Ebenda, S.304

Da die mit der Gründung der Gesellschaft entstandene politische Macht also in erster Linie zur Erhaltung und zum Schutz des Eigentums geschaffen wurde, kann sie nach Locke keine absolute Macht sein: "Denn, da sie nichts ist als die vereinigte Gewalt aller Glieder der Gesellschaft, auf welche zugunsten der Person oder der Versammlung, die der Gesetzgeber ist, verzichtet wurde, so kann sie nicht größer sein als die Gewalt, die jene Personen im Naturzustande hatten, bevor sie in die Gesellschaft eintraten, und die sie zugunsten der Gemeinschaft aufgaben".[14)]

Die Ideale der Aufklärung: Vernunft, Vertrauen in die Naturwissenschaften und menschliche Tugend bestimmen das 18.Jahrhundert in Frankreich. 1748 werden die 31 Bücher des "L'Esprit des Lois" von Montesquieu veröffentlicht. Nicht zu Unrecht bezeichnet der politische Liberalismus Montesquieu als einen seiner bedeutendsten Theoretiker. Im XI. Buch ("Von den Gesetzen, welche die politische Freiheit in ihrer Beziehung zur Verfassung bilden") schreibt Montesquieu im 6.Kapitel ("Von der Verfassung Englands"): "Wenn in derselben Person oder der gleichen obrigkeitlichen Körperschaft die gesetzgebende Gewalt mit der vollziehenden vereinigt ist, gibt es keine Freiheit: denn es steht zu befürchten, daß derselbe Monarch oder derselbe Senat tyrannische Gesetze macht, um sie tyrannisch zu vollziehen. Es gibt ferner keine Freiheit, wenn die richterliche Gewalt nicht von der gesetzgebenden und vollziehenden getrennt ist".[15)]

Für Montesquieu ist Freiheit nur im Rechtsstaat gegeben. Die Herrschaft der Gesetze bedeutet für ihn Freiheit.

---

14) Lohn Locke, "Two Treatises on Government", a.a.O., S.310 und 311

15) Montesquieu, "De L'Esprit Des Lois" (1748), Dt. Fassung, "Vom Geist der Gesetze", hrsg. von Ernst Forsthoff, Tübingen 1951, Bd.I, S.215

In seinem 1795 erschienenen philosophischen Entwurf "Zum ewigen Frieden" beschreibt Kant die republikanische Verfassung, die für ihn nicht Staatsform, sondern Regierungsart ist: "Die erstlich nach Prinzipien der Freiheit der Glieder einer Gesellschaft (als Menschen), zweitens nach Grundsätzen der Abhängigkeit aller von einer einzigen gemeinsamen Gesetzgebung (als Untertanen), und drittens die nach dem Gesetz der Gleichheit derselben (als Staatsbürger) gestiftete Verfassung, - die einzige, welche aus der Idee des ursprünglichen Vertrags hervorgeht, auf der alle Gesetzgebung eines Volkes gegründet sein muß, ist die republikanische".[16)]

Alle drei hier vorgestellten Denker des 17. und 18.Jahrhunderts gehen von der gleichen liberalen Staatsauffassung aus, nämlich dem liberalen Rechtsstaat als Verfassungsstaat.

Die Grundelemente des klassischen Liberalismus, die Verknüpfung von Freiheit und Eigentum (vgl. bei Locke: Leben, Freiheit, Besitz = Eigentum) sieht der preussische Reformer und liberale Theoretiker Wilhelm von Humboldt als eine im Menschen vorhandene Naturgesetzlichkeit an.

In seiner 1792 erschienenen Schrift: "Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" schreibt Humboldt: "Auch wächst die Idee des Eigentums nur mit der Idee der Freiheit und die am meisten energische Tätigkeit danken wir dem Eigentum".[17)]

---

16) Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), hrsg. von K.Vorländer, Kleinere Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik und Politik, Phil. Bibl. Bd.47, Hamburg 1959, S.126

17) Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen (1792), Werke Bd.I, Darmstadt 1960, S.92

Hier zeigt sich der Einfluß des englischen Nationalökonomen und Moralphilosophen Adam Smith (1723 - 1790), der in seinem 1776 erschienenen Hauptwerk "Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" für eine Beschränkung der Staatsgewalt eintrat. Smith ging von einer sich selbst regulierenden Ordnung aus, die sich spontan ergibt, wenn die einzelnen Menschen durch angemessene Regeln eingeschränkt werden: "Räumt man also alle Begünstigungs- oder Beschränkungssysteme völlig aus dem Wege, so stellt sich das klare und einfache System der natürlichen Freiheit von selbst her. Jeder Mensch hat, so lange er nicht die Gesetze der Gerechtigkeit verletzt, vollkommene Freiheit, sein eigenes Interesse auf seine eigene Weise zu verfolgen. Das Staatsoberhaupt wird dadurch gänzlich einer Pflicht entbunden, bei deren Ausübung es immer unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren richtiger Erfüllung keine menschliche Weisheit und Kenntnis hinreicht, der Pflicht nämlich, den Gewerbefleiß der Privatleute zu überwachen und ihn auf die dem Interesse der Gesellschaft zuträgliche Beschäftigung hinzuleiten".[18] Die Beschränkung der Staatsgewalt war für A.Smith die Hauptquelle des englischen wirtschaftlichen Wohlstandes.

Ein weiteres wesentliches liberales Theorieelement der hier vorgestellten liberalen Denker war das auf Eliten ausgerichtete Führungsprinzip. Es bestand bei ihnen kein Zweifel, daß in einer Gesellschaft gleichberechtigter, von Vernunft und Tugend geleiteter gebildeter Bürger, dem sogenannten dritten Stand, der Elite die Herrschaft zustand.

---

18) Adam Smith, "Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" (1776), Dt. Fassung "Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes", hrsg. von H.Waentig, Jena 1920, Bd.II, S.555 und 556

Auf eine Kurzformel gebracht, kann gesagt werden, daß sich der politische Liberalismus Bahn brach in England 1688, in der "Glorious Revolution" und der "Bill of Rights" von 1689, in Amerika 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung der USA und der vorangegangenen Erklärung der Rechte durch die Einzelstaaten, allen voran in der "Virginia Bill of Rights" vom 12.Juni 1776 und in Frankreich 1789 in der französischen Revolution und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.[19)]

Doch bereits wenige Jahrzehnte nach der französischen Revolution ist die oben geschilderte "harmonische" Gesellschaft des dritten Standes bedroht durch den vierten Stand, das sich im Frühkapitalismus bei beginnender Großindustrie entwickelnde Proletariat.

Die beiden großen liberalen Denker des 19.Jahrhunderts, Alexis de Tocqueville in Frankreich (1805 - 1859) und John Stuart Mill in England (1806 - 1873) fürchteten zwar noch nicht so sehr direkte Übergriffe auf das Eigentum oder gar revolutionäre Taten des Proletariats, sondern daß der Wille der Mehrheit sich in Wirtschaft, Politik und Kultur durchsetzt. Beiden gemeinsam war die Furcht vor einer "Tyrannei der Mehrheit".

So lesen wir bei Tocqueville in "Über die Demokratie in Amerika" (erschienen 1835): "Die Mehrheit hat in den Vereinigten Staaten also tatsächlich eine unermessliche Macht ...; und steht sie einmal in einer Frage fest, gibt es sozusagen keine Hindernisse, die sie, ich sage nicht einmal

---

19) Vgl. Gerhard Oestreich, Die Idee der Menschenrechte, Zur Politik und Zeitgeschichte, Hrsg. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (5.Auflage), Berlin 1974, S.31; siehe hierzu auch Jean Césaire, "Der Liberalismus und die Liberalismen. Versuch einer Synthese", in: Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus, Köln 1976, S.134 ff.

aufhalten, sondern auch nur in ihrem Vormarsch verzögern könnten".[20]

John Stuart Mill wendet sich 1859 in der Einleitung zu seinem berühmten Buch "On Liberty" nicht nur gegen die Tyrannei der Obrigkeit, sondern er fordert auch einen Schutz "vor der Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung, vor der Neigung der Gesellschaft, ihre eigenen Ideen und Gewohnheiten auch durch andere Mittel als bürgerliche Strafen den Widerstrebenden aufzunötigen, die Entwicklung jeder eigenartigen Individualität zu fesseln und, wenn möglich, zu ersticken".[21]

Gerade aus dieser Furcht heraus setzt sich Mill für die politische Emanzipation der Arbeiterklasse ein, z.B. durch sein Eintreten für Vereinigungsfreiheit, das auch das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen der industriellen Arbeiterschaft einschließt. So sieht F.A. von Hayek zu Recht in John Stuart Mill aufgrund seiner im ganzen positiven Haltung zu sozialistischen Bestrebungen einen Wegbereiter für die "langsame Hinwendung vieler liberaler Intellektueller zu einem gemäßigten Sozialismus".[22]

Ebenso von Furcht vor einer eigensüchtigen Mehrheit geprägt ist der Amerikaner James Madison (1751 - 1836). In seinem Essay "Federalist Nr. 10" betont er die Heterogenität der Gesellschaft. Er fordert sogar institutionelle Vorkehrungen

---

20) Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika (1835), München 1976, S.286
21) John Stuart Mill, "On Liberty" (1859), Dt. Fassung "Die Freiheit", hrsg. von A.Grabowsky, Zürich 1965, S.125
22) F.A. von Hayek, Liberalismus, Tübingen 1979, S.18. Vgl. auch Walter Euchner, Demokratietheoretische Aspekte der politischen Ideengeschichte, J.St. Mill, Die Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, in: Gisela Kress u. Dieter Senghaas (Hsrg.), Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt am Main 1975, S.55 ff.

gegenüber Interessengruppen (factions), um zu verhindern, daß sich egoistische Mehrheiten gegenüber Minoritäten durchsetzen.[23)]

Hans Kremendahl macht in seiner Studie über "Pluralismustheorie in Deutschland" darauf aufmerksam, daß der Federalist Nr. 10 als ein früher, wichtiger Schritt gewertet werden kann, die individualistische Reduktion des Liberalismus zu überwinden und die Realität der kollektiven Interessenvertretung zur Kenntnis zu nehmen".[24)]

Die Auswahl der hier vorgestellten liberalen Philosophen kann nur unvollständig sein. Meines Erachtens wurde jedoch gerade durch die hier Genannten das liberale Denken im 17., 18. und 19.Jahrhundert in Europa geprägt und überdies reicht ihre Ausstrahlungskraft bis in die Gegenwart.

---

23) James Madison, Federalist Nr. 10 (1787), in: The Federalist, Cleveland and New York 1965, S.56 ff.

24) Hans Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1975, S.78 und 79

## B. HAUPTTEIL

### 1. Politischer Liberalismus in Deutschland

#### 1.1 Frühgeschichte des deutschen Liberalismus

Ich möchte nun die Anfänge des deutschen Liberalismus kurz skizzieren.

In Preußen beginnt nach der Niederlage von Jena und Auerstedt gegen die napoleonische Armee 1806 eine Phase der inneren Reformen. Ziel ist die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft nicht durch revolutionären Umsturz, sondern durch soziale Reformen.[25)]

Durch die französischen Besatzungsarmeen gelangen die liberalen Ideen der französischen Revolution in die Rheinbundstaaten. Der Befreiungskrieg gegen Napoleon (1813 Völkerschlacht bei Leipzig) bringt weder die nationale Einheit der deutschen Staaten, noch eine liberale Staatsordnung. Im Sinne der alten Dynastien wird auf dem Wiener Kongreß 1815 die Restauration Deutschlands festgelegt.

Im Vormärz (1815 - 1848) sind die deutschen Universitäten Zentren liberalen und nationalen Gedankenguts. 1817 treffen sich Burschenschafter aus allen Teilen Deutschlands auf der Wartburg bei Eisenach. In Erinnerung des Tages der Schlacht bei Leipzig werden die Einheit Deutschlands und die Einführung liberaler Verfassungen gefordert. 1832 versammeln sich auf dem Schloßberg der Ruine Hambach bei Neustadt an der

---

25) Vgl. hierzu den zur permanenten Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin herausgegebenen Katalog "Fragen an die deutsche Geschichte", S.31 ff.
Vgl. auch Wolfgang Dorn, Harald Hofmann (Hrsg.), "Geschichte des deutschen Liberalismus", 2. erweiterte Auflage, Bonn ohne Jahr.

Haardt etwa 30.000 Menschen. Mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, den Fahnen der liberalen und demokratischen Opposition, werden Wohlfahrt, Freiheit und Einheit in einem deutschen Nationalstaat gefordert.

Der süddeutsche Raum wird zum Zentrum des Liberalismus. In den Jahren 1835 - 1848 geben die führenden süddeutschen Theoretiker Karl von Rotteck und Theodor Welcker ein fünfzehnbändiges "Staatslexikon" heraus, in dem die staatsrechtlichen und politischen Ziele des Liberalismus erläutert werden.

Unter dem Eindruck der Februarrevolution in Frankreich kommt es 1848 zu den Märzaufständen in Wien und Berlin. Die liberale Mehrheit setzt sich für ein Nationalparlament in Übereinstimmung mit den einzelstaatlichen Regierungen ein. Die gewählte Nationalversammlung, die sich überwiegend aus Akademikern zusammensetzt, wird am 18.Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche eröffnet. Erstmals werden in Deutschland verbindliche Menschen- und Bürgerrrechte nach amerikanischem und französischem Vorbild gefordert. Mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV scheitert das Verfassungswerk der Paulskriche.

Im Katalog zur permanenten Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, "Fragen an die deutsche Geschichte", heißt es zum Scheitern der deutschen Revolution: "Die deutsche Revolution von 1848/49, der Versuch, einen den politischen und sozialen Forderungen der Zeit entsprechenden nationalen Verfassungsstaat auf freiheitlichem und demokratischem Wege von unten her durchzusetzen, scheitert in ihrer Endphase insbesondere an dem Problem der deutschen Einheit. Die nationale Frage wird zu einer reinen Machtfrage zwischen dem wiedererstarkten Preußen und Österreich".[26)]

---

26) "Fragen an die deutsche Geschichte", a.a.O., S.65

Hier scheint die Frage angebracht, ob die Liberalen wirklich von unten her auf freiheitlichem und demokratischem Wege den nationalen Verfassungsstaat erkämpfen wollten. Wolfgang J. Mommsen vertritt folgende Auffassung: "Die Liberalen forderten zwar eine gründliche Liberalisierung der deutschen Staatenwelt und deren Zusammenfassung in einem starken Nationalstaat liberalen Zuschnitts, doch wollten sie dies im Bunde und nicht gegen die bestehenden staatlichen Gewalten erreichen. Die Revolution von 1848, die vom Standpunkt der Liberalen eine ungewollte Revolution gewesen ist, scheiterte im Grunde bereits im Ansatz, weil der deutsche konstitutionelle Liberalismus - die dominierende Strömung innerhalb des Gesamtliberalismus - von vornherein auf das Prinzip der "Vereinbarung" mit den herrschenden Gewalten festgelegt war und das radikaldemokratische Prinzip der Volkssouveränität perhorreszierte".[27)]

## 1.2 Liberale Parteien in der Entstehungsphase des Deutschen Reiches

Nach den Jahren der politischen Reaktion Reaktion wird 1858 noch einmal eine Chance für die politischen Ziele des liberalen Bürgertums gesehen, als der neue Prinzregent Wilhelm in Preußen ein liberal-konservatives Ministerium beruft und Reformen zusagt.

1859 gründen Liberale und Demokraten den Deutschen Nationalverein. Am 6.Juni 1861 konstituiert sich die Deutsche Fortschrittspartei, die sich als "parlamentarische Exekutive des Nationalvereins" betrachtet. Die Wahlen in Preußen bringen der Fortschrittspartei 1861 109 Mandate, 1863 sogar 143

---

27) Wolfgang J. Mommsen, Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 23/79 vom 9.6.1979, S.6

Mandate. Dennoch kann sie die Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber dem monarchisch-konservativen Staat, nämlich Schaffung eines parlamentarischen Budgetrechts und Bindung der Regierung an den parlamentarischen Mehrheitwillen nicht erreichen.

Bei dem aus diesem Grunde entstandenen preußischen Verfassungskonflikt, der von 1861 - 1866 schwelte, ging es vordergründig um militärtechnische Fragen, wie z.B. Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl, Verlängerung der Dienstzeit auf drei Jahre, die Integrierung der Landwehr (bisher ein Volksheer unter Führung bürgerlicher Offiziere) unter Führung adliger Berufsoffiziere. Entscheidend war aber der machtpolitische Hintergrund, wie ihn Friedrich C. Sell schildert: "Bis zum Jahre 1848 hatte die Armee nur dem Schutz gegen den äußeren Feind gedient. Die Revolution hatte drastisch gezeigt, wie die Entscheidung in einer inneren Krisis allein von der Haltung der Truppen abhängt. Seitdem spielte die Bekämpfung der Revolution eine fast ebenso große Rolle in militärischen Plänen wie die der äußeren Feinde. Die Monarchie war mit allen Mitteln bestrebt, die Armee zu einem absolut zuverlässigen Machtinstrument zu gestalten, geführt von einem Offizierskorps, das ideell und materiell mit ihr verbunden und jederzeit imstande war, die innere Opposition niederzuwerfen".[28] Wie groß die Chance des Parlaments war, auch das Militärwesen einer parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen, läßt sich daraus ersehen, daß der König 1862 aufgrund allgemeiner öffentlicher Opposition und Unterstützung der Forderung des Parlaments abdanken wollte. Mit der Berufung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten im September 1862 kommt es jedoch zum faktischen Sieg der Krone, die nun den Etat ohne parlamentarische Bewilligung in Kraft setzt.

---

28) Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, 2.Auflage, Baden-Baden 1981, S.193

Bismarck erklärt den Liberalen unmißverständlich: "Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen den Liberalismus induldieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Blut und Eisen".[29)]

Lothar Gall macht in seiner Bismarck-Biographie auch darauf aufmerksam, daß, was die außenpolitischen Zielvorstellungen angeht, Bismarck keineswegs weit entfernt von den Vorstellungen der "kleindeutsch gesinnten Liberalen" ist. So hieß es im Gründungsprogramm der Fortschrittspartei vom Juni 1861: "Für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein".[30)]

Es gelingt Bismarck immer wieder, innenpolitische Konflikte durch außenpolitische Aktionen in den Hintergrund treten zu lassen. Nach den Siegen Preußens und Österreichs 1864 über Dänemark und dem Sieg Preußens 1866 über Österreich, schlägt die Antipathie vieler Liberaler gegenüber Bismarck in Bewunderung und Verehrung um. Die weitgehenst von Bismarck erarbeitete Verfassung des am 16.4.1867 gegründeten Norddeutschen Bundes sichert Preußen eine ungefährdete Hegemonialstellung.

---

29) Bismarck zitiert nach Lothar Gall, Bismarck, der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1980, S.256-257
30) Lothar Gall, Bismarck, der weiße Revolutionär, a.a.O., S.257-258

Bereits 1866 kommt es zur offiziellen Spaltung und zum Einflußverlust der Liberalen. Als Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus um Indemnität für seine budgetlose Verwaltung und um Nachbewilligung der nichtgenehmigten Ausgaben nachsucht, stimmen im September 1866 bereits 43 von 83 Abgeordneten der Fortschrittspartei (die späteren Nationalliberalen) der Regierungsvorlage zu.[31)]

Im Januar 1867 wird Rudolf von Bennigsen zum Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei gewählt, der Partei, auf die sich Bismarck von nun an stützen sollte'.[32)] Denn sie erklärte sich 'in national- und außenpolitischer Hinsicht unbedingt, in innenpolitischer Hinsicht bedingt zur Zusammenarbeit mit Bismarck bereit.'[32)]

So war die liberale Bewegung nicht nur schon in der Entstehungsphase des deutschen Reiches gespalten; die beiden liberalen Gruppierungen sollten sich auch auf das Heftigste bekämpfen. Es wird vielerorts behauptet, Bismarck habe den deutschen Liberalismus durch eine Revolution von oben zu einer partiellen Kapitulation gezwungen. Es muß jedoch bedenklich stimmen, wenn W.J. Mommsen die Jahre 1867 - 1879 als die eigentliche Ära des Liberalismus in Deutschland bezeichnet. Meines Erachtens müßte es eher Ära des Scheinliberalismus heißen; denn diese 12 Jahre waren die große Zeit der Nationalliberalen, deren Kompromißbereitschaft soweit ging, daß sie sich im Sinne Bismarcks politische Veränderungen nur noch durch den Staat selbst, nicht aber gegen ihn vorstellen konnten. Selbst für diese Zeit konstatiert Mommsen, daß der deutsche Liberalismus nahezu ausschließlich nur im Vorfeld der Macht, insbesondere im ökonomischen System und im kommunalen Bereich, Erfolge erzielen

---

31) Vgl. Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, in: Wolfgang Dorn, Harald Hofmann (Hrsg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, a.a.O., S.69

32) Lothar Gall, Bismarck, der weiße Revolutionär, a.a.O., S.379

konnte; auf den Ebenen der Staatsverwaltung und des Regierungssystems konnte er seine Prinzipien nicht verwirklichen.[33)]

Es erscheint mir an dieser Stelle notwendig, aus Helmuth Plessners Schrift "Die verspätete Nation" eine längere Passage zu zitieren, um damit die besondere Problematik des deutschen Liberalismus und des politischen Bewußtseins der bürgerlichen Gesellschaft des 19.Jahrhunderts aufzuzeigen: "Seit dem 17.Jahrhundert beginnt Deutschland sich dem Westen zu entfremden. Es hat kaum Anteil an der Ausbildung des neuzeitlichen, auf das natürliche Recht des Menschen gegründeten Staats- und Völkerrechts. Die Idee eines Staates, der die Freiheit der Bürger schützt und um des Schutzes der Freiheit willen Rechtsstaat ist, hat wohl auch deutsche Vorkämpfer, findet aber in Deutschland nur begrenzte Aufnahme. Preußen entwickelt eine staatliche Haltung und Gesinnung, jedoch gebunden an das Gottesgnadentum. Militär und Beamtenschaft geben dem Staat das Gepräge. Wo also sich in Deutschland zwischen einem im Grunde gutsherrschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Landesherrn und dem in dieser Zeit schon durch diese Abhängigkeit sehr gelockerten Schutzverhältnis zum Kaiser ein Gefühl für den Staat ausbildet, verstärkt es nur den Sinn für das Formale, wie Disziplin, Unterodnung, Gehorsam ohne zu fragen, warum, für die Apparatur der Verwaltung, Organisieren und Organisiertwerden. Der Einfluß des französischen Königtums erstreckt sich auf die Staatsspitze und die Struktur der Verwaltung, Beamtenaufbau und Heer. Das 'Moderne' Frankreichs, seine Nationalidee dagegen, kann nicht wirken. Was dort für die Nation eine konkrete Bedeutung hat, die Bedeutung nationaler Einheit, repräsentiert im absoluten König, was dort Sinnbild und Gewähr für jene von Frankreich frühzeitig festgehaltene

---

33) Wolfgang J. Mommsen, Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft, a.a.O., S.6

Verbindung von Rationalität und Heiligkeit war, verliert, auf die deutschen Landesherren übertragen, seinen inhaltlichen Sinn. In den Kompromissen der Reformation, in den Zweideutigkeiten des Verhältnisses von Landeshoheit und Reich ist das Verhängnis begründet, daß sich Deutschland als Staat nicht entwickeln konnte und dem modernen Rechtsgedanken innerlich fremd blieb. Die einzige Macht im Reich, die in den für die Formung des modernen Bewußtseins entscheidenden Jahrhunderten aufsteigt, Preußen, bildet sich zwar als Staat, aber nur in Form und Funktion, in den Attributen des politischen Lebens, nicht in seiner Substanz. Konfessionelle Gegenstellung zum Kaiser, territoriale Begrenztheit und Landesherrentum verhindern, daß der preußische Staat eine eigene Staatsidee entwickelt. Preußen aber wird schließlich im Zuge der Nationalisierung "das Reich", national ein Fragment, und so entsteht im europäischen Raum eine Großmacht ohne Staatsidee".[34)]

### 1.2.1 Arbeiterbewegung und Liberalismus

In der kurzen Revolutionsphase zwischen 1848 und 1849 entwickelte sich in Deutschland nicht nur aus dem Geheimbund der Gerechten der Kommunistenbund, dem 1848 Marx und Engels mit dem Manifest der Kommunistischen Partei[35)] die programmatische Grundlage schufen, sondern es gab auch schon mit der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung unter Leitung von Stephan Born einen Arbeiterverein, in dem Handwerksgesellen, Heimarbeiter und auch schon Fabrikarbeiter soziale und politische Forderungen aufstellten. Bereits 1846 hatte

---

34) Helmuth Plessner, Die verspätete Nation, Frankfurt am Main 1974, S.46 und 47

35) Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: Marx/Engels, Studienausgabe Bd.III, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1966, S.88 ff.

der katholische Priester Kolping den katholischen Gesellenverein gegründet, der später auch Lohnarbeiter aufnahm.

Nach der Reaktionsperiode in Deutschland, die der gescheiterten Revolution folgte, begannen sich erst Anfang der 60er Jahre besondere Organisationen der Arbeiter zu entwickeln. Die katholische Kirche sah insbesondere die Gefahr einer Entfremdung der Lohnarbeiter vom christlichen Glauben. Mit seiner Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christentum" wollte Bischof von Ketteler 1864 auf die sozialen Probleme der Industriearbeiter aufmerksam machen. Dem katholischen Arbeiterverein ging es um moralische und wirtschaftliche Fürsorge, aber auch um stärkere Mitwirkung der Arbeiter im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Die letztere Forderung wurde besonders von den 1890 gegründeten christlichen Gewerkschaften unterstützt.

Da der politische Liberalismus seine Einflußmöglichkeiten auf Staats- und verfassungspolitischem Gebiet nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung eingebüßt hatte, bemühte er sich insbesondere auf wirtschaftlichem Sektor, aber anfangs auch auf gesellschaftlichem Gebiet erfolgreich zu sein. Die Liberalen erkannten die Bedeutung des Bildungsproblems und gründeten zahlreiche Arbeiterbildungsvereine.

Vor allem in den Kreisen der deutschen Fortschrittspartei befaßte man sich mit sozialpolitischen Fragestellungen. Hier ist besonders Hermann Schulze-Delitzsch zu erwähnen, der nach Wegen zur Integrierung der wachsenden Industriearbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft suchte. In seinem 1863 veröffentlichen "Arbeiterkatechismus" sprach er sich für den alten liberalen Gedanken der Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis aus.[36] Das von Schulze-Delitzsch verfolgte Prinzip der ausschließlichen Selbsthilfe (ohne

staatliche Unterstützung) konnte aber in der Industriearbeiterschaft nicht die gewünschte Resonanz finden. Schulze-Delitzsch war vielen Liberalen seiner Zeit voraus, indem er nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet Freiheit forderte (Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Freihandel), sondern auch auf gesellschaftlichem Gebiet (Koalitions- und Vereinsfreiheit). Werner Conze beschreibt, warum die Schulze-Delitzsche Genossenschaftsbewegung wenig Aufnahme in der Industriearbeiterschaft fand: "Ein Einwand lag nahe und wurde alsbald immer wieder erhoben: praktisch handele es sich vorwiegend um Handwerkervereine; die eigentlichen Arbeiter seien finanziell kaum in der Lage, in stärkerem Maße sich zu beteiligen, und seien auch an den Haupttypen der Schulzeschen Genossenschaften, den Vorschuß- und Rohstoffbeschaffungsvereinen, wenig interessiert. In der Tat hat dieses Argument immer mehr getroffen, je mehr deutlich wurde, welche Richtung die Genossenschaften wirklich nahmen".[37] Schulze-Delitzsch schwebte schließlich vor, daß dem "Großbetrieb individueller Finanz-, Handels- oder Produktionsunternehmen der Großbetrieb genossenschaftlich verbundener Kleinproduzenten und -konsumenten gegenüberstehen konnte".[38]

Da Schulze-Delitzsch "die Produktionsgenossenschaft nicht wie viele Sozialisten prinzipiell anstelle der Familien- oder kapitalistischen Gesellschaftsbetriebsformen setzen wollte, sondern sie in die möglichen Betriebsformen freier

---

36) Vgl. Friedrich Henning, Frühgeschichte des deutschen Liberalismus, in: Wolfgang Dorn, Harald Hofmann, Geschichte des deutschen Liberalismus, a.a.O., S.64
Vgl. auch Theodor Heuss, Schulze-Delitzsch, Leistung und Vermächtnis, Rede auf dem Deutschen Genossenschaftstag in Frankfurt am Main am 28.10.1948, Wiesbaden 1948, S.23 ff

37) Werner Conze, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland, Das Beispiel Schulze-Delitzsch, Heidelberg 1965, S.17

38) Ebenda, S.18

Unternehmerwirtschaft einführen wollte", erscheint die Folgerung Conzes zutreffend, daß Schulze-Delitzsch "letztlich doch nicht zu einem Arbeiterführer, sondern zu einem Mittelstandspolitiker wurde".[39] Die 1868 gegründeten liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verloren, nachdem 1890 die sozialistische und die christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung nahm, mehr und mehr an Bedeutung. Die liberalen Gewerkvereine betonten den Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität. Nachdem mit dem Erfurter Programm von 1891 der Marxismus zur offiziellen Ideologie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geworden war, bemühten sich die liberalen Gewerkvereine, dem Internationalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung ein nationales Programm entgegenzusetzen. So heißt es beispielsweise im Programm der deutschen Gewerkvereine von 1907: "Die Gewerkvereine stehen auf nationalem Boden; sie erwarten daher die Besserung der Arbeiterlage nicht von einer internationalen Verbrüderung, wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerkvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerkvereine sollen, um die Durchführung ihrer Aufgabe wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen".[40]

Erwähnenswert im Hinblick auf liberale gesellschaftspolitische Aktivitäten erscheint mir noch die Gründung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1872. Da viele Mitglieder des Vereins "Gelehrte" waren (als Beispiele seien Gustav

---

39) Werner Conze, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland, Das Beipsiel Schulze-Delitzsch, a.a.O., S.19

40) Gustav Hartmann, 50 Jahre Deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 1868 - 1918, Jena 1918, S.25.
Vgl. Friedrich C. Sell, Die Tragödie des Deutschen Liberalismus, a.a.O., S.256 ff.

Schmoller und Lujo Brentano genannt), wurden sie spöttisch "Kathedersozialisten" genannt. Verbindender Grundsatz der Mitglieder unterschiedlicher Weltanschauung war die Frage nach dem Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die Ausbeutung. Hier zeigt sich jedoch ein Dilemma des Liberalismus, das auch für andere Epochen aufzuzeigen sein wird: nämlich, daß führende liberale Köpfe zwar Ideen formulieren, ihnen aber die soziale Basis fehlt, diese Ideen umzusetzen. Die Interessenbindung weiter Kreise des Besitzbürgertums an den preußischen Staat mußte zwangsläufig zu einer selbständigen Arbeiterbewegung führen.

### 1.2.2 Ferdinand Lassalle und die deutsche Fortschrittspartei

Da die Liberalen schon 1861 (als die deutsche Fortschrittspartei große Wahlerfolge erzielte) nicht bereit waren, für den parlamentarischen Rechtsstaat auch gegen die bestehenden staatlichen Gewalten zu kämpfen, sahen die führenden Kräfte des im Zeichen der sich ausbreitenden Industriealisierung ständig wachsenden Industrieproletariats nur die Möglichkeit des Aufbaus eigenständiger politischer Organisationen. Ferdinand Lassalle schafft mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23.5.1863 die organisatorische Grundlage für eine selbständige deutsche Arbeiterbewegung.

Lassalle ist der Ansicht, daß das liberale Bürgertum, vertreten durch die Fortschrittspartei, im preußischen Verfassungskonflikt 1862 versagt hat, indem es ihm nicht gelang, seine Rechte gegenüber der preußischen Staatsmacht durchzusetzen (die Kammer verweigerte die Genehmigung für die neue Militärorganisation; die preußische Regierung setzte die Ausgaben hierfür dennoch fort).

Lassalle fordert daher die Anhänger der Fortschrittspartei wiederholt auf, in der preußischen Kammer der Regierungansicht zu widersprechen, daß es sich beim preußischen Staat um einen konstitutionellen Staat handele. Er sei in Wirklichkeit ein absoluter Staat.

Lassalles Vorstellung ist, daß die Kammer ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit, und zwar so lange aussetzen sollte, bis die Regierung den Nachweis antritt, daß die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt werden. Aufgrund der wachsenden außenpolitischen Verflechtungen in Mitteleuropa, setzte Lassalle darauf, daß die preußische Regierung nachgeben würde, da sie sonst - in Europa isoliert- als absolute Regierung ohne Kammer regieren müßte. Aus der Nichtbefolgung seines Vorschlags zieht Lassalle den Schluß, daß das liberale Bürgertum, speziell das deutsche, unfähig für eine Umwälzung der bestehenden Zustände sei.

In seinem "Arbeiterprogramm" macht Lassalle deutlich, daß der bürgerliche Besitz die Bedingung zur Herrschaft über den Staat geworden ist (vgl. Zensuswahlrecht). Der Bürger wird so nach Lasalle zum Bourgeois.[41] Nach Auffassung der Bourgeoisie bestehe der sittliche Zweck des Staates darin, jedem einzelnen die ungehinderte Selbstbestätigung seiner Kräfte zu garantieren.[42]

Diese Auffassung führt nach Ansicht von Lassalle in seinen Konsequenzen zu einer tiefen Unsittlichkeit (zum Nachtwächterstaat, Ausbeutung des Schwächeren durch den Reicheren, Stärkeren, Klügeren). In dieser Form kann der Staat nach Lassalle seine Funktion, die Entwicklung des Menschenge-

---

41) Ferdinand Lassalle, Arbeiterprogramm (Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes), hrsg. von Wolfgang Michalka, Stuttgart 1973, S.42.
42) Ebenda, S.42 ff.

schlechts zur Freiheit, nicht vollbringen.[43] Kernstück des strategischen Ansatzes von Lassalle war die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. Diese Forderung und die Forderung nach Verantwortung des Staates für die gesamte Gesellschaft, erklären nicht nur seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie, sondern weisen ihn - trotz seiner an Rousseau und damit der modernen Demokratietheorie diametral entgegengesetzten Denkweise - als konsequenten Protagonisten des sozialen Rechtsstaates aus.

### 1.3 Politischer Liberalismus im Kaiserreich

Das Bismarcksche Verfassungswerk des am 16.4.1867 gegründeten Norddeutschen Bundes wird größtenteils 1871 als Reichsverfassung übernommen. Nach der Reichsverfassung vom 16.4.1871 stellt der Reichstag keinen selbständigen Machtfaktor dar. Alle Gesetze, die vom Reichstag beschlossen werden, erlangen erst Gültigkeit, wenn sie vom Bundesrat ebenfalls beschlossen werden. Im Bundesrat hat Preußen dadurch eine Vormachtstellung, daß es 17 von 61 Stimmen des Bundesrats inne hat (14 genügen, um jede Verfassungsänderung zu verhindern). Der vom Kaiser ernannte Reichskanzler ist stets gleichzeitig preußischer Minsterpräsident; der preußische Ministerpräsident führt den Vorsitz im Bundesrat.

Daß es sich beim Reichstag um ein konstitutionelles Scheingebilde handelte, erkennt man daran, daß das Auflösungsrecht außerhalb des Reichstags lag: bei Kaiser und Bundesrat. Bereits Thomas Hobbes betonte, daß Parlamente nur dann die souveräne Gewalt innehaben, wenn sie durch eigenen Beschluß zusammentreten oder sich auflösen. "Denn besitzt ein anderer das Recht zu ihrer Auflösung, so besitzt er auch ein Recht, sie zu kontrollieren und folglich zur Kontrolle ihrer Kontrolle."[44]

---

43) Ebenda, S.42 ff
44) Thomas Hobbes, Leviathan, hrsg. von Iring Fetscher, Neuwied und Berlin 1966, Teil II, S.206.

Durch diese Verfassung konnte weder von den Liberalen noch von anderen politischen Gruppierungen wirkliche Mitverantwortung getragen werden. Im zerstrittenen Lager der Liberalen war jedoch stets der Kompromiß mit dem bestehenden Herrschaftssystem größer als der Kampf um die Durchsetzung parlamentarischer Interessen.

Auf nationalliberaler Seite wurde sogar durch Heinrich von Treitschke (1834 - 1896) das "Prestige des Obrigkeitsstaats bestätigt, ein Antiparteieneffekt genährt, die Selbstbeschränkung der Parteien gefordert".[45]

Treitschke hatte auch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts als ein "in seiner unbeschränkten Ausdehnung unsinniges Recht bekämpft, das zu einer Vegröberung und Verrohung des öffentlichen Lebens geführt und den Mächten der Dummheit, des Aberglaubens, der Bosheit und der Lüge, den Mächten der rohen selbstischen Interessen und den unklaren Wallungen des Gefühls einen unverhältnismäßigen Spielraum im Staatsleben verschafft habe. Dem müßten die höheren Stände, die wirklich gebildeten Klassen entgegentreten".[46]

Derartige Äußerungen eines einflußreichen Geschichtswissenschaftlers wie Treitschke führten auch dazu, daß die Liberalen verdächtigt wurden, eine durchgreifende Parlamentarisierung und Demokratisierung schon deshalb nicht ernsthaft wollen zu können, weil ihre eigenen Interessen in der halbabsolutistischen und pseudokonstituionellen deutschen Monarchie durchaus begünstigt wurden.

Nach Bismarcks Auffassung sollte das Parlament nicht die Initiative haben, aber mit Hilfe des Vetorechts eine schäd-

---

45) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, a.a.O., S.79

46) Heinrich von Treitschke, zitiert nach Lothar Döhn, Liberalismus, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch politischer Theorien und Ideologien, a.a.O., S.37

liche Initiative der Regierung verhindern. Wolfgang Treue muß voll zugestimmt werden, wenn er schreibt, daß Bismarck damit "eigentlich auch zugleich die Politik der Liberalen gekennzeichnet hat, die ja während der ganzen Dauer des Kaiserreiches immer nur die Wächterrolle wahrgenommen haben, nie aber den Versuch gemacht haben, die Parlamentarisierung planmäßig voranzutreiben".[47)]

Bismarcks Herrschaftstechnik der "negativen Integration", das heißt des Ausspielens von Reichsfeinden gegen Reichsfreunde, bekamen je nach Interessenlage im sogenannten Kulturkampf das katholische Zentrum unmittelbar nach der Reichsgründung, danach die Linksliberalen, deren Reichsloyalität mit der Bezeichnung "Krypto-Republikaner" in Frage gestellt wurde und unter dem sogenannten Sozialistengesetz (1878 - 1890) die Sozialdemokraten zu spüren. Während die linksliberale Fortschrittspartei das Sozialistengesetz ablehnte, gaben die Nationalliberalen mit ihrer Zustimmung zum Sozialistengesetz eines ihrer obersten rechtstaatlichen Prinzipien, die Gleichheit vor dem Gesetz, preis.

Ähnlich hatten sie sich schon vorher verhalten, z.B. bei Verbot und Ausweisung des Jesuitenordens.

Zu Recht wurden häufig die Jahre 1878/79, in denen sich der Übergang vom liberalen Freihandel zum Schutzzoll vollzog und nunmehr die Schwerindustrie und die Großlandwirtschaft begünstigt wurden, als "zweite konservative Reichsgründung" bezeichnet. Diese innenpolitische Wende schaltet praktisch jede Einflußnahme der Liberalen auf die weitere Entwicklung des Reiches aus.[48)]

---

47) Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien vom 19.Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 1975, S.63.
48) "Fragen an die deutsche Geschichte", a.a.O., S.108

Auch am Beispiel der Bismarckschen Sozialgesetze läßt sich verdeutlichen, daß es keineswegs verwunderlich war, daß den Liberalen in Deutschland am Ende des 19.Jahrhunderts jegliche Massengefolgschaft fehlte.

Während die rechtsliberalen Unternehmer durchaus die Vorteile dieser Sozialgesetzgebung einsahen und ihr zustimmten, verweigerten die Konservativen ebenso wie die, 1884 aus der ehemaligen Fortschrittspartei hervorgegangene, Freisinnige Partei mit dem Vorwurf, daß mit dieser Gesetzgebung der Weg zum Staatssozialismus betreten werde, die Zustimmung. Zweifelsohne sollte die Sozialgesetzgebung zur Loyalitätssicherung dienen. So sagte Bismarck ganz offen, daß er in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung erzeugen wolle, "welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt".[49)]

Da die Grenzen vom Kleinbürgertum zum Proletariat fließend waren, und die Lebensgewohnheiten sich ähnelten, war die Sozialgesetzgebung für beide Teile erst einmal ein Vorteil. Für die breiten Massen war es völlig uninteressant, daß Liberale hier eine Verletzung ihrer Prinzipien, die Selbständigkeit des Individuums, und insofern eine Bevormundung durch den Staat sahen.

Es erscheint mir hinsichtlich der Thematik meiner Arbeit verzichtbar, auf die verschiedensten Spaltungen, Fusionen und Neugründungen im links- und rechtsliberalen Lager hinzuweisen.[50)] Wichtiger erscheint es mir, die Frage nach der

---

49) Bismarck zitiert nach Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, a.a.O., S.137

50) Vgl. z.B. Wolfram Dorn, Harald Hofmann, Geschichte des deutschen Liberalismus, a.a.O.; Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien vom 19.Jahrhundert bis zur Gegenwart, a.a.O.; Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, a.a.O.

sozialen Basis des Liberalismus zu prüfen und ihn unter diesem Aspekt mit der sozialdemokratischen Bewegung zu vergleichen.

### 1.3.1 Sozialdemokratie im Kaiserreich

Für die deutschen Sozialdemokraten war insbesondere unter dem Sozialistengesetz die Marxsche Klassentheorie das wichtigste Mittel, um die eigene Bewegung ideologisch vom Bürgertum zu scheiden. Für die als "vaterlandslose Gesellen" diskriminierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung, war die Marxsche Theorie in den Zeiten der Unterdrückung in höchstem Maße sinnstiftend gewesen. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und steigenden Wahlerfolgen, trat die SPD trotz ihres intransigenten Wortradikalismus, ihrer quasi revolutionären Rhetorik, als legalistische Reformpartei auf. Vor allem in Süddeutschland gelang es ihr, diese Politik erfolgreich zu verfechten.

Eduard Bernstein hatte schon 1891 begonnen, die Marxsche Theorie zu überprüfen und einer Revision zu unterziehen. Er konnte sich aber auch mit seiner Ansicht, daß sich die Sozialdemokratie von mißverständlichen Phrasiologien distanzieren und sich als demokratisch-sozialistische Reformpartei darstellen sollte, zumindest auf den späten Engels berufen, der die Demokratie auch als einen Eigenwert ansah, der nicht nur als taktisches Zwischenziel anzustreben sei.

Für Bernstein war der Sozialismus nicht nur zeitlich, sondern auch geistig der legitime Erbe des Liberalismus. Der Mensch sollte nach Bernstein im Sozialismus frei sein von ökonomischem Zwang in seiner Bewegung und Berufswahl. Diese Freiheit für alle sollte durch das Mittel der Organisation

verwirklicht werden. In diesem Sinne konnte man nach Bernstein Sozialismus auch organisatorischen Liberalismus nennen.[51)]

Wenn auch die entscheidendsten Grundsätze Bernsteins erst 1959 in das Godesberger Programm der SPD eingingen, so hat meines Erachtens Eduard Bernstein mit seinen theoretischen Aussagen dem zersplitterten deutschen Liberalismus die letzte Chance für eine sozialinstitutionelle Basis genommen.

### 1.3.2 Der Niedergang des Liberalismus und das Erstarken der sozialdemokratischen Bewegung

Ich habe schon auf das deutsche Problem der "verspäteten Nation" hingewiesen. Heinrich-August Winkler führt zutreffend aus, daß dieses Problem das Problem des deutschen Liberalismus war: "In der Zeit, als das Bürgertum sich noch mit einem wenigstens relativen Recht als den 'allgemeinen Stand' bezeichnen konnte, war es in territoriale Segmente gespalten und schon deshalb in seiner politischen Handlungsfähigkeit stark beschränkt. Als die nationale Einheit durch den historischen Staat Preußen hergestellt war, konnte das Bürgertum einen gesellschaftlichen Alleinvertretungsanspruch nicht mehr erheben. Der Funktionswandel der nationalen Parole - vom Postulat der bürgerlichen Emanzipation zum Schlachtruf einer Sammlungsbewegung gegen Linksliberalismus und Sozialismus - war keine spezifische deutsche Erscheinung; er war allgemein ein ideologischer Reflex des Übergangs vom Manchester-Liberalismus zum 'organisierten Kapitalismus'" (R.Hilferding). Aber der Übergang zum integralen Nationalismus erfolgte in Deutschland, ohne daß naturrecht-

---

51) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Bonn/Bad Godesberg (6.Auflage) 1975, S.188 und passim.

lich humanitäre Traditionen als immanentes Korrektiv nationaler Machtpolitik fortgewirkt hätten. Eine solche Entwicklung war nur möglich in einem Land, in dem es, politisch gesehen, eine "Epoche des Liberalismus" nie gegeben hat.[52]

Auch Eduard Bernsteins Vorstellungen "von einer sozialistisch-demokratisch-liberalen Kooperation beruhten nicht auf politschen Erfahrungstatsachen"[53], sondern eher aufgrund der besonderen geschichtlichen Entwicklung des politischen Liberalismus in Deutschland. Bernstein erklärte, "daß er angesichts des Fehlens einer starken bürgerlich-radikalen Partei in Deutschland der Sozialdemokratie die Aufgabe zugedacht habe, diese Lücke zu füllen, denn er halte es nicht für möglich, in Deutschland über die Phase eines bürgerlich-konstitutionellen Regierungssystems hinwegzukommen".[54]

Wenn man einmal von Friedrich Naumann absieht, der das Ziel verfolgte, einerseits die Sozialdemokraten zu einer positiven nationalen Staatseinstellung und andererseits den deutschen Kaiser mittels der "Träger der Demokratie" (Liberale und Sozialdemokraten)[55] zu einem nationalen Volkskaisertum auf demokratischer Grundlage zu bewegen, war in der politischen Praxis ein liberales Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie kaum vorhanden; konnte meines Erachtens auch nicht vorhanden sein.

Friedrich Engels hatte schon 1885 in der Einleitung zu Karl Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" die "erfolgreiche Benutzung des allgemeinen Stimmrechts" als "ganz

---

52) Heinrich-August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd.38, Göttingen 1979, S.23.
53) Vgl. Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Bonn/Bad Godesberg 1977, S.279
54) Ebenda, S.279
55) Friedrich Naumann, Demokratie und Kaisertum, Werke, 2.Bd., Schriften zur Verfassungspolitik, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964, S.36 ff.

neue Kampfweise des Proletariats" begeistert gelobt: "Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion".[56] Weiter heißt es bei Friedrich Engels: "Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die 'Revolutionäre', die 'Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand".[57]

1903 nahmen die Sozialdemokraten erstmals an den preußischen Landtagswahlen teil. Im Gegensatz zu früheren Überlegungen wollten sie gerade durch ihre Teilnahme aufzeigen, wie diskriminierend das Drei-Klassen-Wahlrecht war. Daß in Berlin 68,3% aller Stimmen auf sozialdemokratische Wahlmänner entfielen, die Freisinnige Partei nur 11,6% erzielte und sie damit alle 9 in Berlin zu vergebenden Mandate aufgrund der auf Wahlmänner in der ersten und zweiten Wählerklasse entfallenen Stimmen, erhielt, zeigt, wie undemokratisch das Wahlverfahren war.

Die hohe Prozentzahlen für sozialdemokratische Wahlmänner bewirkten jedoch, daß breite Schichten des deutschen Bürger-

---

56) Friedrich Engels, Einleitung zu Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Studienausgabe, Bd.III, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1966, S.233.
57) Ebenda, S. 238

tums, vor allem des gewerblichen Mittelstandes aus Gründen der Erhaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Status quo, aus Angst vor dem ständig wachsenden Proletariat und der sozialdemokratischen Bewegung antisozialistisch eingestellt waren und gerade in diesen Bevölkerungsschichten, aus denen im wesentlichen das liberale Wählerreservoir herrührte, sich Formen von Illiberalismus breitmachten.[58)]

Die Verunsicherung des gewerblichen Mittelstandes wurde auch dadurch verstärkt, daß es der Sozialdemokratie durchaus gelungen war, in besonders proletarisierten Berufsgruppen (z.B. Weber, Schuhmacher, Zigarrenwickler, Sattler, Schneider) auch in größerer Zahl selbständige Meister für sich zu gewinnen.

Da der Kampf der Liberalen um ihre normativen Prinzipien beispielsweise in den Konstitutionalismusdebatten im Reichstag (1890 - 1908: Ministerverantwortlichkeit, Kanzlerverantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag vor dem Reichsgerichtshof[59)]) erheblich zahmer ausfiel als der der Sozialdemokraten für diese Forderungen, macht es verständlich, daß sowohl die Arbeiterschaft als auch das Kleinbürgertum sich in den theoretischen Aussagen als auch in der praktischen Politik eher von der Sozialdemokratie vertreten fühlte, selbst wenn dort die Frage Revolution oder Reform weiterhin umstritten war. So heißt es denn auch in dem Aufsatz von Werner Stephan in der "Geschichte des deutschen Liberalismus": "Niemals zuvor war der Liberalismus so einflußlos wie um die Jahrhun-

---

58) Vgl. Heinricht-August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, a.a.O., insbesondere das Kapitel "Der rückversicherte Mittelstand: Die Interessenverbände von Handwerk und Kleinhandel im deutschen Kaiserreich", S.83 ff.

59) Vgl. Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II, Wiesbaden 1974, S.14 ff.
Vgl. die von der Sozialdemokratie eingebrachten Gesetzentwürfe auf Ministerverantwortlichkeit von 1900 (1905) und 1908
(Quelle: Reichstagsverhandlungen 10. lp., Anlageband Nr. 189, Antrag Nr. 77, S.364/365 und 12. lp., Anlageband Nr. 250, Antrag Nr. 1036, S.5831).

dertwende, als seine Führer fast ausschließlich mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt waren".[60]

## 1.4 Liberalismus und Imperialismus

Nach Bismarcks Entlassung 1890 geht es unter Kaiser Wilhelm II persönlichem Regiment außenpolitisch um die Erringung einer Weltmachtstellung für das deutsche Reich. Über die Einstellung der deutschen Liberalen schreibt der Verfassungshistoriker Fritz Hartung: "Das Verhalten der deutschen Liberalen erinnert stark an den altständischen Dualismus, der in Regierung und Land zwei getrennte Rechtssubjekte sah und die Hauptaufgabe der Landesvertretung nicht im Einfluß auf die Regierung, sondern in der Abwehr von politischen Ansprüchen der Regierung erblickte".[61]

Andererseits deckte sich die Idee einer deutschen Weltmacht, wie sie Wilhelmm II verfocht, durchaus mit den Ideen der Liberalen. Für die Nationalliberalen schrieb Friedrich Meinecke 1912, "daß es doch gerade die imperialistische Idee sei, die unsere Partei im Innersten heute zusammenhält und nicht nur unseren rechten und linken Flügel, sondern alle unsere Volksgenossen noch zusammenschließen muß in Not und Tod".[62]

Wenn auch für die Linksliberalen Friedrich Naumann sich um eine grundlegende Erneuerung des Liberalismus bemühte, wobei er insbesondere Strategien zu entwickeln suchte, die zu einer Minderung der sozialen Folgen des deutschen Kapitalismus führen sollten, so war auch ihm hierfür die imperiali-

---

60) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, in: Wolfram Dorn, Harald Hofmann (Hrsg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, a.a.O., S.87

61) Fritz Hartung zitiert nach Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien, a.a.O.,, S.95.

62) Friedrich Meinecke zitiert nach Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, a.a.O., S.196

stische Idee durchaus ein Mittel für seine innenpolitischen Vorstellungen.[63)]

Friedrich Naumann und ebenso Max Weber sahen eine Gefährdung des Reiches durch eine nichtintegrierte Arbeiterschaft. Deshalb wollten sie die Arbeiterschaft und ihre ständischen und politischen Vertretungen in das bestehende Staatswesen integrieren. Max Weber ging von einer Interdependenz imperialistischer Expansion nach außen und der Erhaltung einer dynamischen Wirtschaftsgesellschaft im Inneren und somit der Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen der Arbeiterschaft aus. Imperialistische Politik war für Weber zugleich eine Bedingung der Möglichkeit der Freiheit des Individuums, unter den Verhältnissen der sich ausbildenden Industriegesellschaft.[64)]

Die sogenannte "Wilhelminische Weltpolitik" endet schließlich mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Ansicht des am 3.Oktober 1918 zum Reichskanzler berufenen Prinzen Max von Baden, daß für die praktische Kapitulation (ein entsprechendes Telegramm ging an die Alliierten) die oberste Heeresleitung ebenso wie für ihre Folgen die Verantwortung trage, erwies sich als politischer Wunschtraum.[65)]

---

63) Friedrich Naumann, Demokratie und Kaisertum, Werke Bd.2, a.a.O., S.279 ff und passim;
Friedrich Naumann, National-sozialer Katechismus (Naumann als Vorsitzender des National-sozialen Vereins), Werke, Bd.5, Schriften zur Tagespolitik, a.a.O., S.199 ff;
Friedrich Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, Werke, Bd.3, Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, a.a.O., S.262 und passim;
Vgl. auch die Schriften Friedrich Naumanns zum Mitteleuropaproblem in: Friedrich Naumann, Werke, Bd.4, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, a.a.O., S.374 ff.

64) Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die Krise des liberalen Systems, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen, Bd.XX, Bremen 1976, S.136

65) Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, a.a.O., S.217.

Die Veränderung des Regierungssystems hin zur Parlamentarisierung wurde jedoch weder von der Sozialdemokratie noch von liberalen Parteien des deutschen Reichstags wirklich erkämpft.

Man kann hier eher A.Rosenberg recht geben, der wie folgt geurteilt hat: "Die Parlamentarisierung ist nicht vom Reichstag erkämpft, sondern von Ludendorff angeordnet worden (um die Verantwortung für die Niederlage auf die Parteien zu übertragen, K.M.). Diese Art von Revolution ist in der ganzen Weltgeschichte ohne Beispiel."[66)]

### 1.4.1 Der soziale Liberale Friedrich Naumann (1860 - 1919)

Friedrich Naumann und Eduard Bernstein sind häufig in der Epoche des deutschen Kaiserreiches Ansätze zu Übereinstimmungen teils in positiver, teils in negativer Bewertung nachgesagt worden. Ich will die Berechtigung derartiger Bewertungen nicht in Zweifel ziehen, insbesondere unter dem Aspekt des ansonsten grundsätzlich vorhandenen "politischen Barrieren" zwischen Liberalen und Sozialdemokraten im Kaiserreich; aber dennoch werden die begrenzten Möglichkeiten ansatzweiser Übereinstimmungen aufzuzeigen sein. Naumann hat beispielsweise Bernstein die Korrekturfahnen seines Buches "Demokratie und Kaisertum" zur Rezension übersandt. In der Wochenschrift "Die Hilfe", in der Naumann zu religiösen, sozialen und politischen Fragen Stellung nimmt, schreibt er 1899 über Bernstein: "Er ist im Augenblick der vorgeschobene Posten innerhalb der Sozialdemokratie nach unserer Seite

---

66) Arthur Rosenberg zitiert nach Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, a.a.O., S.217.

hin, arbeitet für uns, gehört aber nicht zu uns. Wer ihn verstanden hat, wird imstande sein, uns zu verstehen".[67]

Naumann mußte jedoch feststellen, daß dieses Bernsteinsbild seinen Wünschen und Zielen, aber nicht der Realität entsprach. Er kritisiert später in "Demokratie und Kaisertum" enttäuscht, daß Bernstein es vernachlässigt habe, sich mittels seiner Kritik an der marxistischen Lehre in der politischen Praxis um die Führungsrolle einer neuen Strömung, einer einheitlichen Gruppe der Revisionisten zu bemühen.[68] Eduard Bernstein hatte nie die Absicht, die Aufgabe wahrzunehmen, die ihm Friedrich Naumann zugedacht hatte. Für Bernstein galt die Zustimmung der Arbeiterklasse zu einer "nationalen Politik" solange als ausgeschlossen, wie sie in Deutschland noch die Stellung von "politischen Heloten" einnehme und in Preußen noch das reaktionäre Drei-Klassen-Wahlrecht herrsche. Bernstein hatte realistisch erkannt, daß das von Naumann proklamierte "Volkskaisertum" nicht vom guten Willen des Kaisers abhing, sondern eine Machtfrage war; denn der Kaiser stehe nicht als vom Himmel geschneiter Fürst über den Parteien, über den Klassen. In "seinem Regentenbewußtsein" könne er sich nicht so sehr über den engen Horizont der Junker erheben, sie blieben doch immer seine "natürlichen Alliierten". Er ist als Hohenzoller zuerst Vertreter des persönlichen Regiments, Standesherr, vornehmster Repräsentant des hohen junkerlichen Adels. Wie modern er auch denken mag, an diesem Erbe hängt er mit allen seinen Fasern, und darum ist jedes dauernde Bündnis zwischen ihm und der Linken eine Unmöglichkeit".[69]

---

67) Vgl. Hans-Christoph Schröder, Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg, in: Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus, Bonn 1978, S.185 und 186.

68) Friedrich Naumann, Demokratie und Kaisertum, a.a.O., S.8 ff.

69) Eduard Bernstein, Sozialdemokratie und Imperialismus, in: Sozialistische Monatshefte (SM) Nr. 5, hrsg. von J.Bloch, 1900, S.246 ff.

Die vorstehenden Aussagen machen meines Erachtens deutlich, daß es außer der Achtung der jeweiligen Integrität zwischen Naumann und Bernstein in Verfassungs- und Demokratisierungsfragen keine politische Übereinstimmung geben konnte.

Wenn auch Theodor Heuss als Schüler Friedrich Naumanns sich in seiner Naumann-Biographie durchgehend bemüht, darzustellen, wie das Wirken Naumanns "einem sinnhaften Realismus verbunden war"[70], und Bewertungen von Zeitgenossen, "daß er im Grunde kein Politiker, ein in die Tagesstreite verirrter Ideologe sei, ein Prediger und Träumer, vielleicht ein Phantast" als "übliche Parteipolemik" abtut und auch positive Bezeichnungen wie "Idealist" und Prophet" für Naumann als ärgerlich und hinderlich bezeichnet, erscheint mir doch Friedrich Naumann geradezu als der Prototyp des intellektuellen liberalen Einzelkämpfers. Obgleich er die Zersplitterung des politischen Liberalismus anprangerte und die Arbeitsweise der Sozialdemokraten hinsichtlich ihrer Parteiorganisation geradezu vorbildhaft hinstellt[71], kam er doch während seines langen politischen Wirkens, wenn er auch im Juli 1919 zum ersten Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei wenige Wochen vor seinem Tode gewählt wurde, nie über eine "Personalgefolgschaft" ihm geistig verwandter Mitstreiter hinaus. Personalgefolgschaften neigen stets zu einem gewissen "Sektierertum" und können sich in die "Abhängigkeiten anderer (Gruppierungen, Interessengemeinschaften, Parteien, Klassen) nur schwer hineinversetzen. Nur so sind meines Erachtens die Fehleinschätzungen Naumanns zur Sozial-

---

70) Theodor Heuss, Friedrich Naumann, Der Mann, das Werk, die Zeit, 3.Auflage, München und Hamburg 1968, S.33 und passim.

71) Friedrich Naumann, Die deutschen Parteien, Werke Bd.4, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, S.116 und passim und S.215 ff.

demokratie, zum Kaisertum, aber auch zu seinen Koalitionsvorstellungen "von Bebel bis Bassermann"[72] (die Bebel und Bassermann stets verneinten) erklärbar.

Positiv festgehalten werden muß, daß Friedrich Naumann im Gegensatz zu der in Vergangenheit und Gegenwart stets überwiegenden besonderen Betonung der Freiheit des Indviduums, des einzelnen Menschen, im politisch organisierten Liberalismus den Wert der Gemeinschaft und der Solidarität erkannt und hervorgehoben hat. In der Würdigung J.H.Wicherns hat er 1908 zusammengefaßt, was er dem "Rauhen Hause" verdankt: "Hier erst ging mir die erziehende Macht der Gemeinschaft auf. Wer Menschen bilden will, muß Korporationen schaffen. Aller Geist, der nur individualistisch wirkt, verflattert; sobald der Geist als Organisationsgeist auftritt, wird er konstruktiv. Es will mir scheinen, daß mir später die Erkenntnis des sozialen Charakters der menschlichen Gesinnungen leichter wurde, weil ich in der Wichernschen Schule gelebt habe".[73] Das Erkennen der Nöte und Sorgen der Industriearbeiter[74] und sein Engagement in den Evangelischen Arbeitervereinen haben es bewirkt, daß "der Liberlismus sich gegenüber der Arbeiterschaft öffnete und damit ein Zusammengehen des entschlossenen Liberalismus mit der Sozialdemokratie zwecks durchgreifender Reformen möglich wurde.[75]

---

72) Friedrich Naumann, Die deutschen Parteien, Werke Bd.4, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, a.a.O., S.141

73) Friedrich Naumann zitiert nach Theodor Heuss, Friedrich Naumann, der Mann, das Werk, die Zeit, a.a.O., S.64.

74) Friedrich Naumann, Jesus als Volksmann, Werke Bd.1, Religiöse Schriften, a.a.O., S.371 ff.

75) Friedrich Naumann, Arbeiter-Katechismus, oder der wahre Sozialismus, Werke Bd.5, a.a.O., S.1 ff.
Vgl. Wolfgang H. Mommsen, Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft, a.a.O., S.10

Nicht vergessen werden sollte auch Friedrich Naumanns Verdienste zur Gründung des Deutschen Werkbundes[76] in München und der Deutschen Hochschule für Politik[77] in Berlin.

## 1.5 Politischer Liberalismus in der Weimarer Republik

Die erzwungene Abdankung Wilhelmm II am 9.11.1918 und seine Flucht nach Holland am 10.11.1918 konfrontierten die deutschen Parteien mit einer für sie völlig neuen Situation selbst politische Verantwortung zu übernehmen.

Auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (16.-21.12.1918), auf dem die Vertreter der MSPD in der Mehrheit waren, fiel die Entscheidung über die Form der staatlichen Ordnung. Der Kongreß beschloß Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Er entschied sich damit für die parlamentarische Demokratie und gegen das Rätesystem.[78]

Für die Linksliberalen "verstand es sich von selbst, daß unter den gegebenen Umständen Politik nur im Bunde mit dem Führer der SPD und Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, gemacht werden konnte".[79]

Der liberale Staatsrechtler Prof. Hugo Preuß legte in einem Artikel "Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat", der im Berliner Tageblatt am 14.11.1918 erschien, seine Vorstellungen über die zukünftige Form der staatlichen Ordnung dar: "Nicht Klassen und Gruppen, sondern nur das gesamte deutsche

---

76) Friedrich Naumann, Werkbund, Werke, Bd.6, Ästhetische Schriften, a.a.O., S.254 ff.
77) Friedrich Naumann, Vier Reden an junge Freunde (Schriften zur politischen Erziehung), Werke, Bd.5, Schriften zur Tagespolitik, a.a.O., S.709 ff.
78) Vgl. "Fragen an die deutsche Gesichte", a.a.O., S.136
79) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.103

Volk, vertreten durch die aus den demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. Die politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen Schicht durch die andere bilden, sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen".[80]

Die Entscheidung Eberts, Preuß mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung zu beauftragen, der sich klar gegen die Diktatur einer Partei oder der Räte ausgesprochen hatte, und eine liberale demokratische Verfassung forderte, war eine Vorentscheidung zur künftigen Staatsform.

Aufgrund der Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 wurde die SPD stärkste Partei, erhielt jedoch nicht die absolute Mehrheit. Die als Nachfolgerin der früheren Fortschrittlichen Partei bereits im November 1918 gegründete Deutsche demokratische Partei (DDP) wurde mit 75 Mandaten nach dem Zentrum zweitgrößte bürgerliche Partei. Trotz des guten Wahlergebnisses war - wie sich zeigen sollte - keineswegs der Grundstock für eine Zusammenfassung der liberalen Kräfte gelegt.

Da Gustav Stresemann, der noch wenige Monate vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs gegen jede Form eines "Verzichtfriedens" eintrat, die Aufnahme in die DDP verwehrt wurde, kam es aufgrund seiner Initiative und anderen Mitgliedern der ehemaligen Nationalliberalen Partei bereits am 18.12.1918 zur Gründung der Deutschen Volkspartei (DVP).[81]

---

80) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.103 und 104

81) Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien, a.a.O., S.133 ff; Vgl. Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Sonderdruck der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1966, S.89

Bereits bei der Wahl des ersten ordentlichen Reichstags am 6.6.1920 verringerte sich die Zahl der Mandate der DDP von 75 auf 39, während die DVP die Zahl ihrer 1919 errungenen 19 Mandate auf 65 steigerte.[82)]

Die Zersplitterung und nicht selten gegenseitige Bekämpfung der Linksliberalen (als Vertreter des handwerklichen und bäuerlichen Mittelstandes) und der eher nach rechts tendierenden Nationalliberalen in der Volkspartei, die die Interessen der Großindustrie vertrat, setzte sich auf unheilvolle Weise fort.

Die Schilderung dieses "Bruderzwistes" zeigt Werner Stephan in der "Geschichte des deutschen Liberalismus" auf.[83)] Hier wird deutlich, warum der deutsche Liberalismus trotz aktiver Beteiligung an der Regierungsverantwortung, trotz bedeutender Staatsmänner, wie beispielsweise Walther Rathenau (DDP) und Gustav Stresemann (DVP), weder zu einer politisch bedeutsamen Kraft werden konnte, noch in der Lage war, eine Transformation liberaler Grundsätze in weite Kreise der Bevölkerung zu verwirklichen. "Die Unterschiede zwischen den beiden liberalen Parteien traten in der aktuellen Gesetzgebung selten zutage, bezogen sich vielmehr auf Grundsätzliches. Die DDP bekannte sich im Parteiprogramm von 1919 zur Republik 'als Volksstaat und Rechtsstaat' und zu den Farben schwar-rot-gold. Die DVP verlangte im gleichen Augenblick die Wiederaufrichtung des Kaisertums auf gesetzlichem Weg und hißte die schwarz-weiß-rote Flagge. Als sich halbmilitärische Verbände bildeten, schlossen sich zahlreiche Persönlichkeiten aus der Volkspartei dem 'Stahlhelm' an, in dem von einer weit rechts stehenden Führerschaft altpreußischer Geist und monarchische Tradition im Gegensatz zu Demokratie

---

82) Walter Tormin, Die Weimarer Republik, a.a.O., S.108
83) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.104 ff.

und Parlamentarismus gepflegt wurde. Die Führer der Deutschen Demokratischen Partei traten dem 'Reichsbanner schwarz-rot-gold' bei, das die Abwehr gegen Rechts- und Linksradikalismus unter beherrschendem Einfluß der Sozialdemokratie organisierte. Die Deutsche Volkspartei konnte sich nie entschließen, die Anlehnung an die kaisertreuen und traditionsgebundenen Deutschnationalen aufzugeben. Die DDP war sich darüber im klaren, daß man ohne Heranziehung der Sozialdemokraten an den Staat keine Politik machen könne."[84)]

So bedeutend und aktuell die soziologischen Analysen des großen liberalen Denkers Max Weber (1864-1920) auch heute noch sind, auch er, der sich keiner Parteilinie einzuordnen vermochte, aber in grundlegenden Bereichen der DDP nahestand, konnte mit seinen liberalen Strategiemodellen keine umfassend verankerte gesellschaftliche Wirkung erzielen. Dies ist allerdings auch nicht verwunderlich, da die Weberschen Lösungsvorschläge häufig ein Konglomerat preussisch-wilhelminischer Vorstellungen, gemischt mit Demokratievorstellungen, deren formalrechtliche technokratische Betonung sich rechtsextremen Umdeutungen gegenüber nicht immer immun zeigte, darstellte.[85)]

Wolfgang J. Mommsen bezeichnet Weber als einen "Liberalen in der Grenzsituation", der selbst erkannte, "daß das traditionelle liberale Credo an seine Grenzen gestoßen war".[86)]

Mit Nolte ist Mommsen der Meinung, daß die Weberschen Lösungsvorschläge "die spezifische Labilität liberalen Denkens in einer Epoche vor dem Faschismus aufweist".[87)]

---

84) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.104 und 105.
85) Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die Krise des liberalen Systems, a.a.O., S.134
86) Ebenda, S.134
87) Ebenda, S.134

In seiner demokratischen Elitetheorie wies Weber den breiten Massen eine passive Rolle zu. Eine kleine Elite qualifizierter Politiker sollte die Gefahr der Führungslosigkeit, zu der nach seiner Meinung moderne politische Systeme neigten, bannen. Wolfgang J. Mommsen verweist darauf, daß Weber dieses Problem "in der für ihn charakteristischen extremen Zuspitzung einer Dichotomie zwischen "Führerdemokratie" einerseits und "führerlosen Demokratie" andererseits zum Ausdruck brachte.[88)]

Die Überbetonung des charismatischen Führers war im Lager der Liberalen keineswegs auf Max Weber beschränkt. Ähnliche Gedankengänge finden sich auch bei dem linksliberalen Walther Rathenau. Auf dem Parteitag der DDP 1920 in Nürnberg betonte auch Theodor Heuß die Notwendigkeit großen persönlichen Führertums.[89)]

Wenn von Max Weber sicher nicht gewollt, so erscheint mir doch seine Überbetonung der Führungseliten, das heißt großer Einzelpersönlichkeiten, während sich die politischen Aktivitäten der Massen in der Akklamation der Führer erschöpften, bei dem deutschen Bürgertum, dessen mehr oder weniger passive Anerkennung staatlicher Obrigkeit sich nicht von heute auf morgen in eine aktive politische staatsbürgerliche Mitverantwortung wandeln konnte, leicht dazu geeignet, die demokratische Verfassung zu diffamieren und außer Kraft zu setzen, wie es die Nationalsozialisten schließlich taten.

Auch am Beispiel Gustav Stresemanns kann man den liberalen Fehler der Überbetonung der Herrschaft großer Einzelpersön-

---

88) Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die Krise des liberalen Systems, a.a.O., S.147.

89) Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Liberalismus und liberale Idee in Geschichte und Gegenwart, in: Kurt Sontheimer (Hrsg.), Möglichkeiten und Grenzen liberaler Politik, Düsseldorf 1975, S.40.

lichkeiten und der Vernachlässigung innerparteilicher Organisationsformen deutlich machen. Stresemanns großes Verdienst war innenpolitisch seine Vermittlertätigkeit in seinen Amtsjahren 1923 - 1929 zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, Zentrum und Konservativen, die die von ihm angestrebten großen Koalitionen ermöglichten. Der ihm 1926 gemeinsam mit Aristide Briand verliehene Friedensnobelpreis war nicht nur für ihn persönlich eine hohe Auszeichnung, "sondern mindestens ebensosehr ein Beweis dafür, daß die Wiedereingliederung Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft sich vollzog"[90], die wiederum den unermüdlichen Aktivitäten Stresemanns zu verdanken war. Als Stresemann am 3.10.1929 starb, der charismatische Parteiführer fehlte, der die Partei immer wieder in Richtung große Koalition mit den demokratischen Kräften führte, gab es den auch im Ausland gefürchteten Rechtsruck der DVP.[91]

Eine Beurteilung über das sicher leichtfertige Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung im März 1930 kann im Rahmen dieser Arbeit nicht gegeben werden. Die Schutzbehauptung aus liberaler Sicht, daß die SPD hiermit "den Weg frei für eine vollständige Systemänderung gab"[92], erscheint jedoch realitätsfremd und unhaltbar.

Bei den Wahlen am 14.9.1930 hatten die liberalen Parteien erhebliche Verluste erlitten. Die DVP verlor ein Drittel ihrer Mandate (von 45 auf 30), die Linksliberalen, die sich seit Juli 1930 den Namen Deutsche Staatspartei gaben, erhielten nur noch 20 Mandate (vorher 25).

Seit mit der Berufung Heinrich Brünings (Zentrum) am 30.3.1930 zum Reichskanzler die Regierung nicht mehr über

---

90) Walter Tormin, Die Weimarer Republik, a.a.O., S.154.
91) Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien, a.a.O., S.164.
92) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.119.

eine parlamentarische Mehrheit verfügte, sondern sich nur noch auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen konnte, war ein wesentlicher Bestandteil liberaler Rechtsstaatlichkeit - nämlich das Parlament als gesetzgebendes Organ - funktionsunfähig geworden. Die Notverordnungspraxis mit Hilfe des Art. 48 der Verfassung, also Gesetzgebung von oben, brachte nach gerade 10 Jahren parlamentarischer Praxis vorparlamentarische Zustände. Man muß sicher allen Parteien den Vorwurf machen, daß sie nicht bereit und in der Lage waren, Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen über die Parteigrenzen hinaus zu erarbeiten und Kompromisse aushandeln, wie sie in einem parlamentarischen System erforderlich sind.

Es muß jedoch auch mit berücksichtigt werden, daß in Deutschland den Parteien einfach die parlamentarische Praxis fehlte: im Kaiserreich konnten sie zwar im Reichstag debattieren, mußten aber nicht die politische Verantwortung übernehmen. In einem Land, wie beispielsweise England, mit jahrhundertelanger parlamentarischer Praxis und vom Bürgertum erkämpften und ausgeprägten liberalen Prinzipien, wäre eine Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaatsgedanken der Weimarer Verfassung kaum möglich gewesen. So muß meines Erachtens den liberalen Parteien in Deutschland gerade dieser Phase der Vorwurf besonders gemacht werden, daß sie ihre Parteizersplitterungen und ihre Richtungskämpfe nicht zurückstellen konnten, um den liberalen Rechtsstaat und die Verfassung von Weimar, das "Musterbeispiel eines schöpferischen, demokratischen Liberalismus"[93], wie es in der "Geschichte des deutschen Liberalismus" heißt, beispielsweise auch durch Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung breiten Kreisen der Bevölkerung als verteidigungswert darzustellen und als Fortschritt im Sinne der Verwirklichung des

---

93) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.106.

Ideals eines mündigen Bürgers gegenüber der Untertanenmentalität im Kaiserreich zu verankern und zu festigen.

Daß dies nicht geschah, ist meines Erachtens auch auf die - bei Max Weber schon geschilderte -, aber aus meiner Sicht dem Liberalismus in jeder Phase seiner Geschichte anhaftende, "Ideologie herrschender Eliten" zurückzuführen und damit einer Vernachlässigung der Erziehung der Gesamtgesellschaft zu einer von demokratischen Prinzipien geprägten politischen Kultur.

Diese Vernachlässigung führte mit zu einem immer stärker werdenden Abschwenken der Mittelschichten zum Nationasozialismus und zur absoluten Bedeutungslosigkeit der liberalen Parteien am Ende der Weimarer Republik. Die 30 Mandate der DVP von 1930 verringerten sich bei den Wahlen im Juli und November 1932 auf 8 bzw. 11 Mandate, die der Staatspartei schließlich auf 4 bzw. 2 Mandate. Am 27.1.1932 war es dann Hitler erstmalig gelungen, im Industrieclub in Düsseldorf mit seinen Vorstellungen Wirkung bei den deutschen "Wirtschaftskapitänen" zu erzielen.[94)]

### 1.5.1 Der Untergang des politischen Liberalismus am Ende der Weimarer Republik

Nach Brünings Sturz am 30.5.1932, ausgelöst durch den Wunsch Hindenburgs nach einem "von den Parteien unabhängigen, von Fachmännern zusammengesetzten Kabinett", dem sogenannten Kabinett der Barone, konnte die Entwicklung zu einer restaurativen autoritären Staatsausprägung nur noch machtlos mit angesehen werden. Ein Beispiel hierfür war auch der sogenannte "Preußenanschlag" am 20.7.1932, mit dem die demokra-

---

94) Walter Tormin, Die Weimarer Republik, a.a.O., S.211.

tisch gewählte Regierung für abgesetzt erklärt wurde. Diese Vorgänge erleichterten sicher die schließlich am 30.1.1933 erfolgte Machtübernahme durch Hitler.

Binnen kurzem gelang der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die totale Eliminierung des parlamentarischen Systems. Die Mandate der KPD wurden gleich nach der Wahl vom 5.3.1933 für ungültig erklärt; der SPD und der Staatspartei wurden die Mandate am 7.7.1933 aberkannt. Die bürgerlichen Parteien lösten sich selbst auf, um die zwangsweise Auflösung zu vermeiden. Dem Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 folgte am 14.7.1933 das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.[95)]

Die mangelnde Förderung des Demokratiebewußtseins des deutschen Bürgertums war aber meines Erachtens nur ein Teilaspekt bezüglich des Verfalls des politischen Liberalismus.

Hatte der politische Liberalismus, hatten seine Apologeten, gewerblicher Mittelstand und Bildungs- und Besitzbürgertum, nicht schon zur Kaiserzeit überwiegend Frieden mit dem Obrigkeitsstaat geschlossen?

Für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber der ständig wachsenden Arbeiterbewegung war dem deutschen Bürgertum ein starker Staat im Ordnungsbereich durchaus recht. Heinrich-August Winkler kommt daher zu der Ansicht, daß die Federführung in Sachen Demokratisierung während des Kaiserreiches nicht mehr in den Händen des Liberalismus lag, sondern in denen der Arbeiterbewegung.[96)]

Bis zur Reichsgründung konnte sich das Bürgertum in Deutschland durchaus als Vertreterin der nationalen Idee im pro-

---

95) Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien, a.a.O., S.175 ff.
96) Heinrich-August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, a.a.O., S.34

gressiven Sinne bezeichnen. Bald danach begann jedoch die Anpassung an die Verhältnisse des Obrigkeitsstaates mit seiner militärisch-feudalen Führungsschicht. Die Betonung der nationalen Idee diente nur noch wirtschaftlichen Interessen. Heinrich-August Winkler stellt daher folgerichtig fest: "Gegen Ende des Kaiserreiches ließ sich unschwer vorhersehen, daß der Mittelstand nur solange staatserhaltend sein konnte, als der Staat mittelstandserhaltend war".[97]

Unbestritten haben liberale Persönlichkeiten (Hugo Preuß, Max Weber, Conrad Haußmann) das Weimarer Verfassungsrecht geprägt; aber war nicht der starke "überparteiliche" Obrigkeitsstaat, das Kaiserreich für den gewerblichen Mittelstand, dem originären Wählerpotential des politischen Liberalismus, der "Idealstaat", der geradezu als Bollwerk gegen eine Majorisierung der wirtschaftlichen Interessen dieser Gesellschaftskreise wirkte?

Der Liberalismus mag, wie Lothar Gall es formulierte, sich unter veränderten historischen Bedingungen fast radikal verändern, zu jeder Epoche bis auf den heutigen Tag hat der politische Liberalismus seine politischen Forderungen und Ideale, insbesondere in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen, gegenüber den wirtschftlichen Interessen seiner Klientel zurückgestellt. Die sogenannten Mittelschichten wählten liberal in der Weimarer Republik, solange sie auf Besitzstandserhaltung hoffen konnten. Der Rechtsruck dieser Bevölkerungsschichten läßt sich klar verfolgen: "Übte unmittelbar nach der Novemberrevolution die Deutsche Demokratische Partei eine besondere Anziehungskraft aus, so erwiesen sich 1920 die Deutsche Volkspartei und 1924 die Deutschnationale Volkspartei als die attraktivste Gruppierung. 1928

---

97) Heinrich-August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, a.a.O.,S.212

entschied sich die Mehrheit, enttäuscht und entmutigt, für die Partei der Nichtwähler. 1930 schließlich kam der Nationalismus an die Reihe'.[98]

Ich bin der Ansicht, daß die besonders schnelle Kapitulation des politischen Liberalismus im Vergleich zu anderen politischen Bewegungen am Ende der Weimarer Republik auch darauf zurückzuführen ist, daß die ihm nahestehenden Parteien, überwiegend die wirtschaftliche Interessenvertretung des Bürgertums über die Durchsetzung ihrer politischen Ideen stellten.

Am Ende der Weimarer Republik gingen die normativen Elemente (Rechtstaatlichkeit, individuelle Freiheit, Liberalität) des Liberalismus unter. Da die liberalen Parteien für ihre Klientel im wirtschaftlichen Bereich nichts mehr zu bieten hatten, liefen viele ihrer Anhänger zur NSDAP über, eine Partei, die insbesondere liberalen Ideen den Kampf angesagt hatte.

Ohne starke Organisation, wie sie Sozialdemokraten, Kommunisten und Kirchen hatten, war der politische Liberalismus praktisch von der politischen Bildfläche verschwunden. Das erklärt auch, daß im Vergleich zu sozialdemokratischem, kommunistischem und kirchlichem aktivem Widerstand, während der nationalsozialistischen Herrschaft der politische Liberalismus nicht nennenswert aktiv war.

## 1.6 Liberalismus und Illiberalismus

Bevor ich zusammenfassend auf die Ambivalenz des liberalen Gedankenguts mit dem Illiberalen in Deutschland von seiner Frühgeschichte bis zu seinem praktischen Ende mit der natio-

---

98) Heinrich-August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus, a.a.O., S.206

nalsozialistischen Machtübernahme im Frühjahr 1933 eingehe, will ich die wesentlichen Positionen des politischen Liberalismus kurz vorstellen:

1. Historisch-deskriptive Position:
   Der politische Liberalismus war, zumindest in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts, eine gegen den Feudalismus gerichtete progressiv-emanzipatorische (überwiegend antiklerikale) Bewegung.
2. Epochenspezifische Position:
   Der Liberalismus ist das epochenprägende Ergebnis der französischen Revolution.
3. Naturrechtliche Position:
   Der Liberalismus beruht auf dem naturbedingten menschlichen Freiheitstrieb mit dem Ziel der Selbstverwirklichung durch Gebrauch seiner Freiheits- und Bürgerrechte.
4. Normative Position:
   Menschenwürde, Individualität, Selbstbestimmung können nur im liberalen Rechtsstaat (im Verfassungsstaat) verwirklicht werden.

Zu den sich nahestehenden Positionen 1 und 2 ist zu sagen, daß die Forderungen der französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit universelle Forderungen bzw. Normen waren. Thomas Meyer schreibt deshalb auch, daß "ihre Legitimation gegenüber der feudalen Privilegiengesellschaft in eben dieser Universalität bestand. Universell waren sie als von allen akzeptierbar und für alle gültig. Indem nun über die Dimensionen ihres inhaltlichen Sinns, der von ihnen begünstigte Personenkreis sowie die gesellschaftliche Sphäre ihre verbindlichen Geltung eingeschränkt wurden, verlor die unter Berufung auf sie organisierte Gesellschaft selbst ihre Legitimation. Wenn unter solchen Umständen bloß partikuläre, gesellschaftliche Interessen, nämlich die des Besitz- und Bildungsbürgertums, gleichwohl unter Berufung auf ihren Sinn nach universellen Prinzipien, ge-

rechtfertigt wurden, so wurden diese ihrer gesellschaftlichen Funktion nach zu bloßer Ideologie".[99]

Für den deutschen politischen Liberalismus ist zu sagen, daß er nach dem Scheitern der Revolution von 1848 überwiegend illiberalistische Konformkompromisse mit den bestehenden obrigkeitsstaatlichen Gewalten einging, um zumindest liberale Vorstellungen im ökonomischen Bereich durchsetzen zu können. Aus Furcht vor dem ständig wachsenden Industrieproletariat wurde die liberale Bewegung im deutschen Kaiserreich im Grunde defensiv Status quo sichernd.

Trotz eines Schultze-Delitzsch, von Theodor Heuß zu recht als Vater des deutschen Genossenschaftsgedankens bezeichnet[100], trotz Friedrich Naumanns weitgehend utopischer Überlegungen, vom Industrieuntertanen zum Industriebürger zu gelangen, trotz der Erinnerung, "daß Arbeiterbildungsvereine, Gewerkschaften und Genossenschaften einmal aus liberalem Geist geschaffen worden sind"[101], muß darauf hingewiesen werden, daß der politische Liberalismus in Deutschland bis zu seinem Ende mit der nationalsozialistischen Machtübernahme, nie eine fundamentale sozialinstitutionelle Basis gehabt hat. Mit anderen Worten: der kritische Liberale war praktisch nie in der Lage, das, was er politisch wollte, in Herrschaft umzusetzen.

Für die Positionen 3 und 4 bedeutet das vorstehend Gesagte

---

99) Thomas Meyer, Grundwerte, Wissenschaftskonkrete Utopie - Ziel und Begründung im Demokratischen Sozialismus, in: ders., (Hrsg.), Grundwerte und Gesellschaftsreform, Frankfurt am Main 1981, S.49.

100) Theodor Heuß, Freiheit als Aufgabe, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart, S.33.

101) Wolfgang Döring, Was ist die liberale Idee heute noch wert?, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, a.a.O., S.86.

eine erhebliche Einschränkung. So beklagt denn auch der ehemalige Generalsekretär der FDP und maßgebliche Mitgestalter der Freiburger Thesen, Karl-Hermann Flach, "daß die individuellen Interessen eines sich konsolidierenden Bürgertums Vorrang erhielten vor dem liberalen Grundanliegen, nämlich Freiheit und Würde für möglichst viele Menschen zu sichern".[102] Flach weist auch darauf hin, daß die Übernahme der calvinistischen Prädestinationslehre durch einen wesentlichen Teil der liberalen Bewegung, daß wirtschaftlicher Erfolg ein Beweis des Auserwähltseins durch Gott sei, kraß antiliberal ist.[103]

Aber auch in anderen Bereichen fällt die Ambivalenz des liberalen Gedankenguts mit dem Illiberalen auf. Das altliberale Theorem, die Trennung von Staat und Gesellschaft, hat für mich im Hinblick auf die Verwirklichung von Menschenwürde, Individualität und Selbstbestimmung einen durchaus illiberalen Charakter. Interessanterweise wird diese Fiktion heute immer noch von konservativer Seite vertreten. Beispielsweise wenn Wilhelm Hennis auf die "gefährliche Forderung" über die Demokratie als Staatsform hinaus, Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens durchzusetzen, hinweist und die seiner Meinung zu verneinende Frage stellt: "Auch wer die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft in der liberalen Trennung des 19.Jahrhunderts für obsolet hält, wird dennoch, ja sogar mit größter Entschiedenheit fragen müssen, ob damit denn auch die Unterscheidung von Gemeinwesen und Ämterordnung in Wegfall gekommen ist, ob denn wirklich dem Gemeinwesen in all seinen differenzierten Bereichen der Erziehung, der Gelehrsamkeit, des Glaubens, Wirtschaf-

---

102) Karl-Hermann Flach, Kleiner liberaler Katechismus, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heiß heute liberal?, a.a.O., S.145 und 146.

103) Karl-Hermann Flach, Kleiner liberaler Katechismus, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, a.a.O., S.146.

tens usw. ein einziges Prinzip,' das für die politische Ämterordnung und den auf sie hinzielenden Bereich der politischen Willensbildung im engeren Sinne grundlegend ist, auch das Gemeinswesen als Ganzes bis in seine letzten Fasern bestimmen soll?'[104])

Hermann Heller stand in den 20er Jahren mit seiner Staatsdefinition liberalen Auffassungen diametral entgegen: 'Der Staat ist derjenige gesellschaftliche Verband, der das geordnete Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Handlungen auf einem bestimmten Gebiet in letzter Instanz sichert'.[105]) Es kann festgestellt werden, daß heutige soziale Liberale vor nicht allzu langer Zeit ähnlich wie Heller argumentierten. Heller wollte zum Ausdruck bringen, daß der Staat gesellschaftlich ist und kein neutraler Schiedsrichter. Nichts anderes betonte der Liberale Werner Maihofer, wenn er vom Staat sagte: 'Er ist die Rechtsorganisation zur Gewährleistung des allgemeinen Wohles aller Bürger. Nicht im Sinne eines über die Bürger als Zweck des Staates an sich gesetzten bonum commune, sondern als die mit dem Wohl der Bürger selbst gleichgesetzte utilitas civicum'.[106])

Viele Liberale hofften, daß nach den revolutionären Ereignissen im November 1918 eine Epoche frei von staatlicher Bevormundung anbrechen werde. Mit der Weimarer Reichsverfassung wurde durchaus der hierfür entsprechende verfassungsrechtliche Rahmen geschaffen. Es erscheint mir im Hinblick auf die völlige Beseitigung liberaler Ideen durch die Natio-

---

104) Wilhelm Hennis, Die mißverstandene Demokratie, Demokratisierung - Zur Problematik eines Begriffs, Freiburg im Breisgau 1973, S.30

105) Hermann Heller, Sozialismus und Nation (1925/1931$^2$) in: ders., Gesammelte Schriften, Band 1, Leiden 1971, S.482.

106) Werner Maihofer, Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft, in: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S.98.

nalsozialisten notwendig, noch einmal auf die in der Weimarer Zeit verspielten Chancen und Schwächen des Liberalismus einzugehen.

"Der Rechtsliberalismus versteinerte zum Rechtspositivismus, der etwa meinte, die Gleichheit aller vor dem Gesetz sei erfüllt, wenn sie so im Gesetz steht, ohne den sozialen Bezug zu sehen"[107], kritisierte Karl-Hermann Flach.

Schon in den 20er Jahren erkannte Hermann Heller, welche Gefahren diese Einstellung für die demokratische Regierungsform heraufbeschwor: "Ein sich beständig vermehrendes Proletariat erwacht zum Selbstbewußtsein und macht die Forderung der bürgerlichen Demokratie in Gestalt der sozialen Demokratie zu seiner eigenen".[108]

Nach Heller konnte die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die politische Demokratie nur dann Erfolg haben, wenn es dem Proletariat gelingt, "in den Formen des Rechtsstaats und der Demokratie seine Situation entscheidend zu verbessern und die sozioökonomische Ungleichheit zu verringern, also die errungene formale (Rechts-) Gleichheit durch die materiale zu ergänzen".[109]

Die mangelnde soziale Komponente des Liberalismus führte dazu, daß die liberalen Ideen zu einer Status quo-Ideologie des Besitzbürgertums verkümmerten. Hellers Hoffnung, daß das

---

107) Karl-Hermann Flach, Kleiner liberaler Katechismus, a.a.O., S.146.
108) Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur?, in: ders., Gesammelte Schriften, Band 2, S.448.
109) Vgl. Hans Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, a.a.O., S.177.

Bürgertum die Wünsche der Arbeiterschaft einsehen und unterstützen würde, konnte sich daher nicht erfüllen.

Es ist meines Erachtens sogar wahrscheinlicher, daß theoretische Überlegungen und Zeitanalysen Hellerscher Provenienz die Furcht des liberalen Bürgertums vor den breiten Massen und selbst vor dem Parlament wachsen ließen. Es ist doch erstaunlich, mit welch großer Genugtuung Werner Stephan in der "Geschichte des deutschen Liberalismus" darauf hinweist, daß die Weimarer Nationalversammlung die starke Stellung, die Hugo Preuß gemeinsam mit Max Weber "dem Reichpräsidenten bereitet hatte"[110], bestätigte.

"Vom Volke gewählt, für den Notfall mit Veordnungsrecht ausgestattet, sollte er nach dem Muster der amerikanischen Verfassung dem Parlament mindestens gleichwertig gegenüberstehen."[111] Ich bin der Ansicht, daß hier besonders deutlich die Ambivalenz der liberalen Auffassung, einmal die idealistische Forderung nach mehr Freiheit, mehr Würde, mehr Selbstbestimmung für möglichst viele Menschen, zum anderen aber gerade die Furcht, daß die Vorrechte und Privilegien des Besitzbürgertums durch Verwirklichung dieser Ideale auf parlamentarischem Wege geschmälert werden könnten, zutage tritt.

Deshalb muß auch noch einmal auf die Labilität liberalen Denkens in der Zeit vor dem Faschismus eingegangen werden. Es ist festzuahlten: Dem Liberalismus in Deutschland gelang es nicht, ein an die Demokratie ausgerichtetes politisches Bewußtsein zu fördern, da es ihm an politischer und sozialer Integrationskraft und somit sinnstiftender Kraft mangelte.

---

110) Vgl. Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.105 und 106.
111) Vgl. Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.106.

Jürgen W. Falter hat in einer 1980 erschienenen Veröffentlichung zu belegen versucht, "daß sich in Deutschland die Anhänger liberaler Parteien in politisch-wirtschaftlichen Krisenzeiten häufiger rechtsextremistischen Strömungen anschließen, als die Wähler christlicher oder sozialistischer Parteien. Diese in politischen Normalzeiten nur latent vorhandene Tendenz ist sozialstrukturell vermutlich in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sowohl der politische Liberalismus als auch der Rechtsextremismus ungeachtet aller programmatischen Gegensätze in derselben sozialen Schicht wurzeln, dem protestantischen und laizistischen Mittelstand. Diese Schicht ist im Vergleich zum katholischen Wählerbereich und zum Arbeiterbereich durch die Abwesenheit extremismushemmender Faktoren gekennzeichnet, wie sie zum Beispiel die Einbindung der Wähler in eng vermaschte soziale Milieus mit expliziten konfessionellen oder sozialistischen Wahlnormen darstellt."[112)]

Auch Werner Jochmann macht darauf aufmerksam, daß bis in das Jahr 1933 hinein Liberale mit einer Mischung aus Anerkennung und Abscheu auf den Nationalsozialismus reagierten: "Ich nenne in diesem Zusammenhang nur Friedrich Meinicke, der im Frühjahr 1933 auf die gewaltige dynamische Kraft der Nationalsozialisten verwies, die sie in den Stand setze, binnen weniger Monate Aufgaben zu lösen, die seit vielen Jahren anstanden. Aber Meinicke registrierte zu gleicher Zeit auch das Ausmaß an Terror und Gewalt, war besorgt über die Maßnahmen zur Knebelung der Freiheit".[113)]

---

112) Jürgen W. Falter, Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-) extremen Parteien, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, a.a.O., S.92.

113) Werner Jochmann, Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978, S.124.

Daß die dem Liberalismus mit seiner Überbetonung der Freiheit des Einzelnen ohne ideologischen Halt (wie zum Beispiel durch Kirchen, Gewerkschaften etc.) zu verschiedenen Epochen vorgeworfene "Bindungslosigkeit" zu der von Nolte erwähnten Labilität liberalen Denkens führen kann, erscheint mir nicht unannehmbar. Ich hatte im Vorangegangenen betont, daß Max Weber mit seinen elitetheoretischen Demokratievorstellungen, von der Herrschaft großer, eigenverantwortlicher Einzelpersönlichkeiten, während die politisch-demokratische Betätigung der Massen in der Wahl dieser charimatischen Führer sich erschöpfte, nicht die demokratischen Institutionen außer Kraft setzen wollte. Aber er stärkte sie mit seiner Auffassung auch nicht. Dies führte letztlich in einer Zeit der großen Krise dazu, daß in einem Land wie Deutschland ohne fest Verankerung eines demokratischen Bewußtseins ein Staatsrechtler wie Carl Schmitt mit seiner demokratietheoretischen Version "von der Homogenität des Volkes" behaupten konnte, daß ein homogenes und mit sich selbst identisches Volk sich nicht der Mehrheit unterwerfen will, "weil sie die Mehrheit ist, sondern weil die substanzielle Gleichartigkeit des Volkes so groß ist, daß aus der gleichen Substanz heraus Alle das Gleiche wollen".[114] Eine solche Auffassung muß natürlich liberale Institutionen wie Parlament und Parteien aufgrund ihrer störenden Auswirkungen auf den "homogenen Volkswillen" ablehnen.

Konsequenterweise schreibt Schmitt dann 1931 seine Rechtfertigungsschrift für die Verlegung der Macht vom Parlament weg zum Reichspräsidenten mit dem Titel "Der Hüter der Verfassung".

---

114) Carl Schmitt, Verfassungslehre, München und Leipzig 1928, S.229.
Vgl. auch Hans Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, a.a.O., Carl Schmitt und die Kritik an der Weimarer Republik , S.107ff.

Es ist festzustellen, daß der politische Liberalismus in Deutschland in vorindustrieller Gesellschaft eine antifeudale Funktion hatte, in der Industriegesellschaft des Kaiserreiches und in der Weimarer Demokratie eine überwiegend defensiv Status quo-sichernde Funktion. Es ist ihm jedoch bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft am 8.5.1945 zu keiner davorliegenden Epoche gelungen, eine eigenständige Kraft darzustellen, daß heißt, gesamtgesellschaftliche Probleme mittels einer eigenen politischen Strategie nicht nur als Modelle zu skizzieren, sondern aufgrund legitimierter politischer Herrschaft umzusetzen.

## 1.7 Politischer Liberalismus im Nachkriegsdeutschland

Zweifelsohne war für alle Parteien in Westdeutschland und in Ostdeutschland der Wiederbeginn oder Neubeginn politischer Arbeit mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden.

Besonders schwierig mußte aber die Wiederbelebung des politischen Liberalismus durch Gründung einer liberalen Partei sein, da die geringen Restgruppen liberaler Parteiorganisationen am Ende der Weimarer Republik nicht mehr fähig waren, Verbindungen herzustellen, die einen illegalen Weiterbestand während der Zeit des Nationalsozialismus garantiert hätten. Über diese Problematik der deutschen Liberalen im Nachkriegsdeutschland findet man bei Werner Stephan in der "Geschichte des deutschen Liberalismus" detaillierte Angaben.[115)]

Die am 10.Juli 1945 in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone zugelassene Liberaldemokratische Partei konnte

---

115) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.126 ff.

zunächst in den ersten zwei Jahren bis zu einem gewissen Grade um liberale Positionen kämpfen. Der Zusammenschluß aller Parteien zu einem "Antifaschistischen Block" und schließlich der Zwangszusammenschluß in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im April 1946 zur "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) und der durch Massenorganisationen, wie insbesondere "Freier Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) und "Freie Deutsche Jugend" (FDJ), verstärkte politische Einfluß der SED sowie die daraus resultierende Zentralverwaltung und die Umstellung der Wirtschaft durch Kollektivierung von Grund und Boden und Vergesellschaftung von Banken und Großindustrie auf ein Planwirtschaftssystem begrenzten die Möglichkeiten liberaler Politik mehr und mehr.

So mußte 1947 der Versuch scheitern, durch Gründung der "Demokratischen Partei Deutschlands" unter gleichberechtigtem Vorsitz sowohl des westdeutschen Parteivorsitzenden Heuß und des ostdeutschen LDP-Vorsitzenden Külz gesamtdeutsche Vorstellungen zu verwirklichen. Der am 11.Dezember 1948 erfolgte Zusammenschluß der liberalen Landesverbände in Heppenheim zur "Freien Demokratischen Partei" als Bundespartei wurde ohne die LDP der Sowjetischen Besatzungszone vollzogen.

Über die vielen Schwierigkeiten der LDP in der sowjetischen Besatzungszone ist die Dokumentation zur Sonderausstellung der FDP-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude "Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone 1945 - 1949" ein wertvolles Nachschlagewerk. Es ist dem Schlußsatz der Verfasser der Dokumentation, K.-H. Grundmann und Dieter Hein, zuzustimmen, daß "der Versuch aber der LDP-Gründer unter Berücksichtigung

der inzwischen eingetretenen gesellschaftspolitischen Veränderungen, ein demokratisch-parlamentarisches System in der Sowjetischen Besatzungszone zu etablieren, trotz vieler Anfangserfolge endgültig gescheitert war".[116]

So bleibt nur festzustellen, daß trotz einer immer noch existierenden LDP in der Deutschen Demokratischen Republik im sogenannten real existierenden Sozialismus dem politischen Liberalismus praktisch jede Entfaltungsmöglichkeit genommen ist.

Nach diesen kurzen Hinweisen will ich mich nun dem westdeutschen liberalen Neubeginn zuwenden. An dieser Stelle stehe ich - wie schon des öfteren - bei der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes vor der Frage der Auswahl bedeutender Gesichtspunkte und vor dem Problem, ob sich die Fragestellung des Themas meiner Arbeit eher aus der Untersuchung politischer Aktivitäten organisierter liberaler Gruppierungen - bzw. Parteien - oder durch die theoretischen Arbeiten bekannter liberaler Persönlichkeiten und deren Vorstellungen zu gesellschaftspolitischen Ordnungen und ihrem Menschenbild beantworten lassen.

Es kann meines Erachtens weder um eine ausführliche Zusammenstellung liberaler politischer Aktivitäten noch um das detaillierte Aufzeigen der Heterogenität liberaler Wertvorstellungen gehen, die im Nachkriegsdeutschland, in Kurzform gesagt, von den Liberalismusideen der "1848er Bewegung" bis hin zu einer Sammlung aller Kräfte "rechts von der CDU" reichte. Ich halte es daher für sinnvoller, bevor ich auf

---

116) Karl-Heinz Grundmann und Dieter Hein, Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Bestazungszone 1945 - 1949, Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der FDP-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, Bonn 1978, S.129.

die Aktivitäten des politisch organisierten Liberalismus in der FDP eingehe, die vielfältigen Ordnungsideen des Neoliberalismus, deren Einfluß bis weit in die 60er Jahre wirkte, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder an Aktualität gewinnt, einer eingehenderen Untersuchung zu unterziehen.

### 1.7.1 Menschenbild und Ordnungsideen im Neoliberalismus

Es können hier nicht detailliert die unterschiedlichen Auffassungen der neoliberalen Theoretiker bezüglich der Fehler des Liberalismus in der Vergangenheit (z.B. "Laissez-faire Wirtschaftsliberalismus", Überbetonung von Rationalismus und Individualismus) gegenübergestellt werden. Es erscheint mir wichtiger, abschließend ihre "Gemeinsamkeiten" zusammengefaßt aufzuführen.

Das neoliberale Programm geht aus von der Eigensteuerung der Marktwirtschaft, von der Harmonisierung zwischen Einzel- und Gesamtinteresse bei vollständiger Konkurrenz. Nur bei vollständiger Konkurrenz kann es nach Auffassung der neoliberalen Theoretiker gelingen, daß die Unternehmer nicht nur ihre eigenen Interessen wahrnehmen, sondern ihre Interessen praktisch nur bei Förderung der Gesamtinteressen durchsetzen können. Da das Monopolproblem eine derartige Wettbewerbsordnung behindert, sind sich die Neoliberalen darüber einig, daß so weit wie möglich alle Monopolbetriebe in Konkurrenzbetriebe zurückverwandelt werden sollen.[117)]

Berhard Kopp zeigt sehr deutlich die unterschiedliche Kritik der Neoliberalen am Liberalismus und am Sozialismus auf.

---

117) Vgl. Bernhard Kopp, Liberalismus und Sozialismus auf dem Wege zur Synthese, Eine Analyse des gesellschaftlichen und geistigen Wandels unserer Zeit, Meisenheim am Glan 1977, (3.Auflage), S.82.

Während der Sozialismus als verfehlt gelte, gelte der Liberalismus lediglich als reformbedürftig. "Während das Ausgangsprinzip des Liberalismus, die Konkurrenz, wiederhergestellt werden soll, wird das Prinzip des Sozialismus, die Planung und Lenkung entschieden verworfen."[118] Das neoliberale Programm ist meines Erachtens nur scheinbar ein "Reformprogramm".

Auffallend für mich ist, wie rückwärtsgewandt, ja im Grunde reaktionär die neoaliberale Theorie ist. Reaktionär insofern, da man nicht auf eher konservativem Wege "Bestehendes bewahren will" oder auf eher fortschrittlichem Wege "neue Ideen mit Bewährtem verbinden will", sondern im Wege der Reaktion eine Wettbewerbsordnung bei vollständiger Konkurrenz, die nach Auffassung der Neoliberalen einmal das Ausgangsprinzip des Liberalismus gewesen ist, erst wiederherstellen will.

Da die Neoliberalen der Ansicht sind, daß Freiheit ohne Ordnung nicht möglich ist, haben sie für die ordnugsbestimmende Aufgabe in der Wirtschaft den Staat auserkoren. Der Staat soll gegenüber der Wirtschaft "Formalfunktionen" wahrnehmen. Das heißt, seine Aufgaben bestehen in Setzung und Sicherung einer Rahmenordnung oder "Wirtschaftsverfassung", die vollständige Konkurrenz, offene Märkte und natürlich das Festhalten am Privateigentum der Produktionsmittel garantiert. So umwerfend neu ist diese neoliberale Vorstellung nun aber auch wieder nicht. Nach meiner Auffassung haben die Liberalen in jeder Epoche einen starken und unabhängigen Staat im Ordnungsbereich und einen sich zurückhaltenden im Interventionsbereich gefordert. Im sozialen Bereich befanden und befinden sich Liberale von jeher im Einklang mit der katholischen Soziallehre, indem auf Familie, Nachbarschaft

---

118) Ebenda, S.74

und andere private Gemeinschaftsformen gesetzt und vom Staat Zurückhaltung erwartet wird.

Eine Theorie bzw. ein Programm des Neoliberalismus wurde in Deutschland bereits Ende der 30er Jahre entwickelt. Ziel dieser Theorie war es schon damals - als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise -, den Versuch zu unternehmen, "die Inkongruenz von bürgerlich-klassischer Ökonomie und spätkapitalistischer Wirtschaftspraxis aufzuheben".[119])

So wurde erstmals von den auch als "Ordo Liberalen" bekannten Theoretikern wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Friedrich von Hayek, Walter Eucken und Franz Böhm 1939 auf einer Konferenz in Genf das neoliberale Programm zur Diskussion gestellt.[120])

Es erscheint nur auf den ersten Blick erstaunlich, daß die neoliberalen Ordnungsvorstellungen der Wirtschaft und damit auch des Staates sich in der westdeutschen Nachkriegszeit nahezu uneingeschränkt mit dem von der CDU und ihrem Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard vertretenen Konzept der sozialen Marktwirtschaft deckten bzw. ergänzten.

Um diese "geistige Verwandtschaft" besser verstehen zu können, scheint es mir notwendig, auf die Vorstellungen zur Wirtschaftsordnung und zum Staat sowohl eines renommierten liberalen Vertreters, Ludwig von Mises, als auch des wohl profiliertesten Vertreters der sozialen Marktwirtschaft und des Konzepts der "Formierten Gesellschaft", Alfred Müller-Armack, in den 20er und 30er Jahren einzugehen.

Ludwig von Mises schreibt 1927 in seinerDarstellung des Liberalismus, daß das Programm des Liberalismus in ein ein-

---

119) Vgl. Ernst-Ulrich Huster et al., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt am Main 1975 (3. Auflage), S.236.

120) Bernhard Kopp, Liberalismus und Sozialismus auf dem Weg zur Synthese, a.a.O., S.55

ziges Wort zusammengefaßt zu lauten hätte: "Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung".[121]

Seiner Ansicht nach gilt für den Liberalismus "der Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen".[122] Nach von Mises Auffassung ist der einzige Feind des Liberalismus der marxistische Sozialismus.[123]

Mit Blick auf den italienischen Faschismus dagegen schreibt er: "Es kann nicht geleugnet werden, daß der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen voll von den besten Absichten sind und daß ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, daß sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben. Doch die Politik, die im Augenblick Rettung gebracht hat, ist nicht von der Art, daß das dauernde Festhalten an ihr Erfolg versprechen könnte. Der Faschismus war ein Notbehelf des Augenblicks; ihn als mehr anzusehen, wäre ein verhängsnissvoller Irrtum".[124]

Nachdem der Faschismus dann auch in Deutschland die Macht erobert hatte, kommt Herbert Marcuse 1934 zu folgender Beurteilung des Liberalismus: "Bei aller strukturellen Verschiedenheit des Liberalismus und seiner Träger in den einzelnen Ländern und Epochen bleibt die einheitliche Grundlage erhalten: die freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung. Alle ökonomischen

---

121) Ludwig von Mises, Liberalismus, Jena 1927, S.17
122) Ebenda, S.75
123) Ebenda, S.13
124) Ludwig von Mises, Liberalismus, a.a.O., S.45

und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar um dieses eine stabile Zentrum, wandelbar bis zur Selbstaufhebung. So sind selbst gewaltsamste Eingriffe der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben oft genug während der Herrschaft des Liberalismus geschehen, sobald es die bedrohte Freiheit und Sicherheit des Privateigentums verlangte, besonders gegenüber dem Proletariat".[125]

Ohne auf diese Beurteilung des Liberalismus durch Marcuse näher einzugehen, komme ich nicht umhin, auf eine gewisse Zeitlosigkeit dieser Thesen im Hinblick auf die "Wendemanöver" der führenden Repräsentanten des politisch organisierten Liberalismus der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen.
Müller-Armack ging 1933 davon aus, daß aufgrund des Versagens des Weimarer Parlamentarismus "die Notwendigkeit einer neuen Form autoritärer Führung" gegeben sei. Der Parlamentarismus scheiterte nach Müller-Armack vor allem daran, daß er die Frage nach der politischen Führung prinzipiell offen gelassen und deren Sinn überhaupt verkannt hatte.[126]

Die Kritik Müller-Armacks am Einfluß von Parteien, wirtschaftlichen Verbänden, Kartellen und Trusts, durch die der Staat "verwirtschaftet worden sei"[127], deckt sich durchaus mit neoliberalen Ansichten. In seinen Vorstellungen 1933 zum Staat und zur Wirtschaftsordnung im neuen Reich schreibt Müller-Armack, daß die neue Wirtschaftsordnung die Trennung von Staat und Wirtschaft überwindet. Staat und Wirtschaft werden "nicht mehr im Bilde sich beschneidender Sektoren gesehen, sondern in dem beschwingender Gemeinsamkeit".[128]

---

125) Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (1934), in: Klaus Hansen (Hrsg.), Frankfurter Schule und Liberalismus, Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 1981, Anhang, S.161 und 162.
126) Alfred Müller-Armack, Staatsideologie und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933, S.32.
127) Alfred Müller-Armack, Staatsideologie und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, a.a.O., S.39.
128) Ebenda, S.42

Mir kommt es hier darauf an, aufzuzeigen, daß die neoliberale Wirtschaftskonzeption unübersehbar mit autoritären Auffassungen und einer konservativ-reaktionären Staatslehre verquickt ist.

Wenn die von Müller-Armack 1933 beschworene "beschwingende Gemeinsamkeit" von Staat und Wirtschaft heute geradezu theatralisch wirkt, gilt dies für Harmonie-Konstruktionen des Neoliberalismus gleichermaßen. So wenn z.B. Walter Eucken in den "Grundsätzen der Wirtschaftspolitik" zu der Auffassung gelangt, daß "allein in einer nach bestimmten konstituierenden und regulierenden Prinzipien gestalteten Wettbewerbsordnung die Vielfalt der egoistischen Einzelinteressen in Harmonie miteinander wirken kann. In dieser Ordnung kommen das sozial-ethische Wollen und die ökonomische Sachgesetzlichkeit voll zur Geltung. Die Wettbewerbsordnung ist eine natürliche Ordnung oder ORDO".[129]

Dies bedeutet für Müller-Armack, nunmehr Verfechter der sozialen Marktwirtschaft, "daß ein Eingreifen (des Staates, K.M.) in den Marktmechanismus nur mit marktkonformen Maßnahmen möglich und sogar notwendig ist".[130]

Auch hier wird für die Bundesrepublik Deutschland eine "beschwingende Gemeinsamkeit" konstruiert, die darauf hinausläuft, daß nur die soziale Marktwirtschaft und ein Staat, der sich als Garant dieser Ordnung betätigt, verfassungskonform ist. Es ist daher immer wieder einmal notwendig, auf die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zur wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes (BVerfGE 4, S.7 ff) hinzuweisen.

---

129) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen 1952, S.370 ff.

130) Alfred Müller-Armack, Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher, in: Dirk Geitner/Peter Pulte (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft, Berlin/New York 1974, S.161.

Da der Neoliberalismus unstreitig als theoretisches Gerüst der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet werden kann und ORDO-Liberale ihre Entstehung und Entwicklung beeinflußten und förderten, erscheint es mir sinnvoll, auf einige wesentliche gemeinsame aber auch unterschiedliche Vorstellungen der bereits erwähnten Theoretiker hinzuweisen, insbesondere deshalb, weil sich allem Anschein nach mit Beginn der 80er Jahre eine neoliberale Renaissance in der Bundesrepublik Deutschland abzuzeichnen beginnt.

Gemeinsam ist allen Vertretern des Neoliberalismus die antimonopolistische und antisozialistische bzw. antikollektivistische Grundhaltung. Ursache für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sind für die Neoliberalen die Monopole innerhalb der Volkswirtschaft, die zu einem Außerkraftsetzen der Marktmechanismen geführt haben. In ihrer Argumentation werden die Gewerkschaften mit Monopolorganisationen gleichgesetzt. Wenn aber die Monopole innerhalb einer Volkswirtschaft von Übel seien, dann müsse die Planwirtschaft als eine zu einem Gesamtkonzern zusammengefaßte Volkswirtschaft ein noch größeres Übel darstellen. Franz Böhm stellt in seiner Abhandlung "Über die Aufgaben der Volkswirtschaft" die rhetorische Frage: "Wenn sich schon irgendwo Macht sammelt, die man nicht beseitigen kann, empfiehlt es sich dann nicht, diese Macht in die schwächsten Hände zu legen, die es gibt, nämlich in die Hände von Privatrechtspersonen?".[131]

Bei vielen neoliberalen Thesen, die heute unhaltbar oder aber auch utopisch erscheinen, muß man wohl berücksichtigen, daß sie unter dem Eindruck des individuellen Freiheitsverlustes im Nationalsozialismus und in der Stalinära verfaßt wurden. Zum Beispiel wenn Friedrich von Hayek in seinem 1944 erschienen Werk "The road to Serfdom" zu der Auffassung

---

131) Franz Böhm, Die Aufgabe der freien Marktwirtschaft, München 1951, S.60.

gelangt, Planung führe zu Totalitarismus und schreibt: "Entweder man fügt sich dem freien Ablauf sozialer Prozesse oder man muß den Weg zur Knechtschaft durch Kollektivismus antreten".[132]

Nach Wilhelm Röpke würde zum Beispiel schon eine partielle Verstaatlichung dem Staat einen gefährlichen Machtzuwachs bringen. Ein neuer Hitler brauchte dann nicht mehr um Industrielle zu werben, sondern "nur noch Ministerialräte anzubrüllen".[133]

Auch Alexander Rüstow ging es darum, der Plan- und Zentralverwaltungswirtschaft eine marktwirtschaftliche, von den Mängeln des "Laissez-faire-Kapitalismus" bereinigte, verantwortungsbewußte und gemeinschaftsbezogene Alternative entgegenzustellen: "Wir stehen in dem großen Wettkampf zwischen der freien Welt und dem bolschewistischen Osten. Um diesen großen Kampf bestehen zu können, brauchen wir nichts dringender als eine eigenständige Wirtschaftsgesinnung und ein eigenständiges Wirtschaftsprogramm, das wir dem Programm des Kommunismus entgegenstellen können. Die alte traditionelle unsoziale Marktwirtschaft des Spätkapitalismus genügt dieser Anforderung keineswegs".[134]

Wie kann man nun "Wirtschaftsgesinnung", das heißt eine liberale Wirtschaftsordnung, die so edle Normen wie Redlichkeit, Fairness und Mäßigung anstrebt, erreichen? Während viele Thesen der Neoliberalen hierzu nebulös sind, kann man - wie sollte es auch anders sein - dieses Problem nach

---

132) Friedrich A. von Hayek, The road to Serfdom (Der Weg zur Knechtschaft), deutsche Übersetzung, Zürich 1952, (3.Auflage), S.172.
133) Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach/Zürich 1948, (3.Auflage), S.323.
134) Alexander Rüstow, Das neoliberale Programm, zitiert nach Huster et al., Determinanten der werstdeutschen Restauration 1945 - 1949, a.a.O., S.242.

Walter Eucken mit Liberalen seit jeher nahestehenden elitetheoretischen Vorstellungen lösen. Obgleich Liberale in der Geschichte eher ein kritisches Verhältnis zum Ordnen hatten, versucht Walter Eucken, ähnlich der christlichen Lebensordnung des Mittelalters, ein Wertgefüge in Wirtschaft und Gesellschaft aufzustellen. Wie bereits gesagt, ist für ihn die Wettbewerbsordnung eine natürliche Ordnung oder ORDO. Für Eucken gleicht die Gesellschaft einer Pyramide, an deren Spitze eine Führerschicht steht, die mit ihren Ideen und Taten der unselbständigen, irrationalen Masse den Weg zu weisen hat. Eucken sieht die Gefahr der Vermassung darin, daß die traditionellen Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft durch die blinde Macht der Massen zerstört werden.[135)]

Da die Politik von Interessengruppen bestimmt werde und der Staat gewisse Kompetenzen an Machtgruppen abgebe, verliert der Staat an Autorität. So entsteht - nach Eucken - "die Gefahr der Gruppenanarchie. Macht provoziert Willkür und gefährdet die Freiheit".[136)]

Als Lösungsformel dieses Problems heißt es bei Eucken: "Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. Ordnen heißt in Freiheit ordnen".[137)]

### 1.7.2 Renaissance des Neoliberalismus in den 80er Jahren?

Es erscheint mir angebracht, aufgrund des Zusammenhanges des Themenkomplexes auf den zumindest seit 1981 unübersehbaren Flankenschutz hinzuweisen, den "liberal-konservative" Pres-

---

135) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.327 ff.
136) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.327 ff.
137) Ebenda, S.179

seorgane einer Renaissance des Wirtschaftsliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland geben.

So schreibt zum Beispiel Ernst Günter Vetter in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 31.10.1981 unter dem Thema "Freie Wirtschaft und die Würde des Menschen; müssen katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsauffassung Gegensätze sein?": "... Denn die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß eine Vermählung von Sozialismus und liberalen Ideen alsbald in der Scheidung endet. Die zunehmende Dominanz sozialistischen Denkens in der SPD ist heute offensichtlich. Die Transformation des Sozialismus durch freiheitliche Wirtschaftsphilosophie ist offenbar, wie auch die Geschichte zeigt, immer wieder zum Scheitern verurteilt. Damit hat sich aber auch die einmal hier und da für möglich gehaltene Übereinstimmung sozialdemokratischer geistiger Entwicklungen mit den Gedanken der katholischen Soziallehre für die Dauer als falsch erwiesen. Alle diese Diskussionen - speziell in der Bundesrepublik - müßten auf das Verhältnis von neuer liberaler Wirtschaftsauffassung und katholischer Soziallehre klärend wirken".[138]

Vetter kommt dann schließlich zu dem Ergebnis, "daß die 'Institution Eigentum' ein entscheidendes Bindeglied zwischen Soziallehre und liberaler Wirtschaftsgestaltung sein müßte".[139]

In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" schreibt am 27.3.1982 Prof. Dr. Walter Wittmann, Fribourg/Schweiz, unter

---

138) Ernst Günter Vetter, Freie Wirtschaft und die Würde des Menschen. Müßen katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsauffassung Gegensätze sein?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.10.1981, S.15.
139) Ebenda, S.15.

dem Titel "Sturm auf die Institutionen; Das Ziel des Liberalismus in der 80er Jahren" ein Loblied auf den Neoliberalismus: Neo- und ORDO-Liberale haben entscheidend zur Entstehung und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik beigetragen. Zweifelsfrei eine historische Tat!".[140]

Mit "Sozial-Liberalen" hat er dagegen wenig im Sinn: "Die Bezeichnung 'sozial-liberal' ist mehr als irreführend, sie ist verhängnisvoll. Für Liberale gibt es entweder liberale oder sozialistische Politik! Es ist daher überfällig, von 'sozial-liberaler' Politik Abschied zu nehmen. Der politische Liberalismus läuft sonst Gefahr, die historische Chance seiner glorreichen Renaissance zu verpassen".[141]

Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Renaissance ist für Wittmann interessanterweise an erster Stelle seiner Forderungen, daß der politische Liberalismus über die ORDO-liberale Forderung von Kartellverboten hinaus sich vermehrt mit der Marktmacht der Gewerkschaften zu befassen hat. "Diese sind - wie die Unternehmen - einem 'Kartellgesetz' zu unterwerfen, das vorerst auf eine wirksame Bekämpfung von Mißbräuchen angelegt ist. Konkret geht es letztlich darum, daß die Gewerkschaften als Selbstbeschränkung sich den Zielen der demokratischen Mehrheiten unterordnen."[142]

Den "Sturm auf die Institutionen" stellt sich Wittmann folgendermaßen vor: "An erster Stelle zu stürmen ist der jetzige Staat selbst. Was privat ebenso machbar ist, muß entstaatlicht werden. Im Zuge einer Entflechtung sind unter

---

140) Walter Wittmann, Sturm auf die Institutionen, Das Ziel des Liberalismus in der 80er Jahren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.3.1982, S.13.
141) Walter Wittmann, Sturm auf die Institutionen, Das Ziel des Liberalismus in der 80er Jahren, a.a.O. S.13.
142) Ebenda, S.13.

anderem öffentliche Unternehmen und Träger der sozialen Sicherheit zu verselbständigen. Der Zentralstaat ist nach dem Subsidiaritätsprinzip von Aufgaben zu befreien, die auf unteren Ebenen besser (oder zumindest ebenso gut) gelöst werden können. Je mehr er gezwungen wird, seinen Interventionismus durch Ordnungspolitik zu substituieren, desto stärker entlastet er sich von unnötigen Dauerproblemen. Er schafft sich so einen wachsenden Spielraum für die Verwirklichung mittel- und langfristiger Ziele. Die vordringlichste Aufgabe ist die Bestimmung seiner eigenen Grenzen und damit jene der Demokratisierung. Maximale Demokratie bedingt zwingend die Überschreitung der "Optimalgrenzen" und führt letztlich zur Selbstauflösung der Demokratie. Dies im Interesse der Freiheit zu verhindern, ist die zentrale Zukunftsaufgabe des Liberalismus".[143)]

Wenn diese Auffassung Grundlage für den zukünftigen politischen Liberalismus sein sollte, dann hat man allerdings zu dem schon erwähnten "Bindeglied Eigentum" mit dieser Auffassung auch noch das theoretische Bindeglied zum Neokonservatismus. Denn die Wittmannschen Vorstellungen erscheinen nahezu deckungsgleich mit der schon Mitte der 70er Jahre von dem konservativen Soziologen Helmut Schelsky entwickelten These, daß "mehr Demokratie" zu "weniger Freiheit" führen müsse.[144)]

Ganz im Stile der Neoliberalen der deutschen Nachkriegszeit schreibt wiederum Ernst Günter Vetter unter dem Thema

---

143) Ebenda, S.13.

144) Helmut Schelsky, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? in: ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung, München 1974, (4.Auflage), S.78. Vgl. hierzu aber auch die gegensätzliche Meinung von Richard Löwenthal, Demokratie und Freiheit heute, Eine Auseinandersetzung mit Helmut Schelsky, in: ders., Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt am Main 1974, S.39.

"Marktwirtschaft - auch noch im Jahre 2000? Freie Wirtschaft und Demokratie stehen in unlösbarem Zusammenhang" am 15.5.1982 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": "Die Anerkennung der Marktwirtschaft, das heißt, ihre Glaubwürdigkeit hängt nicht nur von der Erkenntnis rationaler Funktionszusammenhänge ab. Sie ist ein Teil der freiheitlichen Ordnung, und Freiheit ist auch immer eine Frage der Moral. Ratio und moralisches Bewußtsein müssen in Harmonie sein. Das Streben nach Freiheit bedeutet Verantwortungsbereitschaft, die über den Privatbereich hinausgeht, ja den Willen, nicht nur dem eigenen Vorteil zu dienen, sondern das Gemeinwesen zu fördern".[145)]

Wenn man dem Neoliberalismus als Wirtschaftstheorie in den Aufschwungjahren der deutschen Nachkriegsgeschichte noch in gewissem Maße konzidieren möchte, daß er sich als Theorie im Sinne K.R. Poppers "vorläufig bewährt" habe, weil zwischen den "Machtausübenden", die Kaiserreich, Weimarer Republik und Nazidiktatur erlebt hatten, noch ein unausgesprochener Konsens oder stillschweigender Interessenausgleich im Hinblick auf die Verteilung des erarbeiteten wirtschaftlichen Aufschwungs bestand, so muß man sich doch heute fragen - wo dieser Konsens immer mehr aufgekündigt erscheint -, unter welchen Bedingungen die neoliberalen Theoretiker - wieder im Sinne Poppers - eigentlich bereit wären, zuzugeben, daß die theoretischen Aussagen nach denen "allein in einer nach bestimmten konstituierenden und regulierenden Prinzipien gestalteten Wettbewerbsordnung die Vielfalt der egoistischen Einzelinteressen in Harmonie miteinander wirken kann"[146)], sich als falsch herausgestellt haben.

---

145) Ernst Günter Vetter, Marktwirtschaft - auch noch im Jahr 2000? Freie Wirtschaft und Demokratie stehen in unlösbarem Zusammenhang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.1982, S.15.

146) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.370 ff.

Wenn man sich aber darüber im klaren ist, daß man diese sogenannte Harmonie nur mittels einer elitären Führungsschicht erzwingen kann, dann muß sich der politische Liberalismus gefallen lassen, wenn man ihm vorwirft, daß sich auch heute noch Liberalismus und Demokratie - zumindest in Teilbereichen - feindlich gegenüber stehen. In diesem Zusammenhang gehört daran erinnert, daß die von Liberalen gern aufgezeigte Identität von Liberalismus und Demokratie in Deutschland zumindest bis weit ins 20.Jahrhundert nicht bestand. Man denke hier nur an die Wahlrechtsproblematik. Überwiegend sollte nach liberaler Ansicht das Wahlrecht mit Besitz und Bildung verknüpft sein. Für zahlreiche Liberale war - zumindest noch im 19.Jahrhundert - auch Pressefreiheit noch nicht Pressefreiheit für alle, sondern für diejenigen, die Verantwortung tragen konnten.

Konservative mit festem Glauben an eine göttliche Ordnung im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft, der sich nicht wie eine Theorie der Prüfung auf "vorläufige Bewährung" unterziehen muß, sind da eben besser dran als Neoliberale wie die nebenstehende Anzeige aus der Berliner Morgenpost vom 31.10.1982 beweist.


**Auf einem wunderschönen Fleckchen in Oberbayern hat der liebe Gott die Rendite versteckt.**

Im Großraum München wird Ihr Immobilienbesitz zur exzellenten Kapitalanlage mit überdurchschnittlichen Wertsteigerungen.

EINFAMILIENHÄUSER IN REIHENBEBAUUNG IM BAUHERRENMODELL.

- zukunftsträchtiger Standort
- überdurchschnittliche Wertsteigerung
- konservativ errechnete Steuervorteile von voraussichtlich 200% bezogen auf 15% Eigenkapital durch Umsatzsteuerrückvergütung und Werbungskostenabzug
- Mietgarantie durch deutsche Aktiengesellschaft
- erfahrene Partner
- grundsolide Bauqualität
- sehr preisgünstige Objekte

Rufen Sie uns an, wir informieren Sie!

BGI Kompaktbau GmbH & Co
Fürstenfelderstr. 10, 8000 München 2,
Tel. 089-268740 und 268281

Ich bitte, dieses Inserat nicht als Schleichwerbung aufzufassen, sondern mir diesen Scherz bei der ansonsten ernsthaft betriebenen Bearbeitung des Untersuchungsgegenstandes zu gestatten. Ich finde es daher im Grunde genommen ehrlicher, wenn sich Wirtschaftsliberale heute unter Außerachtlassung von den von Neoliberalen apostrophierten Normen wie Redlichkeit, Fairness, Mäßigung, zur reinen Marktwirtschaft bekennen. Stellvertretend für diese Liberalen sei Prof. Dr. Guy Kirsch, Fribourg/Schweiz, genannt, der in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3.7.1982 ("Von guten und schlechten Unternehmern, Gedanken zur moralischen Qualifikation in der Wirtschaft") schreibt "... daß der Versuch, Wirtschaftsführer in die Pflicht für das große Ganze zu nehmen, sie auf die 'guten' Werte, auf eine soziale und politische Verantwortung festzulegen, die Freiheit zu unternehmen, aufhebt."[147]

Kirsch sieht es als Wettbewerbsunvollkommenheiten an, wenn Unternehmer Arbeitsplätze humanisieren, umweltfreundliche, aber kostspielige Produktionsvorhaben einführen, Ferienkolonien für die Kinder der Unternehmensangehörigen schaffen, hochwertige Produkte zu niedrigen Preisen anbieten. Nach seiner Meinung können sie dies zwar alles tun, müssen es aber nicht. "Wenig verständlich, ja in hohem Maße bedenklich" sind für Kirsch auch "die häufigen Bekenntnisse von Wirtschaftsführern zu sozialen Verpflichtungen und Verantwortungen".[148]

"Entweder sind die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt derart zwingend, daß sie wenig Platz für andere Wertengage-

---

147) Guy Kirsch, Von guten und schlechten Unternehmern, Gedanken zur moralischen Qualifikation in der Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.7.1982, S.13.
148) Ebenda, S.13.

ments lassen als für das Ziel der Überlebenssicherung des Unternehmens; in diesem Falle setzen Unternehmensführer mit dem Bekenntnis zu sozialer Verpflichtung selbst Maßstäbe, an denen gemessen sie versagen müssen. Oder aber die Unternehmer haben - wegen des reduzierten Wettberwerbsdrucks - die Möglichkeit, andere Werte zu wählen und zu verfolgen; in diesem Fall müssen sie sich allerdings nach der Berechtigung dieser Wertwahl fragen lassen."[149]

Nach Kirsch sind "Unternehmer weder legitimiert, von anderen schenkende Nächstenliebe zu erzwingen, noch sind sie in der Regel fähig, gezielt die Wohlfahrtssteigerung anderer anzupeilen".[150]

Kirsch beschreibt, daß "soziale und philantrophische Aktivitäten eines Unternehmers zugunsten von Mitarbeitern oder anderen zwar sympathisch und human sein mögen; es sei aber darauf hinzuweisen, daß diese Humanität der Geschäftsführung nicht auf deren Kosten, sondern zu Lasten jener geht, die infolge von Marktunvollkommenheiten als Kunde zu hohe Preise bezahlen oder als Lieferanten zu niedrige Preise erhalten haben".[151]

Wenn ich nach diesen klaren, alt- oder frühliberalen Standpunkten zur Wettbewerbswirtschaft noch einmal auf den stillschweigenden Interessenausgleich der bundesrepublikanischen Gründergeneration zurückkomme, so hat dies folgenden Grund: Ich wage zu behaupten, daß derjenige, der etwa vor Mitte der 50er Jahre geboren wurde, nach Kriegzeit und Nachkriegszeit die Bundesrepublik Deutschland eher positiv sieht als jemand, der nach 1955 in der Hochkonsumentenzeit geboren wurde

---

149) Ebenda, S.13.
150) Guy Kirsch, Von guten und schlechten Unternehmern, Gedanken zur moralischen Qualifikation in der Wirtschaft, a.a.O., S.13.
151) Ebenda, S.13.

und jetzt möglicherweise mit vielen Zertifikaten und Diplomen arbeitslos auf der Straße steht.

Meines Erachtens hat sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft dahingehend verändert, daß dem Staat, oder genauer dem politisch-administrativen System eine Globalverantwortung für die Wirtschaftsentwicklung aufgebürdet wird, ohne daß seine relative Autonomie bzw. seine relative Machtausübungsmöglichkeit erweitert wurde. Wenn beispielsweise Otto Graf Lambsdorff in seiner Amtszeit als Bundeswirtschaftsminister bei einem Gespräch mit der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 7.5.1982 ausführt, daß für die Freien Demokraten in der Wirtschaftspolitik und in der Finanzpolitik marktwirtschaftliche Grundsätze gelten und in diesem Zusammenhang sozialdemokratische Vorschläge, wie das politisch-administrative System im Rahmen seiner relativen Autonomie aktiv gestaltend, in besonderem Maße an der Verringerung der Arbeitslosenzahl mitwirken sollte, als "Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge"[152] erklärt, dann bedeutet dies eindeutig die Aufkündigung des von mir angesprochenen stillschweigenden Konsenses im Hinblick auf einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen älterer und jüngerer Generation und zwischen arbeitender und arbeitsloser Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland.

## 1.8 Der politisch organisierte Liberalismus in der Freien Demokratischen Partei (FDP)

Bis es zu dem von mir bereits erwähnten Zusammenschluß aller liberalen Landesverbände in den drei Westzonen zu einer Freien Demokratischen Partei (FDP) unter dem Vorsitz von

---

152) Zeitgespräch mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff über die Zukunft der Bonner Koalition, in: "Die Zeit" Nr. 19, vom 7.5.1982, S.9.

Theodor Heuß am 11./12.Dezember 1948 in Heppenheim kam, sind drei Grundströmungen in den liberalen Parteiorganisationen zu erkennen:

1. Die traditionelle Linie: liberal-demokratisch und föderalistisch, wie sie sich am deutlichsten in der Demokratischen Volkspartei (DVP) Württemberg-Badens mit ihren herausragenden Politikern Theodor Heuß und Reinhold Maier darstellte.
2. Eine betont freiheitlichebürgerliche Linie, antiklerikal, antisozialistisch und eher zentralistisch.
3. Eine neue demokratische und nationale Rechte, die in Gegnerschaft zur SPD und den Gewerkschaften einen Standort rechts von der CDU suchte.[153)]

Die relativ späte Konstituierung der FDP zu einer liberalen Bundespartei führte u.a. dazu, daß die Liberalen weniger durch eine Partei als durch liberale Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Theodor Heuß und Thomas Dehler, auf Verfassungsberatungen im parlamentarischen Rat Einfluß nahmen.

Bei der Wahl zum ersten deutschen Bundestag am 14.8.1949 errang die FDP 52 Mandate (11,9%) und wurde drittstärkste Partei unter insgesamt elf im Bundestag vertretenen Parteien. Die Wahl ihres Bundesvorsitzenden Theodor Heuß durch die Bundesversammlung zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland verhalf der FDP zu zusätzlichem Ansehen. Als die CDU/CSU die Regierungsverantwortung am 15.9.1949 übernahm, war die FDP mit drei Ministern an der ersten Koalitionsregierung beteiligt.

---

153) Vgl. Peter Juling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 - 1949, Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Heino Kaack, Meisenheim am Glan 1977, S.10 und 11. Anhand der zahlreichen Dokumente gibt diese Arbeit einen detaillierten Überblick über die wesentlichen Aussagen des politisch organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland bis 1969.

### 1.8.1 Die FDP als Koalitionspartner der CDU/CSU

In den ersten Regierungsjahren sorgte die FDP entscheidend dafür, daß Ludwig Erhard, den Liberale stets als "verhindertes FDP-Mitglied" sahen, gegen den Willen der SPD seine Politik der Marktwirtschaft durchsetzen konnte. Auch auf dem Gebiet der Außenpolitik gab es zwischen CDU/CSU und den Liberalen grundsätzliche Übereinstimmung. Divergierende Auffassungen in der Kulturpolitik traten aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer für diesen Bereich anfangs weniger deutlich zutage.

Bei der Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag am 6.9.1953 errang die FDP 48 Mandate (9,5%). Aus liberaler Sicht hatten sich für den Stimmenverlust Verhaftungen der britischen Militärregierung auch von FDP-Mitgliedern zu Beginn des Jahres 1953 zur Bekämpfung neonazistischer Umtriebe ausgewirkt. Inwieweit die Gefahr einer Unterwanderung, insbesondere der nordrhein-westfälischen FDP bestand, mag dahingestellt sein. Immerhin richtete sich der britische Vorstoß gegen zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten innerhalb der FDP, insbesondere gegen Werner Naumann, der bis 1945 Goebbels Staatssekretär war.

Vor allem aufgrund abweichender Auffassungen in der Außenpolitik kam es im zweiten Deutschen Bundestag zu erheblichen Differenzen zwischen FDP und CDU/CSU (die CDU/CSU gewann bei dieser Wahl 45,2% der Wähler) Persönliche Differenzen zwischen Thomas Dehler und Kanzler Adenauer, der Dehler nicht mehr in sein Kabinett berief, trugen sicher zur Verschärfung der Situation bei. Dehler wurde Fraktionsvorsitzender der FDP und im März 1954 auf dem Wiesbadener Bundesparteitag zum Parteivorsitzenden gewählt.

Anlaß für die Auseinandersetzungen mit der CDU/CSU war die Volksabstimmung an der Saar vom 23.10.1955, in der das von Adenauer ausgehandelte Saar-Statut abgelehnt wurde. Für die Ablehnung des Saar-Statuts machte sich die Demokratische Partei Saar stark, die sich nach der Volksabstimmung der FDP als Landesverband anschloß.

Ein Ultimatum Adenauers vom 25.11.1955, in dem die FDP aufgefordert wurde, sich als Koalitionspartner seinem außenpolitischen Kurs zu beugen, lehnte die FDP am 29.11.1955 ab.[154)]

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die FDP auch 1955 noch einmal in den Verdacht neonazistischer Affinität geriet. Es kam zu einem Skandal, als die in Göttingen dominierenden Rechten in der FDP den Göttinger Verleger Leonard Schlüter, der von der Deutschen Reichspartei zur FDP übergetreten war, zum Kultusminister beriefen. Dem heftigen Widerstand der Göttinger Universität war es zu verdanken, daß Schlüter bereits nach eine Woche zurücktreten mußte.[155)]

Als die CDU im Januar 1956 im Bundestag beantragte, das Wahlrecht zu ändern (nur noch die Hälfte der Abgeordneten sollte nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden, die andere Hälfte sollte direkt gewählt werden - sogenanntes Grabenwahlsystem), sah sich der politisch organisierte Liberalismus in seiner Existenz bedroht.

---

154) Günter Olzog/Arthur Herzig, Die Politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S.104; Vgl. auch: Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.147.

155) Vgl. Hildegard Hamm-Brücher, Anmerkungen zum Versagen des politischen Liberalismus vor und nach 1933 und zu seinen Folgewirkungen nach 1945, in: "liberal", Heft 3, April 1983, S.5.

Adenauer hatte schon in Verbindung mit der Saar-Frage Ende 1954 mit dem Mehrheitswahlrecht gedroht. Schließlich zog Adenauer seinen Wahlrechtsentwurf zurück, nachdem Dehler deutlich gemacht hatte, daß es mit Hilfe der SPD durchaus möglich wäre, die CDU in mehreren Bundesländern in die Opposition zu drängen und damit die für die Wahlrechtsänderung notwendige Mehrheit im Bundestrat zu verhindern.[156)]

Die erneute Drohung mit der Wahlrechtsänderung veranlaßte die FDP, in Nordrhein-Westfalen ihre Koalition mit der CDU zu lösen. Das Kabinett Arnold mußte aufgrund eines gegen den CDU-Ministerpräsidenten beantragten Mißtrauensvotums zurücktreten. Am 20.2.1956 ging die FDP unter Führung von Fritz Steinhoff (SPD) mit der SPD eine Koalition im größten Bundesland ein. Durch diesen Regierungswechsel verlor die Regierungskoalition im Bund die Zweidrittelmehrheit im Bundesrat.

Folge des Regierungswechsels in Nordrhein-Westfalen vom 20.2.1956 war dann aber auch, daß drei Tage später die Bundestagsfraktion der FDP zerbrach; 16 Abgeordnete - darunter die vier Minister - traten aus der FDP aus. Die FDP ging nach dem Koalitionsbruch mit der CDU mit den verbliebenen Abgeordneten unter Dehlers Führung in die Opposition, in der sie bis 1961 bleiben sollte.

### 1.8.2 Die FDP in der Opposition

Die FDP nutzte die Krisenzeit des jahres 1956 zur Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms, das auf dem Parteitag vom 24.-26.1.1957 in Berlin beschlossen wurde.

---

156) Vgl. Jürgen Dittberner, Zur Entwicklung des Parteiensystem zwischen 1949 und 1961, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976, S.142 ff.

In ihrem Berliner Programm von 1957 ging es der FDP darum, ihre eigenen Zielvorstellungen und grundsätzlichen Unterschiede zur SPD und CDU/CSU aufzuzeigen.

Karl-Hermann Flach - schon maßgeblich an diesem Programm beteiligt - formulierte die 1.These, die diese Absicht deutlich zum Ausdruck brachte: "Die freie Demokratische Partei erstrebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, ebenso aus christlicher Verantwortung den Mißbrauch der Religion im politischen Tageskampf".[157]

Trotz der Mitarbeit von Karl-Hermann Flach war die FDP 1957 noch keineswegs in der Lage, mit ihrem Programm auch eine Überprüfung bzw. Neuentwicklung ihres Liberalismusverständnisses vorzunehmen. Das Berliner Programm ist eher eine "Aneinanderreihung bürgerlich-interessenbezogener Forderungen"[158], mit der die FDP den Versuch unternahm, sich neben den beiden großen Parteien als dritte Kraft durch eine eigenständige programmatische Aussage darzustellen.

Bundesvorsitzender der FDP wurde in Berlin Reinhold Maier, der Thomas Dehler ablöste.

Die Bundestagswahl 1957 brachte der FDP mit 41 Mandaten (7,7%) das bisher schlechteste Wahlergebnis. Erstmals kam

---

157) Berliner Programm 1957, beschlossen vom 8.Bundesparteitag am 26.Januar 1957 in Berlin, zitiert nach Peter Juling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969, Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan, S.145.

158) Projektgruppe Parteiensystem (Zentralinstitut für sozial-wissenschaftliche Forschung der FU Berlin), Bundesrepublik Deutschland, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien in Westeuropa, Hamburg 1978, S.100.

die FDP damit der 5%-Grenze recht nahe. Die CDU/CSU gewann 50,2% der Wähler und somit die absolute Mehrheit.

Die Wahl Maiers in Berlin führte zwar zu einer gewissen Entschärfung regionaler Probleme, insbesondere zwischen süddeutschen und nordwestdeutschen Liberalen; um die Niederlage von 1957 bei der Bundestagswahl 1961 wettmachen zu können, war dennoch bald ein Generationswechsel in der Führungsspitze notwendig. Auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 28.-29.1.1960 wurde Erich Mende zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt.

### 1.8.3 Die FDP als erneuter Koalitionspartner der CDU/CSU

Die Bundestagswahl vom 17.9.1961 leitete das Ende der Ära Adenauer ein. Die CDU/CSU verlor die 1957 errungene absolute Mehrheit und 28 Mandate. Für die FDP dagegen wurde die Wahl zum großen Erfolg. Mit 67 Mandaten (12,8%) erzielte sie ihr bisher bestes Wahlergebnis. Am 13.November 1961 beteiligte sich die FDP am 4.Koalitionskabinett Adenauers mit fünf Ministern. Der Bundesvorsitzende Mende verzichtete auf ein Regierungsamt, weil er mit der Aussage in den Wahlkampf gezogen war, daß seine Partei sich nicht an einer Koalition unter der Führung Adenauers beteiligen wolle.

Trotz des Verzichts Mendes mußte sich die FDP in der öffentlichen und in der "veröffentlichten" Meinung erstmals den Vorwurf des "Umfallens" gefallen lassen, indem sie einer bis 1963 befristeten Kanzlerschaft Adenauers zustimmte.[159)]

---

159) Theo Stammen, Freie Demokratische Partei, in: Rainer Kunz, Herbert Maier, Theo Stammen (Hrsg.), Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bd.II, München 1979, S.408;
Vgl. auch: Jürgen Dittberner, Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961, a.a.O., S.153.

Das beste Wahlergebniss der FDP verhinderte nicht, daß die Glaubwürdigkeit der Liberalen stark beschädigt wurde.

Jürgen Dittberner beschreibt das westdeutsche Parteiensystem 1961 folgerichtig als in seinen Grundstrukturen konsolidiert, aber zugleich in einer Umbruchsituation: "Innerhalb der CDU/CSU war das Führungsproblem ungelöst, die SPD suchte nach einer Konkretisierung ihrer neuen Rolle als reformistische Volkspartei, die FDP mußte sich gegen das Bild einer erpreßbaren Umfallerpartei wehren, während ihr deutlich geworden war, daß eine große Koalition nicht mehr ausgeschlossen werden konnte".[160]

Die Möglichkeit einer großen Koalition wurde zum Beispiel schon während der "Spiegelaffäre" sichtbar, als Adenauer auf dem Tiefpunkt seiner Popularität im November/Dezember 1962 mit Vertretern der SPD über eine Koalition verhandeln ließ.[161]

Wie sich herausstellen sollte, hatte die "Spiegelaffäre" vor gut 20 Jahren für die Bundesrepublik Deutschland im Nachherein auch positive Aspekte. Ob man nun der FDP ein besonderes Verdienst als "Hüterin des Rechtsstaats" zukommen lassen will - immerhin klagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Wolfgang Döhring, Kanzler Adenauer vor dem Plenum des Bundestages an, gegen die Grundsätze des Rechtsstaates verstoßen zu haben[162] -, oder ob die "Spiegelaffäre" schließlich zu einer Stunde des Parlaments und auch der Presse wurde, kann hier nicht eingehend behandelt werden. Aufgrund der "Spiegelaffäre" erklärten zumindest die

---

160) Jürgen Dittberner, Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961, a.a.O., S.154
161) Günter Olzog/Arthur Herzig, Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S.106.
162) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.154

fünf Minister der FDP am 19.11.1962 ihren Rücktritt und zwangen damit auch Franz Josef Strauß (CSU) als Verteidigungsminister zum Rücktritt, von dem Theodor Eschenburg 1962 gesagt hatte: "Es fehlt das Zutrauen zu der rechtsstaatlichen pupilarischen Sicherheit ... das eine erwartet man nicht von ihm: den Respekt vor den rechtsstaatlichen Schranken".[163]

Nach der Neubildung der Koalitionsregierung am 11.Dezember 1962 war die FDP wiederum mit fünf Ministern vertreten.

Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers wurde Ludwig Erhard am 16.10.1963 zum Bundeskanzler gewählt. Der FDP-Vorsitzende Erich Mende wurde Regierungsmitglied als Minister für gesamtdeutsche Fragen.

### 1.8.4 Koalitionskrise wegen der Frage der Verjährungsfristen von NS-Verbrechen

Während Erhards Kanzlerschaft kam es insbesondere 1965 zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern, diesmal bei der Frage der Verjährungsfristen von NS-Verbrechen (Problem der Mordverjährung).

Hauptredner in der ausführlichen Diskussion zu dieser Problematik waren im März 1965 - wie in den Protokollen des Deutschen Bundestages nachzulesen ist[164] - Dehler für die

---

163) Theodor Eschenburg zitiert nach Daniel Koerfer und Karl-Heinz Janßen, Sie kamen bei Nacht und Nebel, Vor zwanzig Jahren erschütterte die Spiegel-Affäre die Republik. Neues über die Rolle von Strauß und der FDP, in: "Die Zeit" vom 22.10.1982, S.21.

164) Vgl. zur Sache: Themen Parlamentarischer Beratung, 3-5/80, Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen, Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, Bonn 1980;

FDP, Benda für die CDU und Arndt für die SPD. Dehlers Hauptargument war - das von den FDP-Abgeordneten geschlossen geteilt wurde -, daß man wegen der Rechtssicherheit auf letzte Gerechtigkeit verzichten müsse. Dehler ließ sich allein davon leiten, den Willen zum Recht zu bekunden. Moralische oder politische Erwägungen hätten seiner Meinung nach wegen der Bedeutung der Rechtssicherheit außer Acht zu bleiben. Benda betonte dagegen, daß sich hier die juristische Frage mit der politischen Frage träfe. Rechtsfrieden und Rechtssicherheit seien zwar hohe Werte, die wegen der Rechtsstaatlichkeit zu beachten seien; aber daneben stehen gleichberechtigt die Gebote der Gerechtigkeit. Diese Ansicht deckte sich im Wesentlichen mit der von Arndt vertretenen Auffassung. Arndt wies in seiner Rede darauf hin, daß er einmal in einem Vortrag vor der Richterschaft in Braunschweig gesagt habe, wenn bei Beratungen das Wort "Rechtssicherheit" fällt, sollten die Richter alle Alarmklingeln des Gerichts in Gang setzen; denn dann seien sie immer in Gefahr, etwas Ungerechtes zu tun und es mit der Sicherheit zu motivieren.[165] FDP-Justizminister Bucher trat schließlich wegen seiner verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das am 25.3.1965 beschlossene Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen (Ruhen der Fristen vom 8.5.1945 bis 31.12.1949) zurück. Daß ich hier in aller Kürze auf die drei brillianten Redebeiträge zur Verjährungsdebatte 1965 eingegangen bin, kann nicht generelle Kritik oder Würdigung zum Ziel haben. Darauf aufmerksam machen wollte ich aber auf die liberale Überbetonung des Rechtsstaatswertes und der damit drohenden Vernachlässigung äquivalenter Werte. Meines Erachtens mangelte es den Liberalen in ihrer Geschichte und in der Gegenwart immer wieder daran, daß der Rechtsstaatswert bzw. der Freiheitwert des Einzelnen nicht mit dem Wert der Gerechtigkeit und noch weniger mit dem Wert

---

165) Vgl. zur Sache: Themen Parlamentarischer Beratung, 3/80, a.a.O., S.205.

der Solidarität angemessen in Einklang gebracht werden konnte.

Bei der Bundestagswahl am 19.9.1965 errang die FDP 49 Mandate (9,5%). Mit vier Ministern setzte sie die Regierungskoalition unter Ludwig Erhard fort. Doch schon im Oktober 1966 kam es zum Koalitionsbruch. Ausschlaggebend war der Konflikt über den Bundeshaushalt 1967, aber auch unaufhaltsame Autoritätseinbußen des Kanzlers innerhalb der CDU/CSU. Die Regierungskoalition wurde durch den Rücktritt der FDP-Minister beendet. Erhards Versuch, als Kanzler eines Minderheitskabinetts im Amt zu bleiben, scheiterte.[166)]

### 1.8.5 Die große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD

Am 1.Dezember 1966 kam die große Koalition zwischen CDU/CSU (geführt von Kurt-Georg Kiesinger ) und SPD (geführt von Willy Brandt) zustande.

Heino Kaack ist zuzustimmen, wenn er zur strukturellen Situation der FDP 1966 feststellt: "Die Wandlung des Parteiensystems seit Ende der fünfziger Jahre wurde von der Mehrheit der FDP-Führungsspitze nicht rechtzeitig erkannt. Durch den im Godesberger Programm, in Bundestagsdebatten, Wahlprogrammen und im Führungswechsel zum Ausdruck gekommenen Wandlungsprozeß der SPD hatte die Dichotomie bürgerlich/sozialistisch ihre traditionelle Bedeutung für das Parteiensystem der Bundesrepublik verloren. Die FDP verharrte noch in den Kategorien des Bürgerblockdenkens, als die SPD bereits zum tendenziell gleichgewichtigen Konkurrenten, aber auch zum potentiellen Partner der CDU/CSU geworden war.[167)]

---

166) Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim am Glan 1978, S.27.

167) Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, a.a.O., S.28.

Die FDP hatte ihre selbstbestimmte Funktion des liberalen Korrektivs zur CDU verloren und sah sich mit ihren 50 Abgeordneten in die Rolle einer Miniaturopposition gedrängt.[168)]

Die Umstellung von der kleineren Regierungspartei auf die Rolle der Opposition fiel der FDP nicht leicht. Geht man davon aus, daß der Sinn einer Opposition im parlamentarischen System auch in der Chance zum potentiellen Machterwerb liegen sollte, konnte die FDP eine echte Oppositionsfunktion nicht wahrnehmen, da ihre zahlenmäßige Größe dies nicht zuließ. Einige fundamentale Oppositionsrechte standen den Abgeordneten der FDP nicht zur Verfügung, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Einberufung einer außerplanmäßigen Parlamentssitzung, die Möglichkeit, die Einberufung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu veranlassen und die Möglichkeit der Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht; ferner hatten sie keine Sperrminorität gegen Grundgesetzänderungen.

Die immer größer werdenden Bedenken in der Öffentlichkeit gegen den "Machtblock große Koalition" (schon bei der Abstimmung im Bundestag am 1.12.1966 waren immerhin 109 Abgeordnete gegen diese Koalition, darunter eine große Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten), ermöglichte es der FDP, zumindest außerhalb des Parlaments, ihre Positionen sichtbar zu machen.

### 1.8.6 Die FDP als Reformpartei

Im Frühjahr 1967 entwickelte die FDP Ansätze zu einer neuen Deutschland- und Ostpolitik. Die programmatische Diskussion begann mit der durch eine Indiskretion in der Zeitschrift

---

168) Ebenda, S.34.

"Stern" veröffentlichten Schollwer-Studie, die eine völlige Veränderung der bundesrepublikanischen Haltung gegenüber den Ländern des Ostblocks verlangte. Die politische Neuorientierung der FDP im Sinne Schollwers wurde insbesondere vom FDP-Schatzmeister Hans-Wolfgang Rubin unterstützt. Der FDP-Parteivorsitzende Erich Mende wandte sich scharf gegen die von Schollwer und Rubin vertretenen Thesen. Als er auf dem Bundesparteitag in Hannover(3.-5.4.1967) erneut die "Reformatoren" angriff und ihnen unterstellte, leichtfertig deutsche Interessen preiszugeben[169], isolierte er sich zusehens.

Im September 1967 kündigte Mende seinen Verzicht auf den Parteivorsitz an. Der Kreis der Parteireformer um Scheel, Rubin, Weyer und andere erhielt durch eine beginnende Umstrukturierung der Mitgliedschaft innerhalb der FDP Unterstützung. Am 30.1.1968 wurde Walter Scheel zum Parteivorsitzenden gewählt. Etwa im April 1969 beginnt der Zeitpunkt, wo auf Werbung und Optik spezialisierte Liberale die Umorientierung der FDP durch die Pünktchen hinter den Buchstaben zu dokumentieren versuchen. Selbst wenn die Pünktchen später sogar Bestandteil des satzungsmäßigen Namens der Partei wurden, erlaube ich mir, die bisher verwendete Abkürzung FDP beizubehalten.

Als ein Zeichen der Umorientierung wurde auch gewertet, daß der Soziologe Ralf Dahrendorf, erst seit 1962 Mitglied, im Frühjahr 1969 in den Bundesvorstand der FDP gewählt wurde.

### 1.8.7 Die Bundespräsidentenwahl vom 5.3.1969

Als ein wichtiger Test für den kommenden Bundestagswahlkampf wurde allgemein die Wahl des Bundespräsidenten am 5.März

---

169) Vgl. Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.164.

1969 angesehen. Man kann Arnulf Baring durchaus zustimmen, wenn er den "seismographischen Charakter von Bundespräsidentenwahlen" hervorhebt.[170)]

Da die große Koalition von CDU/CSU und SPD immerhin eine Änderung des Wahlrechts in Richtung Mehrheitswahlrecht zum Bestandteil der Regierungserklärung machte, diese Vorstellung dann aber nur noch von der Union, insbesondere von dem damaligen Innenminister Lücke vehement vertreten wurde, konnten die Liberalen hoffen, insbesondere wenn sie einen SPD-Kandidaten bei der Wahl zum Bundespräsidenten unterstützten, daß künftig von Seiten der SPD das Wahlrechtsänderungsthema nicht mehr aktuell sei.

Wenn immer ein solches Mehrheitswahlrecht in Kraft getreten wäre, (bei dem nur derjenige gewählt ist, der im Wahlkreis die Stimmenmehrheit erhält; alle anderen Stimmen bleiben unberücksichtigt!) hätte es dazu geführt, daß die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten gewesen wäre, da es ihr wohl kaum gelungen wäre, in irgendeinem Wahlkreis der Bundesrepublik Deutschland einen eigenen Kandidaten durchzubringen.

Aber es war nicht nur die Furcht vor einer Wahlrechtsänderung, die die Liberalen zwang, ihre politische Situation ernsthaft zu überprüfen. Durch die große Koalition von CDU/CSU und SPD war die FDP als jahrelanger Appendix von CDU/CSU in eine ungewollte Isolation geraten.

Nur mittels einer eigenständigen politischen Programmatik und geistiger Selbstständigkeit gegen den "Machtblock große Koalition" bestand eine Chance bei jungen Wählern insbeson-

---

170) Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S.27 ff.

dere aus dem Lager der unzufriedenen akademischen Jugend Anerkennung zu finden.

Um aber auch parlamentarisch wieder eine Rolle zu spielen, kam die Bundespräsidentenwahl gerade recht. Am meisten hätte es die FDP getroffen, wenn sich CDU/CSU und SPD auf einen Kandidaten geeinigt hätten. So wäre zum Beispiel der Sozialdemokrat Georg Leber, der auch große Wertschätzung bei CDU und CSU genoß, für die Übereinkunft von CDU/CSU und SPD zur Fortsetzung der großen Koalition angesehen worden. Nachdem die CDU/CSU sich für Gerhard Schröder als ihren Kandidaten und die SPD sich für Gustav Heinemann als ihren Kandidaten entschied, war für die Liberalen in ihrem Überlebenskampf auf parlamentarischer Bühne wieder "Land in Sicht". So ist Arnulf Baring zuzustimmen, wenn er schreibt: "Es hing, falls sich CDU/CSU und SPD nicht verständigten, ausschließlich von den Freien Demokraten ab, wer Bundespräsident wurde. Die beiden anderen Parteien, so groß sie auch sein mochten, konnten mit allen Namen, die sie nannten, lediglich Angebote an die Adresse der FDP machen".[171)]

In der Zeit des Umbruchs, der Auseinandersetzungen mit der Jugend, begrüßten viele Liberale die Bemühungen des Justizministers Gustav Heinemann zum Beispiel um die Reform des Strafvollzugs, um die Reform des Eherechts und der Reform des Rechts der unehelichen Kinder. Arnulf Baring beschreibt Heinemann in der damaligen Situation wie folgt: "Ruhig und beharrlich zur Vernunft zu raten, für den sozialen Ausgleich zu wirken, den friedlichen Fortschritt, dabei vor allem den Rechtsstaat, unsere Verfassung, als Gebäude der gemeinsamen Freiheit auszubauen und im allgemeinen Bewußtsein bewohnbar zu halten: So könnte man zusammenfassen, worauf es Heinemann vor allem ankam. Nicht zufällig wuchs daher gerade ihm bei

---

171) Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel, a.a.O., S.55.

den Osterunruhen 1968 (die alles in den Schatten stellten, was die Bundesrepublik bisher an Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei erlebt hatte) die Aufgabe zu, Älteren und Jüngeren ins Gewissen zu reden".[172]

Für den Parteivorsitzenden der FDP, Walter Scheel, stand daher eindeutig fest, daß für die FDP, wollte sie politische Eigenständigkeit unter Beweis stellen, wollte sie gegenüber der kritischen Jugend als fortschrittliche Partei glaubwürdig bleiben, nur mit Geschlossenheit Gustav Heinemann wählen konnte.

Sollte aber Gerhard Schröder, der selbst nie ein Hehl aus seiner konservativen Einstellung machte, mit den Stimmen der NPD und denen der FDP zum Bundespräsidenten gewählt werden, mußte jede glaubhafte Entwicklung zu einer liberalen politischen Eigenständigkeit und Neubesinnung verspielt sein. Das liberale Dilemma, nämlich "das Ringen um Geschlossenheit" oder die "Zähmung der Wiederspenstigen durch den Parteivorsitzenden Scheel" schildert Arnulf Baring eindrucksvoll: "Nachdem in einer ersten internen Abstimmung am Vorabend der Wahl 57 FDP-Mitglieder der Bundesversammlung für Heinemann, 23 für Schröder und 2 sich der Stimme enthielten, in einer zweiten Abstimmung über die Frage, ob die potentiellen Schröder-Wähler sich dem Mehrheitsvotum anschließen könnten, 71 mit ja stimmten, 10 mit nein und ein Stimmberechtigter sich enthielt, waren nach einer dritten Abstimmung am späten Abend immerhin von 82 Anwesenden 77 bereit, Heinemann zu unterstützen".[173] Wenn auch Gustav Heinemann am 5.März 1969 erst im dritten Wahlgang (hier war nur noch die relative Mehrheit notwendig) zum Bundespräsidenten gewählt wurde, ist festzuhalten, daß es inbesondere Walter Scheel gelungen war,

---

172) Ebenda, S.70.
173) Arnulf Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel, a.a.O., S.113-119

eine für Liberale bemerkenswerte Geschlossenheit zu erreichen, da dem CDU-Kandidaten Schröder (bei NPD-Unterstützung) nur 16 Stimmen aus den Reihen der FDP gefehlt hatten.

In der Öffentlichkeit wurde die Wahl Heinemanns bereits als deutliches Signal für eine SPD/FDP-Koalition nach den Wahlen im September 1969 angesehen, wenn auch die FDP-Führung sich zu dieser Frage äußerst zurückhielt.

Parlamentarisch war die FDP vor allem in der Ablehnung der Notstandsgesetzte aktiv. Das Gesetzgebungswerk, das von der Großen Koalition zur Ablösung von Vorbehaltsrechten der Siegermächte eingebracht wurde, war gekennzeichnet durch eine Reihe von Vollmachten für die Regierung anstelle parlamentarischer Entscheidungen. Am 30.5.1968 stimmten 384 Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD für die Notstandsgesetze. Die FDP-Abgeordneten, 1 CDU-Abgeordneter und 53 SPD-Abgeordnete stimmten dagegen. Die relativ hohe Zahl der SPD-Neinstimmen zeigte die ganze Fragwürdigkeit einer großen Koalition im Hinblick auf ein normales, funktionierendes parlamentarisches System auf und deutete außerdem an, daß diese Koalition nicht von langer Dauer sein konnte.

### 1.8.8 Die FDP als Koalitionspartner der SPD

Die Bundestagswahl vom 28.9.1969 brachte der FDP zwar nicht das erhoffte gute Ergebnis; ihre 30 Mandate (5,8%) setzten sie jedoch in die Lage, eine Koalition mit der SPD einzugehen. Am 22.Oktober 1969 wurde die SPD/FDP-Koalition unter Führung von Willy Brandt und Walter Scheel gebildet. An der neuen Bundesregierung war die FDP mit drei Ministern beteiligt. Wie labil die FDP-Fraktion und die Regierungsmehrheit war, zeigte sich jedoch bereits am Vortag bei der Kanzler-

wahl: Willy Brandt erhielt nur 251 Stimmen, obwohl die Koalition über 254 Mandate verfügte.[174)]

Dennoch kann gesagt werden, daß die Position der FDP im Parteiensystem sich vom liberalen Korrektiv der CDU hin zu programmatischen Übereinstimmungen mit den Sozialdemokraten gewandelt hatte. Dies betraf vor allem die Deutschland- und Außenpolitik, während im Wirtschafts- und Sozialbereich weiterhin deutliche Unterschiede vorhanden waren.

Daß die Umstrukturierung der FDP im Herbst 1969 noch nicht abgeschlossen war, zeigten starke Auseinandersetzungen in der Partei um die Koalitionsfrage. Nach längeren Kämpfen verließen schließlich am 9.10.1970 die Bundestagsabgeordneten Mende, Starke und Zogelmann die FDP. Das Selbstverständnis weiter Teile der FDP als Reformkraft besonders im Bereich der Ostpolitik zu wirken, stand zu diesem Zeitpunkt nicht in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Zusammensetzung der Bundestagsfraktion, da hier oft die alten Abgeordneten wieder aufgestellt worden waren, die noch in den Kategorien der CDU/FDP-Koalition dachten.

Die FDP sah sich als die Partei, von der in erster Linie Reformen ausgehen konnten. Schon bei seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden am 30.1.1968 in Freiburg hatte Walter Scheel die CDU/CSU und die SPD als "unbewegliche Kolosse" bezeichnet. Nach seiner Ansicht könnten Reformen, die Revolutionen sinnlos machten, nur von den Liberalen eingeleitet werden.[175)]

Reformbereiche der FDP waren vor allem: Ost- und Außenpolitik, Bildungspolitik, Strafrechtsreform (Amnestiegesetze, §

---

174) Vgl. Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, a.a.O., S.41.
175) Werner Stephan, 100 Jahre liberale Parteien, a.a.O., S.166

218 StGB etc.). Die hauptsächlich durchgeführten Reformen in der Anfangsphase der sozial-liberalen Koalition waren die durchgreifende Neuorientierung der Ostpolitik, die Verträge mit der UdSSR (Moskauer-Vertrag vom 12.8.1970) und Polen (Warschauer-Vertrag vom 7.12.1970), die deutschen Gewaltverzicht und die Anerkennung des Status quo in Europa beinhalteten und die 1972 abgeschlossenen Verträge mit der DDR (Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR). Hier liegt mit Sicherheit das historische Verdienst dieser Koalition.

Eine generelle Bilanz über Erfolg oder Mißerfolg der Reformpolitik von SPD/FDP kann hier nicht geleistet werden. Zumindest über die Schwierigkeiten dieser Politik bietet die von Wolfram Bickerich herausgegebene "Bilanz der sozial-liberalen Koalition" wesentliche Einblicke.[176)]

### 1.8.9 Die "Freiburger Thesen"

Höhepunkt der Reformorientierung der FDP war das Jahr 1971 mit der Verabschiedung der "Freiburger Thesen für eine liberale Gesellschaftspolitik" auf dem 22.Bundesparteitag in Freiburg (22.-27.10.1971) und der Wahl des links-liberalen Karl-Hermann Flach zum Generalsekretär der Partei.

Karl-Hermann Flach hatte mit seiner Streitschrift "Noch eine Chance für die Liberalen" den Grundstein zu einer neuen liberalen Standortbestimmung gelegt: "Liberalismus heißt Einsatz für größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und Wahrung der menschlichen Würde in jeder gegebenen oder sich verändernden gesellschaftlichen Situation. Liberalismus

---

176) Wolfram Bickerich (Hrsg.), Die 13 Jahre, Bilanz der sozial-liberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982.

bedeutet demgemäß nicht Freiheit und Würde einer Schicht, sondern persönliche Freiheit und Menschenwürde der größtmöglichen Zahl. Freiheit und Gleichheit sind nicht nur Gegensätze, sondernd bedingen einander.'

Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Freiheit des anderen Einzelnen, des Nächsten. Insoweit ist Liberalismus nicht Anarchismus, sondern auch eine politische Ordnungslehre. Der Liberalismus weiß, daß der Mensch nicht im Besitz letzter Wahrheit ist. Er glaubt ihn nur auf der Suche danach. Da der Liberalismus keine letzten menschlichen Wahrheiten und politischen Endlösungen anerkennt, sind geistige Freiheit und Schutz der Minderheiten die Kernstücke seines Programms'.[177)]

Erstmals befaßte sich eine Programmkommission unter Vorsitz von Werner Maihofer im Rahmen der Neufundierung der liberalen Funktion mit einem politischen Konzept, das klar und eindeutig die Gesellschaftspolitik in den Vordergrund stellte. Es ging darum, 'die bislang vernachlässigte Sozialstaats- mit der Rechtsstaatsdimension zu verbinden'.[178)]

Noch 1975 konnte Werner Maihofer auf dem Bundesparteitag der Freien Demokraten in Mainz (29.10.1975) in diesem Sinne feststellen: 'Die FDP hat mit den Freiburger Thesen 1971 in einem großen geistigen Kraftakt den geschichtlichen Rückstand auf dem Felde der Gesellschaftspolitik mit einem Schlage aufgeholt und selbst da, wo diese politischen Programme im juristischen Detail noch unausgegoren und unausgereift sein mögen, die politische Diskussion auch in den

---

177) Karl-Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen, Frankfurt am Main 1971, S.12 und 13.
178) Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, a.a.O., S.44.

anderen Parteien seither entscheidend (mit-) beeinflußt".[179]

Werner Maihofer beschwor 1971 in seinem Grundsatzreferat in Freiburg die Kompatibilität einer neuen liberalen Gesellschaftspolitik mit der liberalen Tradition und den von ihm insbesondere zitierten Klassikern des Liberalismus Russeau, Kant, vom Humboldt, Mill, vom Stein und Naumann.[180]

In den Freiburger Thesen der FDP zur Gesellschaftspolitik wurden im Sinne Maihofers und Flachs vier grundlegende Thesen zum Verständnis eines demokratischen und sozialen Liberalismus formuliert:
"Liberalismus nimmt Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung",
"Liberalismus nimmt Partei für Fortschritt durch Vernunft",
"Liberalismus fordert Demokratisierung der Gesellschaft",
Liberalismus fordert Reform des Kapitalismus".[181]

Heino Kaack kommentiert den Unterschied zwischen den "Freiburger Thesen" und früheren liberalen Grundsätzen treffend: "An der klassischen Priorität des Liberalismus, der Freiheit des Individuums, wurde folgerichtig festgehalten, aber sie wurde stärker als bisher am konkreten gesellschaftlichen Kontext festgemacht, so daß die gesellschaftspolitischen Grundkonflikte offen und differenziert angesprochen werden

---

179) Werner Maihofer, Die liberale Position in Gesellschafts- und Staatspolitik, Vortrag auf dem Bundesparteitag der Freien Demokraten in Mainz am 29.10.1975, Hrsg.: FDP Bundesgeschäftsstelle, Bonn, o.J., S.2.
180) Werner Maihofer, Liberale Gesellschaftspolitik, in: Karl-Hermann Flach, Werner Maihofer, Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972, S.27 ff.
181) "Die Freiburger Thesen" (1971), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980, S.46, 47, 49 und 51.

konnten. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in der Kapitalismuskritik, in der Eigentumsfrage sowie hinsichtlich der Relation von Freiheit und Gleichheit".[182)]

### 1.8.10 Das Grundwerteverständnis der FDP im Vergleich zu SPD und CDU

Mit diesem fortschrittlichsten Programm in ihrer Geschichte haben Liberale erstmals die Interdependenz von Freiheit und Gleicheit zum Programmpunkt erklärt. Auffallend ist jedoch, wie wenig Beachtung Liberale selbst bei einem Programm, das die Gesellschaftspolitik in den Fordergrund stellt, dem Grundwert "Brüderlichkeit" oder "Solidarität", wie er in den Programmen der SPD und CDU genannt wird, beimessen.[183)]

Selbst der soziale Liberale Werner Maihofer konnte hier nicht über seinen Schatten springen. In der im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 1976 einsetzenden sogenannten "Grundwertediskussion" in der Bundesrepublik Deutschland äußerte sich Werner Maihofer in einem Vortrag vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 20.Juni 1976 zum Grundwert Solidarität folgendermaßen: "Ein Staat kann Freiheit garantieren, ein Staat kann mit einiger Entschlossenheit auch Gleichheit garantieren. Aber ein Staat kann niemals Solidarität organisieren, er kann allenfalls für ein Minimum an Solidarität von Staats wegen mittels des Rechts Sorge tragen (wie etwa die durch unser Strafgesetz erzwungene Nächsten-

---

182) Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, a.a.O., S.46.

183) Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15.11.1959, in: Siegfried Hergt (Hrsg.), Parteiprogramme, Leverkusen 1977, S.39, und Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Partei Deutschlands vom 25.10.1978, Hrsg.: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1978, S.7.

liebe in Not), aber er kann niemals ein Optimum, geschweige denn ein Maximum an Solidarität in die Gesellschaft hineinzwingen".[184]

Bevor ich zu dieser Auffassung Stellung nehme, möchte ich - ohne auf die erheblichen Unterschiede im Verständnis des Grundwertes Solidarität bei SPD und CDU einzugehen - kurz anhand einiger prägnanter Zitate aufzeigen, welche große Bedeutung der Grundwert Solidarität bei diesen beiden Parteien hat. Im "Godesberger Programm" der Sozialdemokraten heißt es: "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens".[185]

Im Papier der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand "Grundwerte und Grundrechte" vom 15.1.1979 wurde hierzu erläuternd ausgeführt: "... Damit bringt die Solidaritätsforderung der Sozialdemokratie die Erkenntnis zum Ausdruck, daß sich Freiheit und Gerechtigkeit 'durch Institutionen allein nicht sichern lassen', sondern eine neue solidarische Haltung der Menschen erfordert. Die Bereitschaft zur Solidarität kann um so stärker wachsen, je mehr Freiheit und Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft verwirklicht sind".[186]

Im Grundsatzprogramm der CDU werden u.a. die Zusammengehörigkeit von Solidarität und Subsidiarität sowie die Solidarität zwischen Ungleichen betont: "Solidarität verbindet nicht nur Interessengruppen in der Wahrnehmung ihrer berech-

---

184) Werner Maihofer, Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft, a.a.O., München 1977, S.101
185) Grundsatzprogramm der SPD, a.a.O., S.39.
186) Grundwerte und Grundrechte, vorgelegt von der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1979, S.10.

tigten Anliegen, sondern greift über die widerstreitenden Interessen hinaus, verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und alle im Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen. Das Gebot der Solidarität wird erst dann erfüllt, wenn es auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern gilt".[187]

Richard von Weizsäcker, der die Programmarbeit der CDU wesentlich mitgestaltete, hat sogar einmal in einem Interview mit der "Herder Korrespondenz" hervorgehoben, daß für ihn der Grundwert Solidarität der wichtigste und der schwierigste ist".[188]

Zurück zu der Aussage Werner Maihofers, der Staat könne nicht Solidarität organisieren. Dies mag ja stimmen. Das heißt aber doch nicht, daß der Staat bzw. die staatstragenden Parteien hier zur völligen Abstinenz aufgefordert sind. Meines Erachtens müssen im Gegenteil Staat und Parteien sowie auch Kirchen und Verbände die Bereitschaft der Bürger zur Solidarität mittels ihrer Informationskapazitäten, aber auch durch Motivierung mittels besonderer Anreize (öffentliche Ehrung, Anerkennung, Vorbildcharakter) fördern. Nur mit einer solchen Aufklärungsarbeit, beispielsweise auch im Bereich der politischen Bildung, kann es gelingen, Vorurteile abzubauen und die Bürger vom Sinn der Solidarität als einer allgemein menschlichen Einstellung zu überzeugen.

Wenn es in den "Freiburger Thesen" zur Eigentumsordnung heißt, daß das im freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat des Grundgesetzes garantierte Bürgerrecht auf Eigentum der Ergänzung durch die Verpflichtung des Staates zu einer Gestal-

---

187) Grundsatzprogramm der CDU, a.a.O., S.9 und 10.
188) Was sind die Grundlagen christlich-demokratischer Politik? Ein Gespräch mit Richard von Weizsäcker, Herder Korrespondenz, 31.Jg., Nr.11, Nov.1977, S.561.

tung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum von einem Vorrecht Weniger zu einem Recht Aller macht, bedürfe, so ist diese Formulierung meines Erachtens ebenso utopisch wie die von Friedrich Naumann, daß die Industrieuntertanen in Industriebürger verwandelt werden müßten. Utopisch wären diese Formulierungen allerdings nicht, wenn unter Gleichheit Ungleichbehandlung verstanden werden würde, das heißt Privilegien Weniger abzubauen, um die Chancen auf mehr Lebensqualität Vieler zu erhöhen und wenn dies von einer Gemeinschaft, die sich füreinander verantwortlich fühlt, getragen werden würde. Da eine derartige Auffassung Liberalen stets fremd war, nimmt es in der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik Deutschland nicht wunder, wen ein fortschrittliches Programm wie die "Freiburger Thesen" (Karl-Hermann Flach sah die "Freiburger Thesen" immer als ein Langzeitprogramm an), das auch nicht auf dem Hintergrund einer breiten sozialen Basis entstanden ist, sondern einigen klugen liberalen Köpfen zu verdanken ist, sehr schnell wieder in den Archiven verschwunden ist.

### 1.8.11 "Die Reformjahre" bis Ende 1973

Nach dem gescheiterten Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Willy Brandt am 27.April 1972 war im vorgezogenen Wahlkampf von 1972 aufgrund der Konfrontationsstrategie der CDU/CSU ("Wir werden die FDP aus den Landtagen hinauskatapultieren"[189]) eine Koalitionsdiskussion in der FDP zu diesem Zeitpunkt de facto nicht mehr vorhanden. Die Alternativen im Bundestagswahlkampf 1972 hießen deutlich SPD/FDP-Koalition

---

189) Vgl. Heino Kaack, Die FDP, Grundriß und Materialen zu Geschichte, Struktur und Programmatik, a.a.O., S.46.

oder absolute Mehrheit der CDU/CSU. Die Wahl vom 19.11.1972 wurde zu einem großen Erfolg der sozialliberalen Koalition. Die SPD kam zu dem größten Wahlsieg ihrer Geschichte (45,8%) und die FDP restabilisierte sich mit 41 Mandaten (8,4%). Am 15.Dezember 1972 wurde das sozial-liberale Bündnis erneuert. Die FDP stellte fünf Minister.

Es ist viel darüber diskutiert und geschrieben worden, warum diese Regierung, die nun über eine klare Mehrheit verfügte, "die innere Reformen auf ihr Pannier geschrieben und dafür mehr öffentliche Unterstützung, als man normalerweise erwarten könnte, bekommen hatte, die ungewöhnliche Chance verpaßt hatte, Spuren einer neuen Freiheit in Deutschland zu hinterlassen?".[190]

Viele Kritiker mußten jedoch eingestehen, daß die Bejahung von Reformen in der Bevölkerung eng verbunden war mit einer positiven Wirtschaftslage. Als mit der Energiekrise Ende 1973 und der aufziehenden weltwirtschaftlichen Rezession mit wachsender Arbeitslosigkeit die Grenzen der Praktikabilität von Reformen sichtbar wurden, verringerte sich nach einer Infas-Umfrage vom Juni 1974 der Anteil derer, die grundlegende Reformen befürworteten, von 42% im Herbst 1968 auf 23%. Die Zahl der Reformgegner stieg von 34% auf 54%.[191]

Als Kanzler Willy Brandt am 6.Mai 1974 wegen einer Spionageaffäre zurücktrat, kam es - nachdem Walter Scheel am 15.Mai zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden war - am 16.Mai 1974 zu einer umfassenden Regierungsneubildung unter Kanzler Helmut Schmidt (die vier FDP-Minister verblieben in ihren

---

190) Vgl. Christian Fenner, Das Parteiensystem seit 1969 - Normalisierung und Polarisierung, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, a.a.O., S.195

191) Vgl. Christian Fenner, Das Parteiensystem seit 1969 - Normalisierung und Polarisierung, a.a.O., S.210.

Ämtern). Spätestens zu diesem Zeitpunkt muß die Ära der Reformen als beendet betrachtet werden.

### 1.8.12 Von 1974 - 17.September 1982, Jahre des "Verwaltens" und der "Bewältigung von Krisen"

Nachdem der Reformelan der frühen 70er Jahre verflogen war, soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wie sich die FDP nach eigenem Anspruch immer mehr zum Korrektiv ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners entwickelte. Der in unserem parlamentarischen System institutionalisierte Zwang zum kurzfristigen Erfolg durch permanente Wahlen[192], führte nach Landtagswahlniederlagen und durch Mandatsverluste dazu, daß sich beide Koalitionspartner in erster Linie mit Krisenmanagement befaßten. Da der Negativtrend der SPD grundsätzlich größer war als der der FDP, wurden in der FDP erste Stimmen laut, die Überlegungen zu einer CDU/FDP-Koalition auf Länderebene befürworteten, um so die Eigenständigkeit der Partei zu betonen.

Auf dem 25.Bundesparteitag der FDP in Hamburg am 1.10.1974 wurde Hans-Dietrich Genscher zum neuen Parteivorsitzenden der FDP gewählt. Besonderes Aufsehen riefen die auf dem Hamburger Parteitag diskutierten und verabschiedeten Thesen "Freie Kirche im freien Staat"[193] hervor. Allerdings muß auch gesehen werden, daß diese Thesen wohl eher der Profilierung dienten und den Anspruch der FDP als besonders flexibel für eine Neukonzeptionalisierung politischer Pro-

---

192) Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik, in: Mayntz/Scharpf, Planungsorganisation - Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München 1973, S.121 ff.

193) "Freie Kirche im freien Staat" (1974), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, a.a.O., S.198 ff.

bleme zu sein, unter Beweis stellen sollten; denn für die praktische Umsetzung dieser Thesen gab es in der bundesrepublikanischen Gesellschaft keine Partner.

Nicht unbedeutsam im Hinblick auf die weitere Entwicklung der FDP scheint mir, daß auf diesem Parteitag bei der Wahl eines der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden der soziale Liberale Werner Maihofer dem Wirtschaftsminister Hans Friderichs unterlag.
Gewissen Auflockerungsstrategien in bezug auf das sozialliberale Bündnis von Seiten der FDP bei Landtagswahlen in den Jahren 1975 und 1976 wurden durch die von der CDU unter der Dominanz der CSU herbeigeführte Polarisierung des Bundestagswahlkampfes 1976 mit dem Slogan "Freiheit statt Sozialismus" Einhalt geboten. Die Sozialdemokraten reagierten auf diesen Slogan mit äußerster Schärfe, der bei ihnen CDU/CSU-Polemik der 50er Jahre wieder wach werden ließ. Da die FDP von der CDU/CSU als "Blockpartei" bezeichnet wurde, und insofern mit den Sozialdemokraten gleichgesetzt wurde, konnte die CDU/CSU für die FDP kein alternativer Koalitionspartner sein. Nach der Wahl, die mit Verlusten für beide Regierungsparteien ausging (die SPD verlor 16 Mandate, die FDP verlor 2 Mandate und zog mit 39 stimmberechtigten Abgeordneten (7,9%) in den Bundestag ein), wurde die Regierungskoalition fortgesetzt. Die FDP stellte weiterhin vier Bundesminister. Die sozial-liberale Koalition verfügte zwar nur noch über einen Vorsprung von 10 Mandaten gegenüber der CDU/CSU, dennoch erschien die Koalition weitgehend stabilisiert, insbesondere weil die Fraktionsmitglieder der FDP - anders als 1969 - eindeutig hinter dem sozial-liberalen Bündnis standen.

Trotz dieser Situation war die Umorientierung der FDP von der Reformpartei zum Korrektiv ihres Partners nicht mehr zu übersehen. Reformen wurden nunmehr zugunsten einer Besitz-

standssicherung für die FDP-Klientel (selbständige Unternehmer, leitende Angestellte, höhere Beamte und Angestellte im öffentlichen Sektor) aufgegeben.

Die programmatische Umsetzung dieses deutlicher werdenden "Rechtsrucks" wurde mit den "Kieler Thesen zur Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat ..."[194] auf dem Bundesparteitag in Kiel vom 6.-8.Sept. 1977 vorgenommen, die zum größten Teil unter dem maßgeblichen Einfluß Friederichs und später Lambsdorffs (nach Friderichs Rücktritt seit September 1977 Wirtschaftsminister) verfaßt worden waren.

Von den zwei vom Bundesvorstand der FDP bereits 1975 unabhängig voneinander eingesetzten Kommissionen (Perspektivkommission unter Leitung von Werner Maihofer, ab April 1977 unter Leitung von Gerhart Baum und Wirtschaftsprogrammkommission - später Wirtschaftskommission - unter Leitung von Hans Friderichs) setzten sich die marktwirtschaftlich orientierten Mitglieder der Wirtschaftskommission weitgehend gegenüber den Mitgliedern der Perspektivkommission durch.[195]

Wie sehr das neoliberale Ordnungsmodell der Nachkriegszeit wieder zugkräftig war, konnte man daran erkennen, daß Friederichs unter dem Beifall der Delegierten auf dem Kieler Parteitag zwar die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik anerkannte, jedoch dem Markt wegen seiner hohen Problemlösungskapazität die Priorität vor staatlichen Eingriffen einräumte. Der Markt sei im wirtschaftlichen Bereich das

---

194) "Kieler Thesen" (1977), in: Günter Verheugen (Hsrg.), Das Programm der Liberalen, a.a.O., S.288 ff.

195) Vgl. Karsten Schröder, Zur Programm- und Standortdiskussion der FDP, Parteitagsauseinandersetzungen Ende der siebziger Jahre, in: H. Kaack/R. Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems, Band 2, Opladen 1980, S.153.

Korrelat zur Demokratie im staatlichen Bereich und sichere sogar noch größere Gerechtigkeit, da in ihm auch Minderheiten mit Kaufkraft zur Geltung kämen.[196] Der politisch organisierte Liberalismus begann sich wieder auf seine traditionelle Rolle als Wahrer von Wirtschaftsinteressen und marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu besinnen.

Auf dem Kieler Parteitag wurde auch die Fortschreibung bzw. Erarbeitung programmatischer Aussagen der FDP durch Kommissionen vorgeschlagen. Eine solche Programmkommission unter Leitung von Uwe Ronneburger legte Ende September 1978 ein Aktionsprogramm vor, das als "Liberale Standpunkte" veröffentlicht wurde.[197] Das Programm, das wohl in erster Linie als Wahlkampfprogramm anzusehen war, bewegte weder die FDP noch die Öffentlichkeit. Seit diesem Zeitpunkt ruht zumindest jede Programmarbeit von grundsätzlicher Bedeutung in der FDP.

Bereits auf dem Bundesparteitag in Mainz (12.-14.11.1978), auf dem Günter Verheugen zum Generalsekretär der FDP gewählt wurde, warnte William Borm in der Aussprache über den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Genscher vor der Resignation vieler aktiver Parteimitglieder, "weil sie an Machtbeteiligung allein kein Ziel einer liberalen Partei sehen".[198]

Borm forderte, "daß die Partei zu sich selbst und zu Freiburg zurückfinden müsse".[199]

---

196) Ebenda, S.153
197) "Liberale Standpunkte", in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, a.a.O., S.365 ff.
198) William Borm, Die Existenz der Partei durch konsequent liberalen Fortschritt sichern, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Mainz (12.-14.11.1978), in: H. Kaack/R. Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems, Band 2, a.a.O., S.187.
199) Ebenda, S.184.

Er kritisierte scharf, daß die Liberalen "von Zukunftsgestaltern zu Zukunftsverwaltern geworden sind".[200]

Der Parteivorsitzende Genscher glaubte jedoch weiterhin, der FDP durch eine Politik des "Auflockerns" ein eigenständiges Profil verschaffen zu müssen. Es zeigte sich aber, daß die bereits 1977 in Form einer "konstruktiven Opposition" durchgeführte Tolerierung von CDU-Regierungen in Niedersachsen und im Saarland letztendlich vom Wähler nich honoriert wurde. Denn 1978 verringerte sich der Einfluß der FDP auf Länderebene, als sie nach den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen aus diesen Parlamenten ausschied. Es wurde nun immer deutlicher, daß zum Ende der 70er Jahre sowohl die sozialdemokratischen Parteimitglieder, aber insbesondere die Mitglieder der Freien Demokratischen Partei quasi gezwungen waren (wurden), Entscheidungen ihrer Regierungsmitglieder sowohl im innen- als auch im außenpolitischen Bereich mit der Begründung der Krisenbewältigung zu akzeptieren.

Während Willy Brandt zu seiner Regierungszeit noch von "compassion" sprach, ein Wort, das von John F. und Robert Kennedy geprägt wurde und soviel wie die Bereitschaft mitzuleiden, ein Herz für den anderen zu haben bedeutet, ging es in der Endphase der sozialliberalen Koalition nur noch um "Akzeptanz", das heißt um Hinnahme staatlicher Entscheidungen.[201]

Wie wenig noch innerparteiliche Meinungsbildung gefragt war, zeigt auch das Verhalten der Liberalen zum sogenannten Nato-Doppelbeschluß vom 12.12.1979. 1950 hatten sich die Liberalen unter Thomas Dehler vehement sowohl gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr als auch gegen die Lagerung atoma-

---

200) Ebenda, S.186.
201) Vgl. Wolfram Bickerich, Mut zum Mitleid - Die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition, in: W. Bickerich (hrsg.), Die 13 Jahre, Bilanz der sozialliberalen Koalition, a.a.O., S.20.

rer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland gewehrt. Während es in der Öffentlichkeit und bei den Sozialdemokraten über den Nato-Doppelbeschluß unmittelbar danach zu heftigen Diskussionen kam, wurden kritische Stimmen in der FDP kaum laut.

Erst auf dem Bundesparteitag der Liberalen im Mai 1981 in Köln kam es zu einer inhaltlichen Diskussion und zu einer Stellungnahme. Der Bundesparteitag billigte den Nato-Doppelbeschluß. Etwa ein Viertel der Delegierten lehnte die Nachrüstung grundsätzlich ab.[202)]

### 1.8.13 Die Idee der Führungseliten und die Wende vom 17.9.1982

Die in Krisenzeiten bei Liberalen immer wieder anzutreffende Neigung zur Akzeptanz dessen, was ihnen ihre "Führer" oder ihre "Elite" verkünden, scheint eine liberale Grundeinstellung zu sein. Für den politisch organisierten Liberalismus der Vergangenheit habe ich bereits mehrfach darauf hingewiesen. Ich will anhand eines Artikels, den Ralf Dahrendorf am 29.5.1981 in der Wochenzeitung "Die Zeit" unter dem Titel "Eine neue Klasse fälscht die Wünsche - wie die Parteiaktivisten den Wähler entmündigen"[203)] aufzeigen, wie präsent auch in der Gegenwart die Idee der Führungseliten im liberalen Politikverständnis ist.

In dem erwähnten Artikel kritisiert Ralf Dahrendorf, der von vielen Liberalen als "geistiger Vordenker" angesehen wird,

---

202) Vgl. William Borm, Nur Taten zählen, Die Zukunft der Liberalen, in: Helga Schuchardt/Günter Verheugen (Hrsg.), Das liberale Gewissen, Reinbek bei Hamburg 1982, S.153.

203) Ralf Dahrendorf, Eine neue Klasse fälscht die Wünsche - wie die Parteiaktivisten den Wähler entmündigen, in: "Die Zeit" Nr.23 vom 29.5.1981, S.5 ff.

daß die westlichen Demokratien es ihren Wählern unmöglich zu machen scheinen, die Regierung zu haben, die sie wollen. Das Problem manifestiert sich seiner Meinung nach in dem Verhältnis von Wählern, Aktivisten und Führern. Für Dahrendorf haben sich die Parteiaktivisten verselbständigt und sind zu einer gesonderten politischen Mittelklasse geworden. Parteitagssiege seien für diese Gruppe wichtiger als Wahlsiege. Die Parteiaktivisten kämen sich in ihrer Rolle als Kreisvorsitzende und Parteitagsdelegierte und Kandidaten für dies und jenes höchst wichtig vor, was schließlich auch dazu führe, daß viele Mandatsträger tatsächlich von ihnen und nicht von den Wählern anhängig seien.

Nach Dahrendorf bestimme die Herrschaft einer Minderheit von Parteiaktivisten das politische Geschehen mindestens so sehr wie die der Führer, geschweige denn die der Wähler. Als Lösungsweg schlägt Dahrendorf politische Parteien vor, die sich wieder öffnen für das, was Wähler wollen. Die Delegierten sollten endlich begreifen, "daß sie aus eigenem Recht gar nichts sind, sondern nur die Aufgabe haben, einen offenen Sinn für die Wünsche der Wähler mit einem klaren Kopf zu verbinden".[204)]

Die Dahrendorfschen Überlegungen können meiner Ansicht durchaus von Parteiführern als "grünes Licht" angesehen werden, sich in Krisenzeiten von "der Herrschaft einer Minderheit von Parteiaktivisten" unabhängig zu machen und selbständig, ohne Konsultierung der Parteibasis, Entscheidungen zu treffen und die Partei dann vor vollendete Tatsachen zu stellen.

---

204) Ralf Dahrendorf, Eine neue Klasse fälscht die Wünsche - wie die Parteiaktivisten den Wähler entmündigen, a.a.O., S.5 und 6.

Ganz in diesem Sinne handelte der Parteivorsitzende Genscher nach dem Wahlerfolg der FDP bei der Bundestagswahl vom 5.Oktober 1980 (die FDP errang 53 Mandate = 10,6% der Stimmen), indem er unter Betonung der Eigenständigkeit und der funktionalen Rolle der FDP das Ziel verfolgte, jene eher konservativen Wähler, die möglicherweise aufgrund der Nominierung von Franz Josef Strauß' zum Kanzlerkandidaten der Union FDP wählten, als Stammwählerpotential an die FDP zu binden. Um dies zu realisieren, mußte er gleichzeitig die Wende in Sachfragen vorantreiben, die dann schließlich zum Koalitionsbruch am 17.9.1982 führte. Ihren Wahlerfolg errungen hatte die FDP mit der eindeutigen Aussage ihres Vorsitzenden zur Fortsetzung der sozialliberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode. Auf dem Wahlparteitag der Liberalen am 6.Juni 1980 in Freiburg begann der Parteivorsitzende Genscher seine Eröffnungsrede wie folgt: "Wer FDP wählt, garantiert, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt und er entscheidet, daß Franz Josef Strauß nicht Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden kann. Auch hier soll der Wähler wissen, woran er ist mit der Freien Demokratischen Partei, ohne Wenn und Aber".[205]

Die aus dem Unionslager gekommenen Stimmen bei der Bundestagswahl am 5.Oktober 1980, sowie die bereits seit dem Kieler Bundesparteitag der Liberalen vom September 1977 unter Führung Lambsdorffs deutlich stärker werdenden orthodoxen Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft in der FDP, die mangelhafte eigenständige Programmatik der FDP, die Bedrohung des Dreiparteiensystems durch Grüne und Alternative und damit die Gefährdung einer gestaltenden Rolle der FDP, bewirkten bei dem als Taktierer bekannten Bundesvorsitzenden Genscher anstelle auf Betonung liberaler

---

205) Vgl. Sibylle Engel, Das liberale Gewissen, in: Helga Schuchardt/Günter Verheugen (Hrsg.), Das liberale Gewissen, a.a.O., S.10.

Programmpunkte, auf die mehrheitsentscheidende Funktion der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem zu setzen und die Überlebenschance der FDP in einer neo-konservativen Kurskorrektur zu sehen.

Am 20.8.1981 ließ Genscher durch den Pressedienst der FDP sein allgemein als "Brief zur Wende" bezeichnetes Schriftstück an die Mitglieder der Führungsgremien und an die Mandatsträger der FDP verbreiten, in dem es u.a. heißt: "Unser Land steht an einem Scheideweg. ... Nicht nur die Diskussion über die Ergänzungsabgabe, sondern ganz allgemein die Diskussion über unsere Auffassung, daß Ausgabenverminderungen der bessere Weg sind als Einnahmenerhöhungen, zeigt, daß unter veränderten Bedingungen und mit deshalb auch veränderten Fragestellungen und Antworten eine ähnliche grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen ist wie beim Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg.

Damals wie heute lag die Entscheidung, welcher Weg eingeschlagen werden soll, weitgehend in unserer Hand. ...

Ganz allgemein ist es erforderlich, die Einsicht zu stärken, daß keine Leistung von Staat und Gesellschaft gewährt werden kann, die nicht vorher oder hinterher von der Allgemeinheit, also von jedem einzelnen von uns, aufgebracht werden müßte. Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, sondern weil manches Gesetz geradezu zur 'Inanspruchnahme' auffordert, um nicht zu sagen 'verleitet'. Eine Wende ist notwendig ..."[206].

---

206) Hans-Dietrich Genscher, "Brief zur Wende", Auszüge abgedruckt in: Wolfram Bickerich (Hrsg.), Die 13 Jahre, Bilanz der sozilliberalen Koalition, a.a.O., S.241.

Obgleich die Haushaltsberatungen in der sozial-liberalen Koalition immer schwieriger wurden, konnte im Herbst 1981 noch einmal Einigkeit in den Etatfragen erzielt werden. Die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des Münchener Parteitages der SPD vom April 1982 zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik[207] führten zu offenen Feindseligkeiten innerhalb der Koalition. Graf Lambsdorff, schon während des Bundestagswahlkampfes 1980 von Genscher als "der Erhard der 80er Jahre" gelobt, sollte die Weichen zum Bruch mit dem "unverbesserlichen sozialistischen" Noch-Partner stellen. Lambsdorff bezeichnete dann auch die Münchener Beschlüsse der SPD - wie schon erwähnt - als "Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge".

Als die hessischen Liberalen für die Landtagswahl am 26.9.1982 eine Koalitionsaussage zu Gunsten der CDU trafen, sprach Genscher Ende August auf dem hessischen Parteitag "von den neuen Aufgaben, die sich eine neue Mehrheit suchen".[208]

Das Memorandum des Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff vom 9.September 1982 (Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) wird zum Scheidungspapier der sozial-liberalen Koalition. In einem Maßnahmenkatalog fordert Lambsdorff Verringerungen von Leistungen, die insbesondere die sozial Schwächeren treffen, z.B. beim Arbeitslosengeld, beim Mutterschaftsurlaub, bei der Ausbildungsförderung (BAFöG), beim Wohngeld, stärkere Beteiligung der Rentner an den Kosten der

---

207) Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Teil 1: Wirtschafts- und Arbeitsplätze, Finanzen, SPD-Parteitag in München (19.-23.4.1982), Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn o.J.

208) Vgl. Günter Verheugen, Genschers verhängnisvolle Einschätzungen, in: "Der Spiegel" Nr.9 vom 28.2.1983, S.52.

Krankenversicherung, Einschränkung (bzw. größere Selbstbeteiligung) bei Kuren. Ferner werden Einschränkungen bzw. restriktive Regelungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, bei Anerkennungen nach dem Schwerbehindertengesetz, bei der Zahlung von Sozialhilfe und beim Arbeitsschutz-, Kündigungsschutz-, Arbeitsrecht und Jugendschutz gefordert. Auf der anderen Seite fordert Lambsdorff die verstärkte Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der gewerblichen Existenzgründung durch Bereitstellung von Risikokapital. Da seiner Meinung nach nur von den unternehmerischen Initiativen der Aufschwung zu erwarten ist, werden steuerliche Erleichterungen (z.B. bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen oder Betriebe), Vermögensteuersenkungen, Sonderabschreibungen für Investitionen und andere Wohltaten wie deutliche Verbesserungen der Zinskonditionen bei Unternehmensgründungen bzw. -übernahmen gefordert. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch viele Liberale sehen in dem Papier "eine ökonomische und politische Kampfansage an die Sozialdemokraten".[209]

Günter Verheugen brachte es auf die Kurzformel: "Belastung für die kleinen Einkommen, Entlastung für die Reichen".[210]

Da Bundeskanzler Schmidt sich schließlich nicht vom Vorsitzenden der FDP den Zeitpunkt für das Verlassen der Koalition (z.B. nach erhofftem günstigen Ausgang der Hessenwahl für die Liberalen) hatte vorschreiben lassen wollen, ergriff er am 17.September 1982 die Initiative und erklärte vor dem Bundestag die Gründe, die zum Scheitern der sozial-liberalen Koalition geführt haben. Da der Kanzler den Text seiner Rede dem FDP-Vorsitzenden zwei Stunden vorher übergeben hatte,

---

209) Vgl. Klaus Bölling, Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt, Reinbek bei Hamburg 1982, S.48.
210) Günter Verheugen, Genschers verhängnisvolle Einschätzungen, a.a.O., S.52.

erklärte Genscher dem Kanzler kurz darauf den Rücktritt der vier FDP-Minister. Der Bruch war vollzogen.

### 1.8.14 Die Liberalen kämpfen um das Überleben

Der "fliegende Koalitionswechsel" der FDP wurde am 1.Oktober 1982 perfekt gemacht. Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachte konstruktive Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Schmidt hatte Erfolg. Mit den notwendigen Stimmen der FDP wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt.

Die FDP erfüllte ihre funktionale Rolle als Mehrheitsbeschaffer. Die neue Generalsekretärin der FDP, Frau Irmgard Adam-Schwätzer, weist denn auch darauf hin, "daß es eine Illusion sei, zu glauben, die FDP werde nur wegen des Programms gewählt, vielmehr wegen ihrer praktischen Politik und ihrer Funktion im Parteiensystem".[211)]

Für den Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, besteht die einzige Chance der FDP in der totalen Anpassung. Sein Rat: "Sich als politische Kraft empfehlen, die gemeinsam mit der Union das Land aus der Krise herausführt".[212)]

Aufgrund des nicht mehr vorhandenen eigenständigen liberalen Programms des in der FDP politisch organisierten Liberalismus, will ich bewußt nur in gestraffter Form auf einige bedeutsame Daten und Fakten der jüngsten Vergangenheit eingehen, um dann die Frage zu erörtern, ob sich der politisch organisierte Liberalismus historisch überlebt hat oder ob er in Zukunft - sei es mittels einer Programmpartei, sei es

---

211) "Der Spiegel" (Titelgeschichte), "FDP: Deutlich rechts von der Union", in: "Der Spiegel" Nr.8 vom 21.2.1983, S.24.

212) "Der Spiegel" (Titelgeschichte), "6.März - Das absurde Theater", in: "Der Spiegel" Nr.50 vom 13.12.1982, S.24.

mittels einer "Koalitionspartei" mit der Funktionsrolle "Mehrheitsbeschaffer und Korrektiv" - noch eine Chance im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland hat.

Auf dem Berliner Bundesparteitag vom 5.-7.November 1982 gelang es Genscher noch einmal, seine Führungsrolle in der FDP nach dem Motto "Wer nicht mitmachen will, soll gehen", zu erhalten. Viele Sozialliberale und Linksliberale traten aus der Partei aus, andere wechselten zur SPD. Liberale Vereinigungen wurden gegründet. Auch eine liberale Partei für "heimatlose ehemalige FDP-Mitglieder", die Liberalen Demokraten, wurde am 28.11.1982 in Bochum gegründet.

Dem FDP-Bundesvorsitzenden gelang es, mit beschwörenden Appellen zur Wahrung der Einheit der Partei die sogenannte "Rest-FDP" auf die Bundestagswahl am 6.3.1983 mit dem Motto "Es geht um das Überleben des Liberalismus" auf seinen politischen Kurs zu bringen.

Seit dem Zusammenbruch der sozial-liberalen Koalition gingen Landtagswahlen für die FDP nur noch katastrophal aus. Bei der Wahl in Hessen am 26.9.1982 errang die FDP 3,1%, bei der Wahl in Hamburg am 19.12.1982 errang sie ganze 2,6%. Selbst der Wahlerfolg der FDP bei der Bundestagswahl am 6.3.1983 (7,0%) konnte nicht verhindern, daß die Liberalen auch bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am gleichen Tage und am 13.3.1983 bei der Landtagswahl in Schlesweig-Holstein an der Fünfprozentklausel scheiterten. Dieser Negativtrend setze sich im Herbst 1983 fort. In Bremen scheiterte die FDP mit 4,6%. In Hessen gelang es ihr zwar mit den Leihstimmen der CDU 7,6% der Stimmen zu erreichen und in den Landtag einzuziehen; da der gemeinsame Stimmenanteil von CDU und FDP aber nicht zur Übernahme der Regierung reichte, kann man auch in diesem Land nicht zu Ministerehren.

Bei der Wahl am 25.3.1984 in Baden-Württemberg mußte die FDP dann wohl ihre letzten Illusionen, zumindest auf Landesebene, begraben. Während der FDP-Landesvorsitzende Jürgen Morlok noch im Wahlkampf hoffte, daß die FDP-Zielgruppen (Mittelstand, Handwerk, Handel und Gewerbe) der FDP den Dank für die "Wende '82" nicht versagten und ein zweistelliges Resultat (1980: 8,3%) für möglich hielt[213], kam die FDP im Stammland der Liberalen auf 7,2% der Stimmen und zu ihrem schlechtesten Wahlergebnis in Baden-Württemberg überhaupt.

Landesminister (bzw. Senatoren) stellt die FDP nur noch im Saarland und in Berlin. Da sich die FDP derzeitig in weit festerer "babylonischer Gefangenschaft" zur CDU/CSU befindet als jemals in den Zeiten der sozial-liberalen Koalition, erscheint es unvorstellbar, wie die FDP es verhindern will, daß die Landtagswahldesaster der letzten Jahre 1985 in Berlin, Nordrhein-Westfalen und im Saarland ihre Fortführung finden.

Es zeigt sich, daß das Fehlen eines eigenen Programms mit dezidierten liberalen Sachpositionen und damit mangelnder Profilierungsmöglichkeiten den Überlebenskampf der FDP in den Bundesländern bereits so stark negativ beeinflußt hat, daß von einer wahrnehmbaren liberalen Präsens auf Länderebene nicht mehr gesprochen werden kann.

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 6.3.1983 präsentierte sich die FDP unter Führung von Graf Lambsdorff im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik rechts von der CDU. In der Angebotspolitik Lambsdorffs ("durch Privilegierung der Produzenten wird investiert; durch Investitionen werden Arbeitsplätze geschaffen. Die zusätzlichen Einkommen führen zu erhöhter Nachfrage") ist das Wort "sozial" nicht mehr

---

213) H.-J. Noack, "Das wird jetzt eingeklagt", in: "Der Spiegel" Nr.12 vom 19.3.1984

vorgesehen. Finanziert werden kann ein solches marktwirtschaftliches Programm ohne jede soziale Komponente nur zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen. Deshalb hat die FDP aus ihrem derzeitigen gesellschaftspolitischen Standort heraus den Wahlkampf als besondere Interessenvertretung für Selbständige und besser verdienende unselbständig Tätige geführt. Allerdings konnte sie auch aus reiner Überlebensangst nur noch Wähler aus dieser Zielgruppe ansprechen, da sie sozial-liberale Wähler restlos verprellt hatte.

Hinzu kam, daß der Parteivorsitzende Genscher selbst vor der politischen Unmoral nicht zurückschreckte, die frühere Unionsparole "Freiheit statt Sozialismus", gegen die er 1976 gemeinsam mit den Sozialdemokraten gekämpft hatte, quasi zu seiner Version umzufunktionieren, daß die Wahl am 6.März 1983 eine Entscheidung für den Liberalismus oder den Sozialismus sei.

Der FDP gelang es noch einmal

1. mit der Selbstdarstellung als Interessenvereinigung der Privilegierten in unserer Gesellschaft,
2. mit der immer noch abschreckenden Wählerwirkung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß
3. mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag, die die absolute Mehrheit der CDU/CSU verhinderten (bei absoluter Mehrheit der CDU/CSU hätte die FDP, vorausgesetzt daß sie sich ihrer Parteitagsbeschlüsse erinnert hätte, in die Opposition hätte gehen müssen),
4. aufgrund der Furcht von Bundeskanzler Kohl vor zu großem Einfluß des CSU-Vorsitzenden Strauß
5. als Zweitstimmendarlehensnehmer der CDU

in einer Regierungskoalition mitzuwirken.

Viele dieser vorstehend genannten Umstände für die FDP sind sicher zukünftig nicht wiederholbar. Der Wahlerfolg vom 6.3.1983 der FDP erscheint eher wie ein retardierendes Moment im klassischen Drama. Denn ohne Chancen, sich in dieser Koalition mit einem eigenständigen liberalen Programm zu repräsentieren, und ohne Chancen, neue Verbündete zu finden, ist die FDP und damit der politisch organisierte Liberalismus nach vielen Überlebenskämpfen fast am Nullpunkt angekommen.

Wie angeschlagen auch das Renommee der FDP als "Bundespartei" ist, zeigten die Wahlen zum "Europäischen Parlament" vom 17.6.1984. Erstmals gelang es der FDP bei einer bundesweiten Wahl nicht, die 5%-Hürde zu nehmen.

Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament schließe ich meine Betrachtungen über das Ringen der Liberalen um politische Einflußnahme ab.

## 2. Politischer Liberalismus in Perspektive

"Freiheitliche, parlamentarische Demokratie, wie wir sie haben, bedeutet die Freiheit zur Austragung von Konflikten mit Methoden, die auf dem Respekt vor den Freiheitsrechten der anderen und auf dem Konsens über die zur Bewahrung der Freiheit aller notwendigen Regeln beruhen[214)], schreibt Richard Löwenthal.

Sehr zu recht betont Löwenthal, daß "die Frage nach dem demokratischen Grundkonsens nur bei uns in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder so eindringlich gestellt wird, weil die Demokratie bei uns keine geschichtliche Selbstverständlichkeit hat".[215)]

Trotz aller Verschiedenheit hinsichtlich der Betonung, Einordnung und Auslegung der Grundwerte gehen die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam davon aus, daß ein ausreichender Konsens in den Grundwerten des demokratischen Zusammenlebens und in den Spielregeln friedlicher Konfliktaustragung notwendig ist.[216] Ebenso wird von Vertretern aller Parteien - wenn auch in unterschiedlicher Dimension - eingesehen, daß für unvermeidliche Konflikte ein Spielraum offenzuhalten ist. Denn ohne Konflikte würde die politische Willensbildung erstarren und die Gesellschaft entwicklungsunfähig werden.[217)]

---

214) Richard Löwenthal, Unser demokratischer Grundkonsens, Grundlagen und Gefährdungen, in: Parlamentarische Demokratie (Themenheft), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S.27.

215) Ebenda, S.27.

216) Vgl. Klaus Mollitor, Begründung und praktisch-politische Folgen der Grundwerte im Grundwerteverständnis von CDU, SPD und FDP. Eine kritische Würdigung unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Diskussionen in den Kirchen. Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin 1979.

217) Vgl. Hans Kremendahl, Die Bundesrepublik Deutschland: Ein demokratischer und sozialer Bundesstaat?, hsrg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1979 (überarbeitete Neuauflage), S.19.

Es ist auch kein Zufall, daß nicht nur die Liberalen sich vom Popperschen "trial and error" leiten lassen, sondern auch Sozialdemokraten und Christdemokraten die Poppersche Sozialphilosophie für sich in Anspruch nehmen.[218)]

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, an dem alle demokratischen Kräfte mitgewirkt haben, mit seinem Grundrechtskatalog, mit seinem Artikel 20 (Demokratisch-rechtsstaatlicher, sozialer Bundesstaat - Widerstandsrecht) mit seinen Artikel 24, 25 und 26 zur Friedenspflicht, mit seinem Artikel 38 (Grundsätze der Wahl), mit seinem Artikel 79 (Änderung des Grundgesetzes), mit seinen Artikeln 92 ff (Rechtsprechung) dokumentiert überzeugend, daß die Forderungen und Ziele des politischen Liberalismus Allgemeingut geworden sind.[219)]

Es bleibt die Frage: Gibt es in unserer Gesellschaft noch das "Spezifisch Liberale", noch eine "Identität des Liberalismus" bzw. wie müßte das "spezifisch Liberale" und eine "Identität des Liberalismus" aussehen?

---

218) Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bände I und II, München 1977 (5.Auflage), Band II, S.271 und passim.
Vgl. Georg Lührs et al. (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1975, S.16.
Vgl. Klaus Hansen (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und politischer Liberalismus, hrsg. von der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach 1982, S.13.
Vgl. Kurt H. Biedenkopf, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, in: Demokratische Gesellschaft, Konsens und Konflikt (Teil 1), hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, München 1975, S.34.

219) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949, hrsg. mit der Verfassung von Berlin von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1979, S.49 ff.

Ich will die Frage einmal ganz abstrakt beantworten: Das "spezifisch Liberale" könnte die besondere Affinität zwischen Liberalität und Liberalismus sein. Liberalismus bedeutet für mich eine politische Idee, die zwar nach wie vor vorhanden ist, nur nicht mehr als die große politische Strömung zwischen demokratischem Sozialismus und Konservatismus, wie dies von liberalen Politikern gern gesehen wird.

Eine liberale Partei sollte sich der politischen Idee des Liberalismus besonders verpflichtet fühlen und dies in ihrer Programmatik und ihrem aktiven politischen Handeln zum Ausdruck bringen. Das heißt, eine liberale Partei sollte das Instrument zur Verwirklichung der liberalen Idee sein.

Liberalität drückt eine bestimmte Eigenschaft bzw. Haltung von Menschen zur Lösung von Problemen aus. Merkmale für Liberalität sind beispielsweise Toleranz, die Ablehnung einer alleinigen, ausschließlichen und unumstößlichen Wahrheit und die Fähigkeit zum Kompromiß. Ohne Zweifel verkümmert die politische Kultur eines Landes ohne Liberalität.

Wenn in einer liberalen Partei, wie der FDP, zumindest gegenwärtig, sei es mangels eigenständiger Programmatik, sei es mangels Übereinstimmung von Aussagen und Handeln, die politische Idee des Liberalismus kaum noch zu erkennen ist, dann droht für sie die Gefahr, im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland überflüssig zu werden.

Denn es bleibt festzustellen, daß die FDP in der Vergangenheit immer dann für einzelne liberale Positionen und Themen überzeugend stritt, sei es auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik, der Entspannungspolitik zu den östlichen Nachbarn, sei es für die Reform des § 218 StGB, sei es für die Erweiterung der Bildungschancen, sei es für ein weitgehendes Asylrecht, sei es für das Grundrecht auf Wehrdienstverweige-

rung, sei es für die Verbandsklage bei Umweltschutzproblemen, wenn es ihr gelang, eine besondere Affinität zwischen Liberalität und Liberalismus deutlich zu machen.

Als strategisch positive Leistung der FDP muß man sicherlich auch anerkennen, daß die drei großen Krisen der FDP 1956, 1969 und 1982 zwar zu Absplitterungen geführt haben, aber eine unheilvolle Spaltung wie im Kaiserreich und der Weimarer Republik vermieden werden konnte. Die Krisen entstanden immer beim Koalitionswechsel, einmal auf Landesebene - 1956 - in Nordrhein-Westfalen, zweimal auf Bundesebene - 1969 und 1982 -.

Die Unterschiede zwischen den beiden Koalitionswechseln auf Bundesebene waren jedoch meines Erachtens so gravierend, daß ich hier kurz darauf eingehen will.

1969 war die Koalition der FDP mit der SPD die Konsequenz ihrer Politik der liberalen Erneuerung seit 1968. 1969 entsprach die Wende weitgehend der öffentlichen Meinung. Außerdem war 1969 der innerparteiliche Klärungsprozeß schon weit vorangeschritten.

1982 stand der Koalition der FDP mit der CDU eine gegensätzliche Wahlaussage gegenüber. Trotz des "Briefs zur Wende" von 1981 und des "Memorandums des Bundeswirtschaftsministers" vom September 1982 entsprach die Wende 1982 nicht weitgehend der öffentlichen Meinung. Ein innerparteilicher Klärungsprozeß hatte 1982 nicht stattgefunden. 1982 war die Koalition der FDP mit der CDU nicht die Kosenquenz einer Politik der liberalen Erneuerung, sondern ängstliche Überlebensstrategie.

Hatte Werner Maihofer noch im Vertrauen auf die reformerische Kraft der FDP einmal formuliert: "Im Zweifel für die

Freiheit", kann es heute für die FDP - in bezug auf ihre Zielgruppen - nur noch heißen: "Im Zweifel für die Wirtschaft".

Wenn man diese Entwicklung verfolgt, muß man die Frage stellen, ob Liberale für Krisenzeiten untauglich sind, oder anders gefragt, ob es symptomatisch für eine liberale Partei wie die FDP ist, daß sie in "Schönwetterzeiten" aufgrund ihrer Funktionsrolle und ihres Profilierungswunsches gegenüber den großen Parteien zu mächtig wird, in der Krise aber wegen ihres Machtbeteiligungswunsches ihre Identität aufgibt und aufgrund ihrer Funktionsrolle vom großen Koalitionspartner gerade noch geduldet wird.

Bevor ich auf die Zukunftschancen des politisch organisierten Liberalismus in der FDP eingehe, möchte ich folgendes feststellen:

These 1: Die Maihofersche idealistische Idee vom historischen Bündnis des Liberalismus mit "der Arbeiterklasse" hat sich als unrealistisch herausgestellt (dies wird von Realisten in der FDP und der SPD gleichermaßen so gesehen).

These 2: Die Einheit des bürgerlichen Lagers (Gemeinsamkeiten zwischen Katholischer Soziallehre und Liberalismus) ist eine ebenso unrealistische Idee.

These 3: Die "Besetzung der Mitte" zwischen einer linken Volkspartei und einer konservativen Volkspartei reicht für die Daseinsberechtigung des politisch organisierten Liberalismus nicht aus.

## C. SCHLUSSBEMERKUNG

Der politische Liberalismus hatte in vorindustrieller Gesellschaft eine antifeudale Funktion und in der Industriegesellschaft eine systemkonforme Funktion.

In unserer heute häufig als "postindustriell" bezeichneten Gesellschaft kann er nur überleben, wenn er eine bewußt kritische Funktion wahrnimmt. Der politisch organisierte Liberalismus braucht ein Programm liberaler Gerechtigkeit, das mehr ist als Interessenvertretung. Dazu gehört die den Liberalen oft fehlende Erkenntnis, daß beispielsweise der Hilfsarbeiter, der Professor, der kaufmännische Angestellte, der Facharbeiter, die Hausfrau, der Manager, der Journalist und der Selbständige nicht im gleichen Koordinantensystem hinsichtlich ihrer Abhängigkeit bzw. hinsichtlich der Verwirklichung von Freiräumen bzw. individueller Freiheit stehen.

Wenn heute junge Menschen in Selbsthilfegruppen, in freigewählten Gruppenassoziationen alternative Arbeitsmodelle erproben, dann ist es keineswegs hilfreich, wenn Liberale stolz darauf verweisen, daß der Gedanke der Selbsthilfe und Eigeninitiative in genossenschaftlichen Organisationen (damals der Arbeiter) auf den Liberalen Hermann Schulze-Delitzsch zurückzuführen ist, der vor 100 Jahren am 29.4.1883 verstorben ist.

Die Zukunft des politisch organisierten Liberalismus steht und fällt mit seiner kritischen Funktion. Attraktiv für die junge Generation kann er nur sein, wenn er schneller als andere politische Probleme aufzugreifen versteht und in der Lage ist, unkonventionelle Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Meines Erachtens repräsentiert sich der politisch organisierte Liberalismus zur Zeit jedoch so negativ, daß er bei

der jungen Generation auf nahezu völlige Ablehnung trifft. Ich wage zu behaupten, daß derzeitig keiner Partei in der Bundesrepublik Deutschland von jungen Leuten so häufig sinnentleerte Machtbeteiligung um jeden Preis vorgeworfen wird wie der FDP. Es erscheint mir auch, daß es sich Ralf Dahrendorf zu einfach macht, indem er gern Sozialdemokraten und Konservative als die "großen Konservativen unserer Zeit" bezeichnet und immer wieder einmal das Ende des (konservativen) sozialdemokratischen Jahrhunderts prophezeit und darin die liberale Chance sieht.[220)]

Denn zur Zeit sorgt der politisch organisierte Liberalismus keineswegs für produktive Unruhe in unserem Parteiensystem.

Ein liberales Programm müßte Antwort geben auf die neuen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft. Folgende Probleme könnten z.B. kritisch aufgearbeitet werden:

1. die Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums,
2. die Auswirkungen neuer Technologien auf unsere Gesellschaft,
3. die drohende Gefahr einer Zweiteilung unserer Gesellschaft (eine Hälfte ist festbeschäftigt, die andere kommt maginal in diese Vergünstigung),
4. die ökologische Gefährdung unserer Umwelt,
5. der Generationsvertrag (wer erarbeitet in 15 Jahren für ein Drittel der Bevölkerung die Rente?),
6. der Nord-Süd-Konflikt,
7. Asylrechtsprobleme,
8. die wachsende Gefahr eines atomaren Krieges (hier scheint mir insbesondere notwendig, im Sinne liberaler Toleranz

---

220) Ralf Dahrendorf, Lebenschancen, Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt am Main 1979, S.147 ff.
Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S.16 ff.

auch zu prüfen und darüber nachzudenken, welche Garantien andere für ihre Sicherheit benötigen).

Ein solches Programm hätte aber nur dann einen Sinn, wenn es auf Glaubwürdigkeit beruht: das heißt, Überzeugungen, Aussagen und Handeln müssen übereinstimmen. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß Koalitionswechsel zum politischen Leben einer liberalen Partei gehören. Ich bin jedoch der Auffassung, daß es für die FDP besser gewesen wäre, wenn die CDU/CSU bei der Bundestagswahl am 6.3.1983 die absolute Mehrheit erhalten hätte, und die FDP mit ihrem relativ guten Wahlergebnis in die Opposition hätte gehen können. Die Beteiligung an der Macht durch die Koalition CDU/CSU-FDP muß sich für die Liberalen als Pyrrhussieg auswirken.

Die CDU/CSU hat zur Zeit praktisch eine der absoluten Mehrheit gleichkommende Machtstellung, die es ihr ermöglicht, konservative Gesinnung zum Maßstab aller Dinge zu machen. Das bedeutet auch, daß gegenwärtig die Möglichkeiten noch sehr gering sind, die CDU/CSU trotz "Flick- bzw. Parteispendenaffäre" an der Erzwingung "der geistig moralischen Wende in diesem unserem Land" zu hindern. Die Konsequenz daraus sollte daher für die FDP sein, diese Koalition aufzukündigen und in der Opposition mit dem Gütesiegel Glaubwürdigkeit (Übereinstimmung zwischen Programmatik und Handeln) die Identität des politischen Liberalismus am Leben zu erhalten.

Mit zwei Beispielen möchte ich diese These untermauern:
Am 15.Juni 1983 behauptete der christdemokratische Bundesminister Geißler im Deutschen Bundestag, daß der Pazifismus in der Weimarer Republik Auschwitz erst ermöglicht habe. Die Forderung der Oppositionsparteien auf Entlassung des Ministers lehnte die CDU/CSU-FDP-Mehrheit ab. Nur die couragierte FDP-Abgeordnete Frau Hamm-Brücher enthielt sich als einzige FDP-Abgeordnete der Stimme. Ich zweifle jedoch nicht

daran, daß die FDP-Abgeordneten, wären sie in der Opposition gewesen, auch in Erinnerung an die liberalen Friedensnobelpreisträger aus der Weimarer Republik, Gustav Stresemann (DVP) und Ludwig Quidde (DDP) mit großer Mehrheit die Äußerungen von Herrn Geißler verurteilt hätten.

Voll an die Substanz der FDP ging die "Flick-" bzw. "Parteispendenaffäre" in "Verbindung mit dem Versuch der Spendenamnestie". Wurde schon von vielen Liberalen die von der Parteiführung geforderte Solidarität mit dem schwerbelasteten Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und weiterer in die Parteispendenaffäre verwickelter liberaler Spitzenpolitiker als große Bürde empfunden, so empfand die Mehrheit der Liberalen in den Landesverbänden den von ihrem Parteivorsitzenden mitinszenierten Versuch, durch ein Gesetz nachträglich Straffreiheit für Steuerhinterziehungen bei Parteispenden zu erreichen, als den absoluten Bruch mit liberaler Tradition. Der Gesetzentwurf scheiterte im letzten Augenblick an der FDP-Basis. Ob hier nun das liberale Prinzip der bedingungslosen Verteidigung des Rechtsstaats oder aber auch die nackte Angst vor dem Urteil des Wählers entscheidend waren, ist meines Erachtens zweitrangig. Wäre die Parteibasis wieder dem Parteivorsitzenden bis zur Selbstaufgabe der liberalen Idee der Rechtstaatlichkeit gefolgt, hätte sie gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Partei ihre Existenzberechtigung verloren hat. Nur der Versuch in der Opposition aufzuzeigen, daß liberale Grundsätze beispielsweise in der Rechts- und Innenpolitik in der FDP einen besonderen Garanten haben, könnten der FDP Chancen für den Überlebenskampf im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland eröffnen.

Allerdings erscheint es äußerst fraglich, ob die FDP noch in der Lage ist, mit einem derartigen Kraftakt Profil zu zeigen.

Der Karlsruher Parteitag im November 1983 fiel nur durch seine lähmende Einigkeit auf. Noch einmal standen die Liberalen geschlossen hinter ihrem Parteivorsitzenden Genscher. Die programmatische Erneuerung sollte auf dem Parteitag 1984 in Münster erfolgen. Auf diesem Parteitag (1.-3.Juni 1984), der häufig in der Presse als "Denkzettel-Parteitag" bezeichnet wurde, gab es einige bemerkenswerte Personalentscheidungen. Nachdem der Parteivorsitzende seinen ursprünglichen Kandidaten, Karl-Friedrich Brodemer zurückgezogen hatte, wurde Helmut Haussmann Generalsekretär. Frau Adam-Schwätzer wurde Schatzmeisterin. Obwohl H.-D. Genscher versucht hatte, sich mit der Ankündigung, ab 1986 auf den Parteivorsitz zu verzichten, aus der "Schußlinie" zu ziehen, fiel das Ergebnis seiner Wahl zum Parteivorsitzenden niederschmetternd aus: Von 390 Delegierten stimmten nur 241 für Genscher. Bei 22 Enthaltungen stimmten 127 mit Nein. Die Ära Genscher geht damit sicher dem Ende entgegen. Die programmatische Erneuerung wurde wieder einmal auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt. So wurden Zweifel an der Überlebenskraft des politisch organisierten Liberalismus weiter durch das Defizit an programmatischen Aussagen verstärkt.

Es kann nur Roderich Reifenrath zugestimmt werden, der am 4.6.1984 in der Frankfurter Rundschau schrieb: "..., daß die Freiburger Thesen nicht einmal den Stellenwert einer liberalen Utopie haben".[221)]

Es hat sich in der Geschichte des politischen Liberalismus immer wieder gezeigt, daß seine normativen Elemente durch wirtschaftliche Interessen verdrängt wurden. Viele der ursprünglichen Forderungen des politischen Liberalismus sind beispielsweise von den Sozialdemokraten und den Christlichkonservativen übernommen worden.

---

221) Roderich Reifenrath, "Denkzettel-Parteitag", in: Frankfurter Rundschau vom 4.6.1984, S.3.

Sicher kann man am ehesten bei einer mehrheitsfähigen Programmpartei mit glaubwürdigen positiv-kreativen Grundaussagen von einer "eigenständigen Kraft" sprechen. Aber auch eine Funktionspartei mit dem Anspruch Korrektiv des größeren Partners zu sein, könnte man meines Erachtes noch als "eigenständige Kraft" betrachten, wenn die spezifische Eigenleistung in einer Regierungskoalition oder die politische Einflußnahme auf das Handeln des Koalitionspartners überzeugend erkennbar wird.

Der in der FDP organisierte politische Liberalismus kann diese Anforderungen in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich nicht mehr erfüllen.

Politischer Liberalismus ist Allgemeingut geworden. Liberalität gilt in der modernen Demokratietheorie als normatives Ideal von politischer Kultur.

## D. LITERATURVERZEICHNIS

ALBERTIN, Lothar: Die koalitionspolitische Umorientierung der FDP 1966-1969: "Fall und Modell", in: Albertin, Lothar (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.

BARING, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel,Stuttgart 1982.

BERNSTEIN, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Bonn/Bad Godesberg (6.Auflage) 1975.

BERNSTEIN, Eduard: Sozialdemokratie und Imperialismus, in: Sozialistische Monatshefte (SM Nr.5), hrsg. von J. Bloch, 1900.

BESCHLÜSSE zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik (Teil 1): Wirtschaft und Arbeitsplätze, Finanzen, SPD Parteitag in München (19.-23.4.1982), Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn o.J.

BICKERICH, Wolfram (Hrsg.): Die 13 Jahre, Bilanz der sozialliberalen Koalition, Reinbek bei Hamburg 1982.

BIEDENKOPF, Kurt H.: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik in: Demokratische Gesellschaft, Konsensus und Konflikt (Teil 1), hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, München 1975.

BÖHM, Franz: Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, München 1951.

BÖHRET, Carl u.a.: Innenpolitik und politische Theorie, Opladen 1979.

BÖLLING, Klaus: Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt, Reinbek bei Hamburg 1982.

BORM, William: Die Existenz der Partei durch konsequent liberalen Fortschritt sichern, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Mainz (12.-14.11.1978), in: H. Kaack/R. Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems (Band 2), Opladen 1980.

BORM, William: Nur Taten zählen, Die Zukunft der Liberalen, in: Helga Schuchardt/Günter Verheugen (Hrsg.), Das liberale Gewissen, Reinbek bei Hamburg 1982.

CESAIRE, Jean: Der Liberalismus und die Liberalismen. Versuch einer Synthese, in: Lothar Gall (Hrsg.), Liberlismus, Köln 1976

CONZE, Werner: Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland - Das Beispiel Schulze-Delitzsch, Heidelberg 1965

DAHRENDORF, Ralf: Lebenschancen, Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt am Main 1979.

DAHRENDORF, Ralf: Eine neue Klasse fälscht die Wünsche. Wie die Parteiaktivisten den Wähler entmündigen, in: "Die Zeit" Nr.23 vom 29.5.1981.

DAHRENDORF, Ralf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983.

"DER SPIEGEL" (Titelgeschichte): 6.März - Das absurde Theater, in: "Der Spiegel" Nr.50 vom 13.12.1982

"DER SPIEGEL" (Titelgeschichte): FDP: Deutlich rechts von der Union, in: "Der Spiegel" Nr.8 vom 21.2.1983.

DITTBERNER, Jürgen: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976.

DÖHN, Lothar: Liberalismus, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch Politischer Theorieen und Ideologien, Hamburg 1979

DOMANN, Peter: Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II, Wiesbaden 1974

DÖRING, Wolfgang: Was ist die liberale Idee heute noch wert?, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart 1978.

DORN, Wolfgang und Hofmann, Harald (Hrsg.): Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. erweiterte Auflage, Bonn o.J.

ENGEL, Sibylle: Das liberale Gewissen, in: Helga Schuchardt/ Günter Verheugen (Hrsg.), Das liberale Gewissen, Reinbek bei Hamburg 1982.

ENGELS, Friedrich: Einleitung zu Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Studienausgabe Bd.III, hsrg. von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1966.

EUCHNER, Walter: Demokratietheoretische Aspekte der politischen Ideengeschichte, J.St. Mill - Die Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, in: Gisela Kress und Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt am Main 1975.

EUCKEN, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952.

FALTER, Jürgen W.: Wählerwanderungen vom Liberalismus zu (rechts-) extremen Parteien, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.

FENNER, Christian: Das Parteiensystem seit 1969 - Normalisierung und Polarisierung, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976.

FLACH, Karl-Hermann: Noch eine Chance für die Liberalen, Frankfurt am Main 1971

FLACH, Karl-Hermann: Kleiner liberaler Katechismus, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart 1978.

FRAGEN AN DIE DEUTSCHE GESCHICHTE, Katalog, hrsg. zur permanenten Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin.

"FREIBURGER THESEN" (1971), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980.

"FREIE KIRCHE IM FREIEN STAAT" (1974), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980.

GALL, Lothar (Hrsg.): Liberalismus, Köln 1976.

GALL, Lothar: Bismarck, der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1980.

GRUNDGESETZ für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949, hrsg. mit der Verfassung von Berlin von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1979.

GRUNDMANN, Karl-Heinz und Hein, Dieter: Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949, Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der FDP-Bundestagsfraktion im Reichstaggebäude, Bonn 1978.

GRUNDSATZPROGRAMM der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15.11.1959, in: Siegfried Hergt (Hrsg.): Parteiprogramme, Leverkusen 1977.

GRUNDSATZPROGRAMM der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 25.10.1978, Hrsg. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1978.

"GRUNDWERTE UND GRUNDRECHTE"; vorgelegt von der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1979.

HAMM-BRÜCHER, Hildegard: Anmerkungen zum Versagen des politischen Liberalismus vor und nach 1933 und zu seinen Folgewirkungen nach 1945, in: "liberal", Heft 3, April 1983.

HANSEN, Klaus (Hrsg.): Kritischer Rationalismus und politischer Liberalismus, hrsg. von der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach 1982.

HARTMANN, Gustav: 50 Jahre Deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 1868-1918, Jena 1918.

HAYEK, Friedrich A. von: The road to Serfdom (Der Weg zur Knechtschaft), Zürich 1952 (3.Auflage der dt. Übersetzung).

HAYEK, Friedrich A. von: Liberalismus, Tübingen 1979.

HELLER, Hermann: Gesammelte Schriften, Leiden 1971

HENNING, Friedrich: Frühgeschichte des deutschen Liberalismus, in: Wolfgang Dorn, Harald Hofmann (Hrsg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. erweiterte Auflage, Bonn o.J.

HENNIS, Wilhelm: Die mißverstandene Demokratie, Demokratisierung - Zur Problematik eines Begriffs, Freiburg im Breisgau 1973

HOBBES, Thomas: Leviathan, hrsg. von Iring Fetscher, Neuwied und Berlin 1966

HEUSS, Theodor: Schulze-Delitzsch, Leistung und Vermächtnis, Rede auf dem Deutschen Genossenschaftstag in Frankfurt am Main am 28.10.1948, Wiesbaden 1948.

HEUSS, Theodor: Friedrich Naumann, Der Mann, das Werk, die Zeit (3.Auflage), München und Hamburg 1968.

HEUSS, Theodor: Freiheit als Aufgabe, in: Peter Juling (Hrsg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart 1978.

HUMBOLDT, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen (1792); Werke Band I, Darmstadt 1960.

HUSTER, Ernst-Ulrich, Kraitzer, G., Scherer, B. u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt am Main 1975 (3.Auflage).

ISAAK, Robert A.: Über die Mißverständnisse von europäischem, und amerikanischem Liberalismus, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.

JOCHMANN, Werner: Der Deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978.

JULING, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946-1949, Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Heino Kaack, Meisenheim am Glan 1977.

KAACK, Heino: Die FDP, Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim am Glan 1978.

KALTENBRUNNER, Gerd-Klaus: Der schwierige Konservatismus, Definitionen, Theorien, Porträts, Herford i.W. 1975.

KANT, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), hrsg. von K. Vorländer, Kleinere Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik und Politik, Phil.Bibl. Band 47, Hamburg 1959.

"KIELER THESEN" (1977), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980.

KIRSCH, Guy: Von guten und schlechten Unternehmern, Gedanken zur moralischen Qualifikation in der Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.7.1982.

KOPP, Bernhard: Liberalismus und Sozialismus auf dem Wege zur Synthese, Eine Analyse des gesellschaftlichen und geistigen Wandels unserer Zeit, Meisenheim am Glan 1977.

KOERFER, Daniel und Janßen, Karl-Heinz: Sie kamen bei Nacht und Nebel, Vor zwanzig jahren erschütterte die Spiegel-Affäre die Republik. Neues über die Rolle von Strauß und der FDP, in: "Die Zeit" vom 27.10.1982.

KREMENDAHL, Hans: Pluralismustheorie in Deutschland, Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1975.

KREMENDAHL, Hans: Die Bundesrepublik Deutschland: Ein demokratischer und sozialer Bundesstaat?, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1979 (überarbeitete Neuauflage).

LAMBSDORFF, Otto Graf: Zeitgespräch mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff über die Zukunft der Bonner Koalition, in: "Die Zeit" Nr.19 vom 7.5.1982.

LASSALLE, Ferdinand: Arbeiterprogramm (Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes), hrsg. von Wolfgang Michalka, Stuttgart 1973.

"LIBERALE STANDPUNKTE" (1978), in: Günter Verheugen (Hrsg.), Das Programm der Liberalen, Baden-Baden 1980.

LOCKE, John: Two Treatises on Government (1690). Dt. Fassung: 2 Abhandlungen über Regierung, übersetzt von H. Wilmanns, Halle 1906.

LÖWENTHAL, Richard: Demokratie und Freiheit heute, eine Auseinandersetzung mit Helmut Schelsky, in: Richard Löwenthal, Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt am Main 1974.

LÖWENTHAL, Richard: Demokratie und Leistung, in: Richard Löwenthal, Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt am Main 1974.

LÖWENTHAL, Richard: Unser demokratischer Grundkonsens, Grundlagen und Gefährdungen, in: Parlamentarische Demokratie (Themenheft 1), hrsg. von der Bundeszentrale für politischer Bildung, Bonn 1983.

LÖHRS, Georg, Sarrazin, Thilo, Speer, Frithjof, Tietzel, Manfred (Hrsg.): Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1975.

MAIHOFER, Werner: Liberale Gesellschaftspolitik, in: Karl-Hermann Flach, Werner Maihofer, Walter Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972.

MAIHOFER, Werner: Die liberale Position in Gesellschafts- und Staatspolitik, Vortrag auf dem Bundesparteitag der Freien Demokraten am 29.10.1975, Hrsg.: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.J.

MAIHOFER, Werner: Grundwerte heute in Staat und Gesellschaft, in: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977.

MADISON, James: Federalist Nr.10 (1787), in: The Federalist, Cleveland and New York 1965.

MARCUSE, Herbert: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (1934), in: Klaus Hansen (Hrsg.), Frankfurter Schule und Liberalismus, Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 1981.

MARX, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: Marx/Engels: Studienausgabe, Bd.III, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1966.

MAYNTZ, Renate und Scharpf, Fritz W.: Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik, in: Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf: Planungsorganisation - Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München 1973.

MEYER, Thomas: Grundwerte, Wissenschaft, konkrete Utopie - Ziel und Begründung im Demokratischen Sozialismus, in: Thomas Meyer (Hrsg.), Grundwerte und Gesellschaftsreform, Frankfurt am Main 1981.

MILL, John Stuart: On Liberty (1859). Dt. Fassung: Die Freiheit, hrsg. von A. Grabowsky, Zürich 1965.

MILLER, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Bonn/Bad Godesberg 1977.

MISES, Ludwig von: Liberalismus, Jena 1927.

MOLLITOR, Klaus: Begründung und praktisch-politische Folgen der Grundwerte im Grundwerteverständnis von CDU, SPD und FDP. Eine kritische Würdigung unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Diskussionen in den Kirchen, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin Mai 1979.

MOMMSEN, Wolfgang J.: Liberalismus und Liberale Idee in Geschichte und Gegenwart, in: Kurt Sontheimer (Hrsg.), Möglichkeiten und Grenzen liberaler Politik, Düsseldorf 1975.

MOMMSEN, Wolfgang J.: Max Weber und die Krise des liberalen Systems, in: Jahrbuch der Wittheit zur Bremen, Band XX, Bremen 1976.

MOMMSEN, Wolfgang J.: Die liberale Idee in einer sich wandelnden Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 23/79 vom 9.6.1979.

MONTESQUIEU, Charles de: De l'Esprit Des Lois (1748). Dt. Fassung: Vom Geist der Gesetze, hrsg. von Ernst Forsthoff, Tübingen 1951.

MÖLLER-ARMACK, Alfred: Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933.

MÖLLER-ARMACK, Alfred: Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher, in: Dirk Geitner/Peter Pulte (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft, Berlin/New York 1974.

NAUMANN, Friedrich: Jesus als Volksmann, Werke, Bd.1, Religiöse Schriften, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Demokratie und Kaisertum, Werke, Bd.2, Schriften zur Verfassungspolitik, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Neudeutsche Wirtschaftspolitik, Werke, Bd.3, Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Mitteleuropa, Werke, Bd.4, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Die deutschen Parteien, Werke, Bd.4, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: National-sozialer Katechismus (Naumann als Vorsitzender des National-sozialen Vereins), Werke, Bd.5, Schriften zur Tagespolitik, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Arbeiter-Katechismus oder der wahre Sozialismus, Werke, Bd.5, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Werkbund, Werke, Bd.6, Ästhetische Schriften, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NAUMANN, Friedrich: Vier Reden an junge Freunde (Schriften zur politischen Erziehung), Werke, Bd.5, Schriften zur Tagespolitik, hrsg. von Theodor Schieder, Köln und Opladen 1964.

NOACK, H.-J.: Das wird jetzt eingeklagt, in: "Der Spiegel" Nr.12 vom 19.3.1984.

OLZOG, Günther und Herzig, Arthur: Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975.

OESTREICH, Gerhard: Die Idee der Menschenrechte, Zur Politik und Zeitgeschichte, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (5.Auflage), Berlin 1974.

PLESSNER, Helmuth: Die verspätete Nation, Frankfurt am Main 1974.

POPPER, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (2 Bände), München 1977 (5. deutsche Auflage).

PROJEKTGRUPPE PARTEIENSYSTEM (Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin): Bundesrepublik Deutschland, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien in Westeuropa, Hamburg 1978.

REIFENRATH, Roderich: Denkzettel-Parteitag, in: Frankfurter Rundschau vom 4.6.1984.

RÖPKE, Wilhelm: Die deutsche Frage, Erlenbach/Zürich 1948 (3.Auflage).

SCHELSKY, Helmut: Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?, in: Helmut Schelsky, Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung, München 1974 (4.Auflage).

SCHMITT, Carl: Verfassungslehre, München und Leipzig 1928

SCHRÖDER, Hans-Christoph: Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg, in: Horst Heimann und Thomas Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus, Bonn 1978.

SCHRÖDER, Karsten: Zur Programm- und Standortdiskussion der FDP, Parteitagsauseinandersetzungen Ende der siebziger Jahre, in: H. Kaack/R. Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems (Band 2), Opladen 1980.

SELL, Friedrich C.: Die Tragödie des deutschen Liberalismus (2.Auflage), Baden-Baden 1981.

SMITH, Adam: Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (1776). Dt. Fassung: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, hrsg. von H. Waentig, Jena 1920.

STAMMEN, Theo: Freie Demokratische Partei, in: Rainer Kunz, Herbert Maier, Theo Stammen (Hrsg.), Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (Bd.II), München 1979.

STEPHAN, Werner: 100 Jahre liberale Parteien, in: Wolfgang Dorn, Harald Hofmann (Hrsg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. erweiterte Auflage, Bonn o.J.

TOCQUEVILLE, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika (1835), München 1976.

TORMIN, Walter: Die Weimarer Republik, Sonderdruck der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1966.

TREUE, Wolfgang: Die deutschen Parteien, vom 19.Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 1975.

VERHEUGEN, Günter: Genschers verhängnisvolle Einschätzungen, in: "Der Spiegel" Nr.9 vom 28.2.1983.

VETTER, Ernst Günter: Freie Wirtschaft und die Würde des Menschen. Müssen katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsauffassung Gegensätze sein?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.10.1981.

VETTER, Ernst Günter: Marktwirtschaft - auch nicht im Jahr 2000?, Freie Wirtschaft und Demokratie stehen in unlösbarem Zusammenhang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.1982.

WEHLER, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaisserreich 1871-1918, Göttingen 1973.

WEIZSÄCKER, Richard von: Was sind die Grundlagen christlich demokratischer Politik? Eine Gespräch mit Richard von Weizsäcker, Herder Korrespondenz, 31.Jahrgang, Nr.11, November 1977.

WINKLER, Heinrich-August: Liberalismus und Antiliberalismus, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd.38, Göttingen 1979.

WITTMANN, Walter: Sturm auf die Institutionen, Das Ziel des Liberalismus in den achtziger Jahren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.3.1982.

ZUR SACHE - Themen Parlamentarischer Beratung - 3-5/80: Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen, Hrsg.: Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, Bonn 1980.

Lebenslauf

Am 9.3.1941 wurde ich in Berlin geboren. Bis zum Frühjahr 1953 besuchte ich die Grundschule. Im März 1960 beendete ich meine Schulzeit mit dem Abitur am Friedrich-Engels-Gymnasium in Berlin-Reinickendorf.

Seit dem 1.4.1960 bin ich in der Berliner Verwaltung tätig; z.Z. als Universitätsrat an der Technischen Universität Berlin.

Zum Sommersemester 1975 nahm ich das Studium der Politologie am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin auf. Am 18.6.1979 bestand ich die Diplomprüfung für Politologen mit der Gesamtnote "gut".

Das Thema meiner Diplomarbeit lautete: "Begründung und praktisch-politische Folgen der Grundwerte im Grundwerteverständnis von CDU, SPD und FDP.
Eine kritische Würdigung unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Diskussionen in den Kirchen."